

Abschlußbericht zum DFG-Projekt CR 93/1-1

Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre

Dokumentation und Rekonstruktion kommunikativer Netzwerke und zeitlicher Abläufe
Analyse der Spezifik und der Differenzen zu anderen Reformdiskursen der SED

Verfasser: Erhard Crome, Lutz Kirschner, Rainer Land

Wesentliche Erkenntnisse	4
Exemplarische Fälle	
Fall 1: Die Wunde bleibt offen. Der Peter-Weiss-Kreis in Jena	9
Fall 2: Die zwei Reformergenerationen	
2.1. Grundfragen der Wirtschaftswissenschaft scheinen unlösbar	17
2.2. Die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische und methodologische Fragen der Politischen Ökonomie“	23
Fall 3: Man muß <i>alles</i> noch mal neu bestimmen. Siegfried Kost	30
Fall 4: Ein neuer Zugang: Sozialismus als moderne Gesellschaft	35
Fall 5: Direkt neben dem Zentrum der Macht: Rolf Reißig	51
Fall 6: Der Entschluß zur Dissidenz: Rolf Henrich	58
 Noch einmal zu den beiden Generationen:	
Uwe-Jens Heuer und das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus. Ein Vergleich	68

Verzeichnis der Bestände und Materialien

Ausgangspunkte, Problembeschreibungen und Veränderungsvorstellungen der SED-Reformdiskurse waren jeweils verschiedene. Die Debatten Ende der 40er Jahre und in den 50er Jahren kreisten vor allem um den Weg zum Sozialismus, das Verhältnis zur Sowjetunion, den Umgang mit dem Stalinismus und der deutschen Frage. In den 60er Jahren ging es auf der Basis der formell gelösten Machtfrage um eine den sozialistischen Zielvorstellungen gemäße funktionsfähige Gestaltung von Wirtschaft, Staat, Bildung, Kultur; Träger dieser Diskussion waren die in der Praxis tätigen „Macher“ der Aufbaugeneration und ihre intellektuellen Anreger und Begleiter. Diese Reformdiskurse sind in ihren wesentlichen Zügen, auch in ihrem Scheitern durch die jeweilige Hinwendung der SED-Führung zu Politiken von Machterhalt und Machtsicherung, dokumentiert und analysiert. Dies läßt sich für die Debatten der 80er Jahre nicht in gleicher Weise feststellen. Ihre zentralen Akteure waren Vertreter der gesellschaftswissenschaftlichen Intelligenz unterschiedlicher Generationen. Nach dem Abbruch der Reformbestrebungen der 60er Jahre hatte ein Teil der damaligen intellektuellen Protagonisten Tätigkeitsräume an wissenschaftlichen Einrichtungen finden oder für sich erhalten können. Sie etablierten sich hier, arbeiteten in mehr oder weniger deutlicher Distanz zum dogmatisierten Marxismus-Leninismus und zur aktuellen Parteipolitik und wurden zu wissenschaftlichen Lehrern der nachfolgenden Reformergeneration.

Für die Jüngeren - geboren in den 50er und politisch sozialisiert in den 70er Jahren -, war nach den fehlgeschlagenen Versuchen ihrer Eltern und den eigenen problematischen Erfahrungen mit DDR- und SED-Wirklichkeit der Weg unmittelbarer Praxisveränderung keine überzeugende Option mehr. Herausgefordert durch die Zuspitzung globaler Problemlagen, durch Veränderungen in der Ost-West-Konstellation und die Entwicklungen in den anderen sozialistischen Ländern, kam es dann in den 80er Jahren an Universitäten und Hochschulen, Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften zu einem neuartigen Nachdenken über Prinzipien und Grundstrukturen des Sozialismus. Diese Reformdebatte fand ihren Höhepunkt in der Perestroikazeit, sie wirkte in den Krisenverläufen und Aufbrüchen des Herbstes 1989. Nach 1990 verschwand ein Teil der Reformer aus der politischen Öffentlichkeit, einige engagierten sich bei den Grünen oder im Umfeld der SPD, eine vergleichsweise große Gruppe betrieb die Reorganisation der SED zur PDS. Die wissenschaftliche Kenntnisaufnahme und Aufarbeitung dieser Vorgänge ist nach wie vor unterentwickelt, was in erster Linie der Materiallage geschuldet ist. Zwar liegen einige in diesem Zusammenhang wichtige Texte vor, so das SED/SPD-Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ und Dieter Kleins Buch „Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus“. Viele der Ausarbeitungen gerade der jüngeren SED-Reformer aber existierten nur als interne Veröffentlichung der jeweiligen Institution, gewissermaßen als ‚graue‘ Literatur, oder wurden von vornherein nur als Diskussionspapier in wenigen Exemplaren in Umlauf gebracht. Die mediale Auf-

merksamkeit, die die SED-Reformer im Herbst 1989 kurzzeitig erhielten, hat zwar einige Personen und Ideen insbesondere des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus bekannt gemacht und den Zugriff auf einzelne Materialien verbessert. Die kommunikativen Zusammenhänge jedoch, der jeweilige zeitgeschichtliche Kontext von Einzelmaterialien und ihr Stellenwert in einem fortschreitenden wissenschaftlich-politischen Konzeptbildungsprozeß blieben weitgehend im dunkeln. So ist es auch nicht verwunderlich, daß einerseits dort, wo man eine breitere Erörterung der SED-Reformdebatten der 80er Jahre erwarten könnte - wie in den Publikationen zur SED-Geschichte und PDS-Formierung - diese weitgehend fehlt, und andererseits Autoren, die auf Akteure, Positionen und Konzepte punktuell Bezug nehmen, zu differenten und konträren Deutungen und Einschätzungen kommen. Hinsichtlich des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus spricht Stefan Wolle beispielsweise von „Vertrauensleute(n) der Stasi an der Humboldt-Universität“, deren „Häresien von vorgestern ... (in) der DDR keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor(lockten)“¹; demgegenüber sieht Sigrid Meuschel „eine ungewöhnlich modern anmutende Sozialismuskonzeption“, die von „individueller Autonomie, freier gesellschaftlicher Assoziation, kommunikativer Verständigung und der demokratischen Einhegung ansonsten unbeeinträchtigt ökonomischer Rationalität aus(ging)“².

Das nunmehr abgeschlossene Projekt hatte das Ziel, den SED-Reformdiskurs zwischen 1980 und 1989 zu dokumentieren, das kommunikative Netz dieses Reformdiskurses zu rekonstruieren und die Art und Weise der Kommunikation zu erfassen. Aus der Kenntnis von Diskussions-themen und Kommunikationskreisen setzten wir bei zentralen Akteuren der Reformdebatten an und erweiterten über wechselseitige Verweisbeziehungen das Feld der einzubeziehenden Personen. Ihre Publikationen wurden zur Kenntnis genommen; sie wurden um die Übergabe weiterer, vor allem nicht veröffentlichter Materialien und um ein Expertengespräch gebeten. Im Gespräch waren wir bemüht, Aussagen zum politisch-wissenschaftlichen Selbstverständnis, zur Entwicklung von theoretischen Vorstellungen und Konzepten, zum Entstehungs- und Wirkungszusammenhang einzelner Texte und zu den kommunikativen Verbindungen zu erlangen. Der Tonbandmitschnitt wurde transkribiert, sprachlich überarbeitet und vom Befragten autorisiert, die uns übergebenen Materialien gesichtet und dokumentiert. In der empirischen Feldarbeit wurden insgesamt 32 Fälle erhoben, die jeweils eine Person oder einen Kommunikations- bzw. Arbeitskreis umfassen.

Im Ergebnis entstand ein Archiv, das ab Anfang 2000 über die Bibliothek des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Leipzig öffentlich zugänglich ist. Es umfaßt 32 Bestände mit 61 Bänden, insgesamt ca. 18.000 Seiten. In das Archiv aufgenommen wurden nicht veröffentlichte Ausarbeitungen, ‚graue‘ Literatur und schwer zugängliche Publikationen; es enthält darüber

¹ S. Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Berlin 1998, S. 340.

² S. Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt am Main 1992, S. 324.

hinaus die autorisierten Gesprächsprotokolle und im Einzelfall relevante Unterlagen aus der Gauck-Behörde und Parteiinstitutionen.³ Für elf Fälle wurden erste analytische Auswertungen in Form von Kurzdarstellungen zum Platz des Akteurs bzw. Kommunikationskreises im SED-Reformdiskurs der 80er Jahre erarbeitet, die dem jeweiligen Bestand vorangestellt sind. Sie fassen die wichtigsten Fakten zu Tätigkeit und Umfeld sowie die wesentlichen wissenschaftlichen und politischen Überlegungen zusammen und erleichtern so dem zukünftigen Nutzer den Zugang.

Im Verlauf der Forschungsarbeit zeigte sich, daß die Vielzahl von Recherchen, von zu erfassenden Dokumenten, durchzuführenden Expertengesprächen und Auswertungen im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht vollständig bewältigt werden konnte. Daher sind einige uns bekannte Protagonisten des SED-Reformdiskurses der 80er Jahre noch nicht oder noch nicht hinreichend einbezogen worden, so Peter Ruben, Wolfgang Engler, Ina Merkel, Ulrich Busch, Vera Thiel, Thomas Flierl und Jens-F. Dwars. Es wäre wünschenswert, solche wichtigen Fälle ebenfalls zu erfassen und zu dokumentieren. In diesem Zusammenhang wäre es auch sinnvoll, weitere Kurzdarstellungen für die vorliegenden Bestände zu erstellen. Nach unserer Einschätzung könnten diese Arbeiten geleistet werden, wenn eine Förderung für eine Person und ein Jahr erfolgt sowie die notwendigen Sachmittel (Reise-, Kopierkosten etc.) bereitgestellt werden.

Wesentliche Erkenntnisse

Die Konfigurationen, in denen sich kritische SED-Mitglieder oder Personen aus deren Umfeld mit Wegen zur Überwindung der Stagnation und zur Reform des Gesellschaftssystems und der Wirtschafts- und Staatsordnung der DDR beschäftigten, sind sehr verschieden. Für den Abschlußbericht haben wir aus der Gesamtheit der 32 untersuchten Fälle sechs Beispiele ausgewählt und dargestellt, von denen wir meinen, daß jeder eine mögliche und ihrer Logik nach besondere Konstellation, Handlungsstrategie und Entwicklungslinie beschreibt. Dabei versuchen wir auch, die Bindungen, Differenzen und Absetzbewegungen zur vorangegangenen Reformergeneration, der Aufbaugeneration der 60er Jahre, herauszustellen.

Das Kernproblem der Reformergeneration der Perestroikazeit war, eine für ihre Zeit und ihre Situation gültige und Handlungsperspektiven eröffnende Antwort auf eine zentrale Frage zu finden: Wie ist die Differenz zwischen den normativen Idealen einer sozialistischen Gesellschaft - Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus, als Beseitigung sozialer Ungleichheit und Abhängigkeit, als Gesellschaft freier Entwicklung aller Individuen - und der empirischen Realität -

³ Siehe im einzelnen: Verzeichnis der Bestände und Materialien.

charakterisiert durch Stagnation, Rationalitätsdefizite, Unfreiheit, politische Bevormundung und Überwachung - zu erklären, und wie ist sie zu überwinden? Diese Frage stand schon für die Reformergeneration der 60er Jahre. Ihre Antwort war die Entwicklung wissenschaftlich begründeter Konzepte für die funktionale Umsetzung eines dem neuen gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln entsprechenden Typs der Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung. Ein neues System der Planung und Leitung wurde erdacht, das Selbständigkeit der Betriebe, Marktallokation und zentrale gesellschaftliche Planung verbinden sollte. Entsprechende Vorstellungen gab es auch für die Wissenschaft und Bildung, die Kultur, das Bauwesen usw. Demokratie und gesamtgesellschaftliche Steuerung sollten verbunden und miteinander versöhnt werden.

Aus der Perspektive der Aufbaugeneration schienen die Probleme der DDR-Wirklichkeit auf die schlechten Ausgangsbedingungen und die vergleichsweise kurze Periode sozialistischen Aufbaus, das Fehlen eines entfalteten Systems der Umsetzung sozialistischer Ziele durch Gesellschafts- und Wirtschaftsplanung und -verwaltung zurückführbar. Nazismus, Krieg und Zerstörung, Nachkriegszeit und kalter Krieg hatten die wirtschaftlichen Ressourcen untergraben und die Menschen ‚verdorben‘. Der Aufbau funktionsfähiger Strukturen sozialistischen Wirtschaftens und gesellschaftlicher Entwicklung erschien als notwendiger und zugleich möglicher Weg, die Realität den Idealen entsprechend umzugestalten. Spätestens 1968 aber war dieses Konzept gescheitert. Es blieb die Hoffnung, man könne früher oder später wieder daran anknüpfen, und die Aufbaugeneration hat, trotz einzelner Korrekturen und Weiterentwicklungen, ihr Projekt in seinem Kerngehalt weiter verfolgt. In der Perestroikazeit und im Herbst 1989 lebten diese Vorstellungen wieder auf, wie sich beispielsweise in den Beständen Mittelbach, Walter und Heuer zeigt.

Aus der Sicht der nächsten Generation, die in den 70er und 80er Jahren wissenschaftlich und politisch aktiv wurde, stellt sich das gleiche Problem - die Differenz von sozialistischen Idealen und gesellschaftlicher Realität - auf eine grundsätzlich andere Weise. Wenn man das Scheitern der Reformprojekte der Elterngeneration nicht mit Zufällen und unglücklichen Randbedingungen erklären will, dann können die Dysfunktionalitäten und Rationalitätsdefizite sowie die Rigidität realsozialistischer Machtausübung nicht einfach auf schlechte Ausgangsbedingungen und noch gegebene Unreife zurückgeführt werden. Vielmehr scheint es, als müsse am Konstruktionsprinzip selbst gearbeitet, als müßten auch die Ideale selbst neu bedacht und konzipiert werden.

Daraus folgen nun mehrere Motive, die für diese Reformergeneration der Zeit vor und während der Perestroika bestimmend sind. Zunächst ist die Differenz zwischen Utopie und Wirklichkeit selbst festzuhalten und ins eigene Bewußtsein zu rücken. In unserem ersten Fall, dem Peter-Weiss-Kreis, den wir als Exempel für diese Perspektive heranziehen, geht es nicht mehr darum, pragmatisch aufzuzeigen, wie eine den Idealen entsprechende Organisation der Wirklichkeit aussehen könnte. Überhaupt fehlen der ungebrochene Optimismus und Pragmatismus der Reformer der 60er Jahre. Man versteht sich gar nicht als Reformer; man will die Utopie festhalten,

aber die Wunde offenlassen. Dieses Motiv und der damit zumeist verbundene Rückgriff auf Marx' Frühschriften und die Arbeiten von aus dem *mainstream* des Marxismus-Leninismus eher ausgeschlossenen Intellektuellen wie Adler, Rosdolsky, Bucharin, Trotzki, Gramsci, Lukács, Sartre und Althusser findet sich aber auch bei den meisten anderen Reformern, insbesondere am Ausgangspunkt ihres reformpolitischen Nachdenkens.

Der zweite Fall betrifft das Verhältnis der Reformer der Aufbau- und der Perestroikageneration, die Art und Weise der Kommunikation und Kooperation, den Übergang von einem Lehrer-Schüler-Verhältnis zu einer autonomen Positionierung der Jüngeren und die mit der Suche nach neuen Zugängen und Paradigmen verbundenen Absetzbewegungen. Wir haben uns dazu auf den wohl umfangreichsten Diskussionskreis konzentriert, die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische und methodologische Probleme der politischen Ökonomie“ an der Humboldt-Universität, die von 1977 bis 1992 arbeitete. Gegründet von Reformern der Aufbau- generation, war sie sehr wichtig für die Herausbildung eines eigenen wissenschaftlichen und politischen Diskussionszusammenhangs der Perestroikageneration.

Der dritte Fall beschreibt einen intelligenten und erfolgreichen Menschen, der sich schon im Studium zunächst und vor allem an den intellektuellen Konstruktionen des an den DDR-Hochschulen vorgefundenen Marxismus-Leninismus stößt. Irgendwie stimmt da einiges nicht. Alles, auch das Prinzip und die Grundlagen, die Philosophie, die Ökonomie, Politik, Kultur und Psychologie sind noch einmal zu durchdenken, notfalls ist alles noch einmal und neu zu konzipieren, ein neuer Anlauf zu machen. Und obwohl er dabei gegen viele Dogmen und Regeln verstößt, gab es kein schlimmes Ende: der Fall Siegfried Kost.

Über die nach Marx in diesem Jahrhundert und speziell im Westen entstandenen sozialwissenschaftlichen Theorien - gebündelt als ‚Theorien moderner Gesellschaften‘ aufgefaßt - wird eine neue Deutung der Defizite des Staatssozialismus versucht, eine Deutung, die auf neue Art erklärt, warum es nach den anfänglichen Erfolgen der ‚nachholenden Modernisierung‘ und des Nachkriegsaufbaus zu Stagnation und Niedergang kommt und warum das Ideal sozialistischer Emanzipation der Individuen in sein Gegenteil, in Unmündigkeit, Bevormundung und Unfreiheit umschlägt. Aus der Rezeption der modernen Gesellschaftswissenschaft erwächst der Versuch, die Ideale einer sozialistischen Emanzipation auf der Basis ‚moderner Gesellschaft‘ zu rekonstruieren, das Konzept eines ‚modernen‘ Sozialismus. Die daraus folgenden wissenschaftlichen Paradigmen spielten in mehreren Konzepten und Diskussionskreisen eine Rolle, sie finden sich dezidiert bei Hans-Peter Krüger, Michael Brie und Jürgen Jünger, aber auch bei Rosemarie Will, André Brie, Wolfgang Frindte und Reinfried Musch. Unter wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkten scheint diese Perspektive der eigentliche reformkonzeptionelle Innovationsversuch dieser Generation zu sein, hier sind auch die Unterschiede zur vorangegangenen Generation am deutlichsten. Wir stellen dies am vierten Fall dar - dem Forschungsprojekt Moderner Sozialismus.

Der fünfte Fall betrifft einen Arbeitszusammenhang in einem besonders prekären Umfeld. Rolf Reißig arbeitete an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu Fragen der Systemauseinandersetzung und sozialistischen Demokratie. Bekannt wurde er durch das SED/SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von 1987. Dieser Text war nicht einfach ein geschicktes Manöver der SED-Führung; er basierte auf dem Versuch einiger Parteiintellektueller, das übliche Raster marxistisch-leninistischen Denkens aufzubrechen und ein neues Verhältnis der SED zum Westen und speziell zur Sozialdemokratie möglich zu machen.

Der sechste Fall schließlich ist in gewisser Weise die Umkehrung. Der Rechtsanwalt Rolf Henrich aus Frankfurt (Oder) entschließt sich Anfang der 80er Jahre, dem Beispiel Bahros zu folgen. Dissidenz ist für ihn das Mittel, die Erstarrung aufzubrechen. Seine Kritik am DDR-Sozialismus mündet in das Buch „Der vormundschaftliche Staat“; um politisch wirksam werden zu können, entschließt er sich zur Veröffentlichung in der Bundesrepublik - die damit verbundenen Risiken und Gefährdungen bewußt einkalkulierend. Henrich gehörte später zu den Gründern des Neuen Forums. Wir behandeln ihn hier als Teil des Reformdiskurses im Umfeld der SED, nicht nur, weil Henrich bis zum Erscheinen seines Buches SED-Mitglied war, sondern vor allem, weil seine Perspektive der anderer Reformers aus dem SED-Umfeld ähnelt und weil seine gesellschaftskonzeptionellen Überlegungen zu Ergebnissen führen, die beispielsweise denen des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus recht nahe sind.

Diese sechs Fälle sind verschieden. Dennoch sehen wir Gemeinsamkeiten. Ansatzpunkte, Kommunikationsformen, aber auch Deutungs- und Handlungsmuster lassen sich aufeinander beziehen und von denen anderer Reformergenerationen (etwa der Aufbaugeneration) und anderen politischen Diskursen bzw. Bewegungen (etwa der Bürgerbewegung) unterscheiden.

1. Die Kritik am real-existierenden DDR-Sozialismus bezieht sich anders als bei der Aufbaugeneration zunehmend auf die Grundkonstruktionen von Wirtschaft, Politik und Staat. Dabei erfolgt keine antisozialistische Wendung, bleibt Sozialismus die Perspektive, und es wird versucht, die sozialistische Idee auf einer neuen Basis zu rekonstruieren. Dafür werden in der Tendenz und an Breite zunehmend die wissenschaftlichen Theorien über ‚moderne‘ Vergesellschaftungsformen - über Markt- bzw. Kapitalverwertungswirtschaft, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaat, kulturelle Autonomie, unabhängige Öffentlichkeit - auf sozialistische Verhältnisse projiziert. Hier aber entstehen Differenzen zur vorigen Generation, wenn auch zunächst nur latent. Moderne Vergesellschaftungsformen erscheinen aus der Perspektive der vorangegangenen Reformergenerationen mit Sozialismus zumeist grundsätzlich inkompatibel zu sein. Der von der jüngeren Generation in den 80er Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel konnte vor 1989 nicht explizit aufbrechen und nicht als politischer Gegensatz zur Aufbaugeneration artikuliert werden. Beide Generationen standen in einem kritischen Verhältnis zur Realität und zur offiziellen Parteilinie, ihre kritischen Potentiale stützten sich, trotz der entstandenen konzeptionellen Unterschiede, noch gegenseitig. Zu-

dem waren beide wissenschaftlich wie politisch aufeinander angewiesen. Die Differenzen brachen erst nach 1990 auf, und zwar insbesondere in der Deutung der Bundesrepublik und in der Debatte um eine Reformstrategie nach der Wiedervereinigung.

2. Mit Ausnahme von Henrich werden in allen von uns erhobenen Fällen legale Strukturen, Institutionen und Arbeitszusammenhänge zur Kommunikation und Kooperation genutzt, allerdings oft verbunden mit einem gewissen Funktionswandel. Ausgesprochen illegale Formen fanden wir in den 80er Jahren nicht. Zugleich aber waren fast alle diese Kommunikationszusammenhänge mit persönlichen Bindungen, mit freundschaftlichen Bezügen oder zumindest einer bestimmten Vertrautheit verbunden. Privates war nicht strikt ausgeschlossen und oft auch unmittelbarer Bestandteil des Arbeitszusammenhangs. Dies mag eine Voraussetzung dafür gewesen sein, offizielle Arbeitsbeziehungen für einen Reformdiskurs nutzen zu können, der sich gegen den offiziellen Dogmatismus der Parteiführung richtete.
3. Immer wieder wird diskutiert, ob der Reformdiskurs innerhalb der SED nicht letztlich machstabilisierend gewirkt hat, also die Delegitimation der SED und den Untergang des Partei-Staates verzögert hat. Dafür konnten wir in unseren Fällen eigentlich keine Anhaltspunkte finden. Es scheint vielmehr so, daß der beispielsweise mit dem SED/SPD-Papier verbundene reformerische Impuls auf die kritischen Teile der SED-Mitgliedschaft ermutigend wirkte und auch außerhalb der SED wahrgenommen wurde. Gleiches kann man wohl für die öffentliche Wirkung anderer Diskussionszusammenhänge und Personen im Jahre 1989 sagen. Daß ein großer Teil der SED-Mitglieder in den Demonstrationen und Debatten des Herbstes 1989 nicht gegen die friedliche Revolution auftrat, sondern sich als Teil dieser Volksbewegung verstand, hängt sicher auch damit zusammen, daß sie wegen der Wahrnehmung von Reformkonzepten kritischer SED-Intellektueller glauben konnten, daß der Herbst 1989 neue Optionen für einen besseren Sozialismus öffnen würde. Es ließen sich auch keine Belege dafür finden, daß die SED-Führung oder die Staatsicherheit vor November 1989 je versucht hätten, SED-Reformer vor ihren Karren zu spannen und im Sinne ihres Machterhalts zu funktionalisieren. Im Gegenteil, bei den Funktionären überwogen Argwohn, Ignoranz und Unkenntnis, bei einer Minderheit gab es heimliche Sympathie. Als dann im Herbst 1989 Krenz doch versuchte, Reformer in sein Boot zu holen, wurde dies zurückgewiesen. Die Reformer der jüngeren Generation, soweit sie in die Auseinandersetzungen innerhalb der SED involviert waren, haben gegen das Krenzsche Politbüro votiert und den Rücktritt des ZK sowie einen Sonderparteitag gefordert.
4. Umgekehrt gab es auch keine systematische Überwachung oder gar Verfolgung der Reformer durch den SED- und/oder Sicherheitsapparat, wohl aber in einzelnen Fällen zeitweilige Beobachtung, Behinderung wissenschaftlicher Arbeit und Disziplinierungsversuche wie Parteiverfahren und -ausschlüsse. Hier ging es jedoch immer um Einzelne; als ganzheitliches Phänomen wurden die SED-Reformer weder wahrgenommen noch ‚bearbeitet‘. Zwar hatten mehrere Akteure Kontakte mit der Staatssicherheit, einige waren Inoffizielle Mitarbeiter,

teilweise bis zum Ende der Stasi. Das Interesse des MfS jedoch war nicht auf deren reformpolitisches Engagement bezogen, vielmehr richtete es sich auf Informationen über Westkontakte oder über die Opposition, die Bürgerbewegung, den vermeintlichen ‚inneren Gegner‘. Wie unsere Recherchen ergaben, haben einzelne Personen aus dem Reformerkreis von sich aus über Arbeitszusammenhänge und -materialien der SED-Reformdebatten berichtet; wobei es jedoch gerade darum ging, dem MfS nahezu legen, daß dies keine staatsfeindlichen, sondern auf die Entwicklung des Sozialismus gerichteten Aktivitäten sind. Es gibt keine Hinweise darauf, daß solche Informationen beim MfS auf ernsthaftes Interesse gestoßen wären. Eine Kenntnisnahme ist uns bekannt geworden, die aber außerhalb der funktionalen Aufgaben der Staatssicherheit lag: Im September/Okttober 1989 zirkulierte unter Mitarbeitern der Hauptabteilung Aufklärung ein Material des Forschungsprojekts *Moderner Sozialismus* - wobei es eher ein zustimmendes Bedenken der reformpolitischen Überlegungen gab, nicht jedoch eine Feindwahrnehmung.

Exemplarische Fälle

Fall 1: Die Wunde bleibt offen. Der Peter-Weiss-Kreis in Jena

1983 erschien im Berliner Henschelverlag die DDR-Ausgabe von Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“. Der Roman wurde zum Arbeitsgegenstand einer Gruppe von jüngeren Wissenschaftlern und Studenten der Universität Jena, deren bisherige informelle wissenschaftliche Kommunikation damit quasi-institutionelle Formen bekam. Initiiert vor allem von Sigrid Lange und Dietmar Ebert aus der Sektion Literatur- und Kunstwissenschaft, trafen sich ab Ende 1983/Anfang 1984 etwa einmal monatlich Literaturwissenschaftler verschiedener Philologien, Kulturwissenschaftler, Philosophen, Rechtswissenschaftler, Historiker und Altertumswissenschaftler und diskutierten ihre Lektüreerfahrungen. Der Arbeitskreis zur „Ästhetik des Widerstands“ - hier als Peter-Weiss-Kreis bezeichnet - umfaßte in seinem stabilen Kern ca. zehn Personen; mit vorbereiteten Beiträgen, thematisch gebundener Debatte und der Erstellung von Diskussionszusammenfassungen nach den Sitzungen bildete sich eine an professionellen Kriterien orientierte Vorgehensweise heraus, die gleichwohl für die durchaus unterschiedlichen Intentionen wie fachspezifischen Fragestellungen offenblieb und für die Beteiligten insbesondere aufgrund ihres nichthierarchischen, dialogischen Charakters attraktiv war. In Distanz zu den traditionell-dogmatischen Herangehensweisen der meisten ihrer Hochschullehrer und außerhalb der gegebenen Strukturen von Forschung und Lehre avancierte die „Ästhetik des Widerstands“ für die Akteure des Peter-Weiss-Kreises zum Erprobungsfeld ihrer wissenschaftlichen Kompetenz und zu einer Herausforderung ihres politischen Selbstverständnisses.

Die damaligen Antriebe und Hoffnungen nunmehr eher in ihren Begrenztheiten und illusionären Momenten herausstellend, äußert sich Dietmar Ebert im Gespräch folgendermaßen: „Der Kreis war eine Notgemeinschaft der jüngeren Leute gegen die erstarrten Positionen der Hochschullehrer. Das war die gemeinsame Basis, die ihn geeint hat. Die positive Bestimmung war dagegen sehr vage. ... (D)ie ‚Ästhetik des Widerstands‘ konnte auch eine politische Klammer sein. Die DDR der 80er Jahre, die sozialen Konflikte, die sich auftaten, konnte man kritisieren, aber man mußte nicht das Ganze in Frage stellen. Man konnte die Gesellschaftsordnung für reformierbar halten; dieses utopische Potential steckt in der ‚Ästhetik des Widerstands‘. Es war also auch der Versuch, mit der ‚Ästhetik des Widerstands‘ sich und die Utopie gegen eine schlechte Wirklichkeit zu behaupten. Ein weiterer politisch geprägter Gedanke: Peter Weiss schreibt das Buch bis 1975, in einer Zeit, als sich zwischen den beiden großen Weltblöcken nichts bewegt. Und wir beginnen die Lektüre 1983 in genau der gleichen globalen Situation - zunächst ist alles zu. Da ist das Buch erst einmal einmal die große Hoffnung, daß es nicht immer so bleiben darf. Als dann mit dem Auftreten von Gorbatschow aus der Sowjetunion Impulse kamen, daß es vielleicht doch möglich wäre, den Sozialismus zu reformieren, haben wir oder habe ich - ich rede jetzt einmal nur für mich - empfunden, daß wir in unserem Weg der Beschäftigung mit der ‚Ästhetik des Widerstands‘ politisch bestätigt werden.“ (Gespräch, Zeile 147-166)

Wolfgang Behlert erzählt: „Der Arbeitskreis muß sich, wenn ich mich richtig erinnere, etwa im April 1984 zusammengefunden haben. Die nachfolgenden zwei Jahre gehören zu den intensivsten, quälendsten und zugleich schönsten Lernerfahrungen meines Lebens. Ich lernte eine Unmenge über Literatur, darüber, wie ein, oder sagen wir zumindest: wie dieser Roman funktionierte, über Geschichte, Philosophie, über das sozialistische Projekt, über mich selbst. Beispielsweise: Wir beschäftigten uns mit dem Problem bzw. dem Konflikt der ‚doppelten Loyalität‘ anhand der Hodann-Figur im Roman. Also mit dem Konflikt zwischen der Loyalität gegenüber der Parteilinie und der sich selbst gegenüber, der eigenen Verantwortung, dem eigenen Wissen. Wir sahen, daß dieser Widerspruch, der da entsteht, und den jeder von uns aus seiner eigenen politischen Erfahrung heraus an sich selbst kennengelernt hatte, auch bei Peter Weiss auf der politischen Ebene unauflösbar blieb, daß er das Problem immer wieder auf die künstlerische Ebene verlagerte: Der Roman beginnt und endet vor dem Pergamon-Altar. ... Trotz allem - trotz der Beschäftigung mit den Moskauer Prozessen, einer völlig neuen Sicht auf die KPD in den 20er und 30er Jahren, trotz einer immer stärker anwachsenden Beunruhigung um den Bestand, die Realität des sozialistischen Projekts - die Konsequenz bei der Mehrzahl der Teilnehmer des Arbeitskreises, und auch bei mir, war: Es gibt keine Alternative zu dieser Partei, zu dieser Utopie. Oder wie das Wolf Biermann mal so schön gesungen hat (ich glaube, es ist ein Gedanke von Rosa Luxemburg, den er da poetisch aufgenommen hat): So oder so, die Erde wird rot. Was wir also zu tun hatten, war, aus dieser Partei unsere Partei zu machen, wie das wohl Stefan Heym einmal in seinem Roman über den 17. Juni so schön schlicht und naiv ausgedrückt hat. Klar, diese Partei hatte schon längst ihre Würde verloren. Zugleich aber hatte sie - so sahen wir es mit Peter Weiss - vor allem in Gestalt der Sowjetunion und auch in Gestalt des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland dafür gesorgt, daß die Menschheit nicht insgesamt und auf unabsehbare Dauer in einer faschistischen Herrschaft ihre Würde verloren hat.“ (Gespräch, Zeile 418-454)

Die latente Beargwöhnung der Aktivitäten durch die Sektionsleitung sowie der erreichte Diskussionsstand drängten den Peter-Weiss-Kreis dazu, sich mit wissenschaftliche Kompetenz nachweisenden Ergebnissen zu präsentieren. Anfang 1986 stellten Dietmar Ebert, Elena Nährlich-Slatewa und Gabriele Pleske im Rahmen einer Vorlesungsreihe zu aktuellen Forschungsthemen ihre Interpretation einzelner Romanszenen vor; damit war erstmalig die Sektionsöffentlichkeit erreicht. Schon längerfristig war die konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung eines Kolloquiums zur „Ästhetik des Widerstands“ anlässlich des 70. Geburtstages von Peter Weiss betrieben worden.

Das Mißtrauen der Sektionsleitung gegenüber dem Peter-Weiss-Kreis dokumentierte sich u.a. in der Auflage, vor dem Kolloquium eine Diskussion mit einem Professor der Geschichtswissenschaft durchzuführen. Die dazu von Sigrid Lange formulierten „Fragen zum historischen Umfeld der ‚Ästhetik des Widerstands‘“ zeigen, wie die Erschließung des Kunstwerks die Beteiligten unmittelbar mit dem Dogmatismus und den „weißen Flecken“ der DDR-Geschichtsschreibung konfrontierte. In ihnen heißt es u.a.:

- „3. Gibt es in unserer Geschichtswissenschaft Einschätzungen, die den Sieg über den Faschismus von der Situation der europäischen Arbeiterbewegung abheben? Wie steht die Geschichtswissenschaft zur These Peter Weiss', daß der Sieg über den Faschismus für die internationale Arbeiterbewegung künftige Niederlagen einschloß? ...
- 5. Wo ist die sozialdemokratische Traditionslinie in der SED? ...
- 8. Welche Aussagen gibt es über das Zusammenwirken von Kommunisten und Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg aus der Sicht unserer Historiker? ...
- 10. Der Name Münzenberg taucht im Band 5 der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ in wesentlich geringerem Maße als im Band 4 auf. Wie stehen wir heute zum Pariser Wirken Willi Münzenbergs von 1935-37? Wie ist sein Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung generell einzuschätzen?
- 11. Wie stehen wir zum Verhalten Herbert Wehners in der KPD?“⁴

Über die Diskussion äußert sich Elena Nährlich-Slatewa folgendermaßen:

„Die Professoren waren die Verkörperung der offiziellen Meinung - was man denken durfte, was man sagen durfte. Dieses Gespräch war [seitens des Peter-Weiss-Kreises] also weniger von einem Informationsbedürfnis geleitet als von dem Anliegen, sich eben der derzeit von der SED zugelassenen Möglichkeiten und der vorhandenen Begrenzungen zu vergewissern. Ich erinnere mich an die bedrückende Atmosphäre dieser Diskussion. Das war letztlich der Versuch eines Abblockens, zwar nicht grobschlächtig, aber eindeutig im Beharren auf der offiziellen Geschichtsbetrachtung.“ (Gespräch, Zeile 395-400)

Mit dem im Juni 1986 veranstalteten Kolloquium „Alltag - Kunst - proletarische Subjektwerdung“ endete die regelmäßige kollektive Arbeit des Peter-Weiss-Kreises, die Mehrheit der Beteiligten wandte sich anderen wissenschaftlichen Themen und Aufgaben zu, insbesondere ihren Graduiierungsarbeiten. Die Beschäftigung mit der „Ästhetik des Widerstands“ wurde in anderen Formen weitergeführt; so setzten Dietmar Ebert und Elena Nährlich-Slatewa unter Einbeziehung einzelner Studenten die gemeinsame Diskussion in einem engeren Zirkel fort.

Für die jüngeren Akteure des Weiss-Kreises war der Hochschuldozent Dieter Strützel bereits frühzeitig Ansprechpartner und Anreger gewesen, ab Herbst 1987 führte er im Rahmen des institutionalisierten Lehrangebots ein Oberseminar zu Weiss' Roman durch. Auf dem Hamburger Kongreß „Ästhetik, Revolte und Widerstand im Werk von Peter Weiss“ im November 1988 präsentierte Strützel seine Vorstellung der Weiss-Aneignung unter dem Titel „Die ‚Ästhetik des Widerstands‘ weiter lesen. Impulse und Kerngedanken eines Projekts“. Sein Zugriff - er spricht explizit von einem zweiten Jenaer Peter-Weiss-Projekt - ist davon geprägt, stärker als vordem den Roman ausgehend von aktuellen politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen - dem interna-

⁴ Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Jenaer Peter-Weiss-Rezeption.

tionalen Dialog, dem „neuen Denken“ in der Außenpolitik, den Erneuerungsbemühungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern - zu befragen, sich dessen Zeitgenossenschaft über die Rekonstruktion seiner narrativen Strukturen und das Verfolgen der Rezeptionswirkung zu vergewissern. Über das Auftreten Strützels berichtet nicht ohne Distanz Nährlich-Slatewa:

„Er hat in Hamburg gemeint, daß es um eine überzeugende Präsentation der reformwilligen SED-Kräfte in der DDR geht, und hat auch bei den dortigen Peter-Weiss-Lesern und -Forschern, die ja vorwiegend zur Linken gehörten, die Erwartung gespürt, die Botschaft gewissermaßen aus der DDR zu hören: Wir bringen jetzt die Utopie bei uns voran.“ (Gespräch, Zeile 621-625) Auf die Frage antwortend, ob Strützel in Abgrenzung gegenüber resignativen Deutungen des Romans versuchte, anhand des Textes die sozialistische Utopie zu verteidigen, präzisiert sie: „Ja, aber Utopie nicht in dem Sinne: jetzt werden wir den Sozialismus in der DDR reformieren, sondern in einem viel subtileren Sinne: jetzt wird bei uns freies Denken, linkes Denken, echtes marxistisches Denken möglich - der wahre Marxismus. In diesem Sinne hat er die Utopie verteidigt.“ (Ebenda, Zeile 644-647)

Die ihm als Hochschullehrer zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzend, initiierte Strützel im Februar 1989 eine zweitägige Diskussionsveranstaltung; neben Studenten seines Oberseminars und Akteuren des Peter-Weiss-Kreises nahmen daran mit Thomas Metscher und Hannes Goebel auch zwei anerkannte bundesdeutsche Peter-Weiss-Forscher teil. Der Text „Fragen für das Rundtischgespräch ‚Die Ästhetik des Widerstands 15 Jahre danach‘“, über den Strützel die Debatte strukturierte, bringt dessen deutlich politische Intention und die Spezifik seiner eher kulturtheoretisch-geschichtsphilosophischen als literaturwissenschaftlich-ästhetischen Herangehensweise an das literarische Werk prägnant zum Ausdruck. Hier heißt es u.a.:

„4. Eine der zentralen, ich würde sagen die zentrale Frage der ÄdW [‚Ästhetik des Widerstands‘] ist die bohrende Frage nach einer Erneuerungsfähigkeit der ‚Linken‘. Wenn wir darin übereinstimmen: Hält die ÄdW diese Wunde nur offen? Ist die Zentralstellung dieser Frage noch berechtigt? Ist sie aufrecht zu erhalten, oder geht sie in Denkformen wie Sicherheitspartnerschaft, Koalition der Vernunft und des Realismus, gemeinsames Haus Europa auf?

5. Eine Schlüsselstellung in der Struktur des Romans nimmt die Spanne zwischen dem aus dem Boden aufbrechenden Vater und der zwischen Nicht-mehr-zurück- und Noch-nicht-vorwärts-Können erstarrten Mutter [ein]. In seiner großen UNO-Rede hat Michail Gorbatschow von unserer Zeit als einer Zeit des Zu-Ende-Gehens gesprochen. Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen diesen beiden Zeitangaben?

6. In kaum einem Punkt gehen die Meinungen derer, die die ÄdW ernst nehmen, so weit auseinander wie bei der Bewertung des Kontinuums bzw. des Bruchs, ja des Dementis in Bezug auf die 10 Arbeitspunkte [P. Weiss: 10 Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt]. Worin sehen Sie die Ursachen für diesen eher zunehmenden Dissens? Welche Rolle spielt dabei das Bekenntnis zum politischen Autor, welche das Bekenntnis zu einer sozialistischen Perspektive? Was können die Kontrahenten außer subjektiver Erfahrung aus dem Werk selbst für diese ihre Lesart geltend machen?“⁵

Daß diese Herangehensweise einerseits nicht unumstritten war, andererseits ihr reformerisches Potential hinsichtlich der DDR-Verhältnisse die Grenzen von allgemeiner - damit aber sicherlich auch: prinzipieller - Kritik und Veränderungsvorstellung nicht überschritt, jedenfalls nicht zu konkreteren, konzeptionell abgestimmten, Ökonomie, Politik, Recht usw. betreffenden Reformvorstellungen führte, mag ein längerer Ausschnitt aus der Diskussion belegen. Auf Strützels Frage,

⁵ Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Jenaer Peter-Weiss-Rezeption.

„inwieweit die ‚Ästhetik des Widerstands‘ als eine Art ‚Vorläufer der Perestroika‘ zu bezeichnen wäre“, entspinnt sich folgende Debatte:

„Elena Nährlich-Slatewa: Vorläufer oder Wegbereiter?

Dietmar Ebert: Ich halte die Formulierung schlicht und einfach für falsch. Meines Erachtens kann Kunst weder Revolution noch Konterrevolution auslösen. Dem liegt ein völlig falsches Kunstverständnis zugrunde.

Jens Lawrenz: Ich glaube, daß die Transformationen, die natürlich zwischen Ästhetik und Politik bestehen, ganz wichtig sind und man sie auch sehen muß. Aber sie in so ein Folgeverhältnis zu bringen, ist für mich völlig falsch. Denn die Bindung an eine Partei und eine Politik macht Kunst nicht nur gebrauchbar, sondern auch einschränkbar, so wie das Lukács mit den Expressionisten gemacht hat. Dagegen hat sich Brecht mit Recht gewehrt, und gegen eine solche Vereinnahmung hat sich auch Peter Weiss selbst gewandt. ...

Mathias Mieth: Sicher ist der Begriff ‚Wegbereiter‘ nicht zutreffend, aber nach wie vor ist der Roman für mich wichtig im Zusammenhang mit der Frage nach einer sozialistischen Perspektive. Hier wird ein politisches Paradigma ersetzt, das noch kurz vor dem Ende des dritten Teils mit dem ‚Kulturbund‘ in Schweden aufscheint: diese Art von Lernfähigkeit ist ein Gewinn, ein Versuch von Integration. Aber die Dialogizität, die den ganzen Roman durchzieht, fordert eine Synthese und keine Integration. Denn sonst verschwinden die selbständigen Subjekte. Das ist aber in der Politik noch immer ein übliches Modell.

Dieter Strützel: Das wäre schon eine deutliche Herausforderung auch dessen, was erst mal als Perestroika Realität ist. Aber wir müssen auch sehen, wie die Bewegung überhaupt möglich geworden ist. Doch nicht ohne Leute, die wie Peter Weiss gesagt haben, es muß die Erneuerungsfähigkeit bis aufs Äußerste geprüft werden. Und das meint doch auch ein Stück unserer eigenen Biographie. Was hat es für Auseinandersetzungen um den Satz gegeben, daß mehr Waffen nicht mehr Sicherheit bedeuten, ehe er Staatspolitik werden konnte. Die Narben sollen nicht verschwiegen sein. Wie Weiss die Rosalinde v. Ossietzky nicht vergißt und schon gar nicht die Marcauer und den Münzenberg. So gesehen, gewinnt die Frage einen anderen Stellenwert: Was sind die Wurzeln der Erneuerung, woher nehmen wir denn die Kraft in diesem tödlichen Festwerden von Strategien und Politik? Unterhalb der Strategien liegen die Aufbrüche, die immer wieder versucht werden. Denken wir nur an die Neukrantz-Szene, wo die Mutter eine ganz andere Möglichkeit entwickelt ... Aber da wäre auch Weiss' Frage nach dem Umschlagen von Arbeit in Kultur: Bauen wir nun unsere Pergamonaltäre? Oder Castros bohrende Frage: Wollen wir eine versöhnte Welt aufbauen auf Dreivierteln der Welt? Und da braucht auch eine Perestroika notwendigerweise eine Ästhetik des Widerstands.

Jens-F. Dwars: Warum sagen wir nicht ‚Um-Gestaltung‘, da sind ja Politik und ‚Ästhetik‘ zum Wort verschmolzen, das die Ausbildung eines modernen Sozialismus meint. Es geht um die Kenntlichkeit der sozialistischen Bewegung, um ihre kulturelle Identität im weitesten Sinne. Das heißt nicht Gleichheit, sondern Vielfalt, die im öffentlichen Dialog zu eigenen Formen findet.“⁶

Jens-F. Dwars reflektiert die Gesprächsrunde vom Februar 1989 später folgendermaßen: Es „entstand ... ein Dialog, ein Reden, das die Grenzen der eignen, von globalen Hoffnungen und provinzieller Isolation, von historischen Erwartungen und alltäglicher Selbst-Beschränkung geprägten Arbeit zur Sprache bringt und im ständigen Nachfragen über sich hinaustreibt. Das Politische wird nicht mehr beschworen, es ist der Vorgang der Verständigung selbst, die theoretische Reflexion über Bedingungen der Möglichkeit einer Kultur des freien Miteinanders im offenen Austragen von Gegen-Sätzen macht für Augenblicke das Erstrebte greifbar.“⁷ Martin Rector, ein Weiss-Forscher aus Hannover, beurteilt die Debatte auf der Grundlage des veröffentlichten Textes in folgender Weise: „Kennzeichnend für den avancierten Diskussionsstand der Gruppe im Februar 1989 ist, daß die meisten Teilnehmer das Faszinosum und das Politikum des Romans weniger in dessen freilich brisantem Inhalt erblicken als vielmehr in seiner vorbehaltlosen, dialogisch-zweifelnden Verfahrensweise, die sich in den besten Partien ihrer nicht selten aporetischen Diskussion wiederholt. Durchgängige Tendenz ihrer Diskussionen ist eine kritische Reserve gegen eine bloß stofflich-politische Klartext-Lesart und gegen jede eindimensionale Indienstnahme des Buches überhaupt, so verlockend sie auch scheine; indem sie da-

⁶ J.-F. Dwars, D. Strützel, M. Mieth (Hg.): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss, Köln 1993, S. 69/70.

⁷ Ebenda, S. 10.

rauf beharren, die Formensprache des Textes zu beachten, versagen sie sich bewußt, ihn umstandslos als Reparaturkonzept für den Sozialismus zu lesen, auch nicht für die marode DDR, um deren Bestand durch Erneuerung es ihnen (noch) geht.“⁸

Im Spätsommer und Herbst 1989 engagierten sich einige der jüngeren Wissenschaftler der Friedrich-Schiller-Universität, die vordem an der Peter-Weiss-Rezeption beteiligt waren, im „Reformhaus“, derjenigen Bewegung, die die inneruniversitären Veränderungsprozesse einleitete. Sigrid Lange wurde in den Fakultätsrat und den Senat der Universität gewählt und war bis 1991 bemüht, in der nunmehr erfolgenden Umstrukturierung der Universität nach bundesdeutschem Muster die Interessen des akademischen Mittelbaus zu vertreten. Dieter Strützel äußerte sich mit seinen Texten „Soziale Sicherheit und/oder sozialistische Lebensweise“ und „Überlegungen zu ‚Grundsätze und Ziele‘ einer erneuerten SED“ im Oktober/November 1989 zu Fragestellungen gesamtgesellschaftlicher Reichweite; ab Oktober in der umformierten Suhler SED-Bezirksleitung als Sekretär für Ideologie und Medien tätig, wirkte er später als stellvertretender Landesvorsitzender am Aufbau der PDS in Thüringen verantwortlich mit.

Der engere Zirkel um Dietmar Ebert und Elena Nährlich-Slatewa diskutierte Ende Oktober 1989 in einer zweitägigen Sitzung mit Hannes Goebel - der Kontakt bestand seit dem Rundtischgespräch vom Februar - die Textpassage „Heilmann an unbekannt“ aus der „Ästhetik des Widerstands“. Dietmar Ebert war zu dieser Zeit kulturpolitischer Mitarbeiter beim Rat der Stadt Jena; er berichtet:

„Ich bin im April 1989 zum Rat der Stadt, und es gibt dann diese wirklich bedrückende Phase, die etwa bis Oktober/November reicht. Unser Oktober-Gespräch mit Hannes Goebel habe ich als sehr wichtig empfunden, politisch wichtig und für meine Sprachfindung wichtig. Wenige Tage danach, am 5. November führte die Jenaer Philharmonie die 7. Sinfonie von Beethoven in der Stadtkirche auf. Wir hatten dieses Konzert unter den Titel ‚Für die Opfer des Machtmißbrauchs‘ gestellt, ich habe eine kurze Rede gehalten, was mir ohne dieses Gespräch nicht möglich gewesen wäre. Das Gespräch und die Rede waren für mich der Beginn der definitiven Ablösung von dem, was ich vorher politisch vertreten hatte.“ (Gespräch, Zeile 808-815) Und resümierend heißt es: „Für mich ergibt sich aus der Beschäftigung mit Peter Weiss, daß es wichtig ist, wie man Erinnerung strukturiert, wie die einzelnen Stimmen zueinander finden. Insofern wirkt er weiter, unabhängig davon, worin wir uns gemeinsam mit ihm geirrt haben. Ich denke, daß Peter Weiss es genauso gesehen hat, wie wir es in den achtziger Jahren gesehen haben: auch er hat geglaubt, daß diese Gesellschaft reformierbar wäre. Vielleicht ist es ganz gut, daß er die Erfahrung nicht machen mußte, daß es nicht so war.“ (Ebenda, Zeile 823-828)

Ihr an die Zielstellung von Identitätsfindung und -bewahrung gebundenes Verständnis der Weiss-Rezeption drückt Elena Nährlich-Slatewa zusammenfassend folgendermaßen aus:

„(I)ch (habe) diesen Roman nicht primär politisch gelesen. Natürlich haben mich die weißen oder vielmehr die schwarzen Flecken in der kommunistischen Geschichtsschreibung sehr interessiert, aber das war nicht alles ... Einerseits ist die Literatur ein Gebiet der professionellen Beschäftigung, andererseits ist sie unverzichtbar, um ein Leben leben zu können, das sich in den harten Beschränkungen des Alltags nicht selbst verliert. Um dem eigenen Leben Sinn und Tiefe verleihen zu können, braucht man die Aneignung von Kunst im dialogischen Austausch von Persönlichkeit zu Persönlichkeit, weil

⁸ M. Rector: Rezension zu J.-F. Dwars, D. Strützel, M. Mieth (Hg.): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss, Köln 1993, in: M. Rector, J. Vogt (Hg.): Peter-Weiss-Jahrbuch, Bd. 4, Opladen 1995, S. 117.

die eigenen Horizonte so immer wieder aufgebrochen werden. Und in diesem [engeren Diskussions-]Zusammenhang haben wir auch immer Kunst und Traum und eigenes Leben in ihrem ständigen Austausch miteinander gesehen und praktiziert.“ (Gespräch, Zeile 761-770)

Der Versuch, die Differenz zwischen dem Ideal (Sozialismus als emanzipatorischer Bewegung) und der empirischen Realität (dem „real-existierenden Staatssozialismus“) durch einen eigenen Diskurs und eine eigene intellektuelle Konstruktion begreifbar und handhabbar zu machen, ist u.E. ein typisches Charakteristikum der Kommunikationskreise der späten 70er und 80er Jahre. Analoge Entwicklungen und Deutungen lassen sich beispielsweise in den Literatur- und Kulturwissenschaften der Humboldt-Universität feststellen. Aber auch in der Philosophie und der Geschichtswissenschaft, der Wirtschaftswissenschaft, in Psychologie und Soziologie finden sich derartige Versuche, die Differenz von Utopie und Realität erkennbar zu halten und einen Modus zu finden, sie wenigstens für die eigene wissenschaftliche und politische Arbeit produktiv zu wenden.

Dabei ist aber ein Unterschied zu der vorherigen Intellektuellengeneration festzustellen, der auch in den Diskussionen und Divergenzen zwischen den Akteuren der Jenaer Peter-Weiss-Rezeption aufscheint. Auch die Reformer der 60er Jahre mußten die Differenz von sozialistischem Ideal und Realität erklären und eine Strategie des Umgangs mit dieser Differenz entwickeln. Tendenziell aber geht ihre Lösung in eine ganz andere Richtung. Sie ist praktisch und zielt auf die Einführung von gesellschaftlichen Mechanismen, die die Realität der Utopie in einem durchaus überschaubaren Zeitraum näher bringen sollen. Solche Mechanismen waren einerseits ein sozialistisches Planungs- und Leitungssystem - das sogenannte Neue Ökonomische System -, andererseits an einem eher naturwissenschaftlichen Weltbild und der neu aufkommenden Kybernetik und Systemtheorie orientierte Regularien sozialer Entwicklung, wobei Bildung und Bildungsreformen im Zentrum standen. Und es war auch das Bemühen um die Umsetzung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in ein entsprechendes Rechtssystem, wie wir es beispielsweise bei Uwe-Jens Heuer finden.

Die Reformer der 60er Jahre waren von der ‚Verwissenschaftlichung‘ gesellschaftlicher Prozesse und ihrer Regulation und einem rückhaltlosen Fortschrittsoptimismus geprägt. Diese Sicht hatte zunächst Traditions Voraussetzungen: das Wissenschaftsbild des Marxismus, den Fortschrittsoptimismus der Arbeiterbewegung, die Fortschrittsrhetorik der DDR-Führung und die allgemeine Verwissenschaftlichungstendenz, die in der Nachkriegszeit noch einmal zugenommen hatte. Zudem erschienen die Mängel der empirischen Realität des DDR-Sozialismus nicht als Folge der Gesellschaftskonstruktion als solcher. Sie schienen den ungünstigen Voraussetzungen geschuldet, unter denen der Sozialismus in der DDR aufgebaut werden mußte, dem Krieg, der Zerstörung und dem daraus folgenden allgemeinen Mangel, der Zerstörung der Arbeiterbewegung und der Moral und Kultur der Bevölkerung durch den Nationalsozialismus, dann auch dem Kalten Krieg und vielleicht noch den ungünstigen Bedingungen, unter denen der erste sozialistische Staat im rückständigen Rußland entstanden war.

Für die nächste Generation jedoch standen die Dinge schon anders. Die Defizite der empirischen Realität waren in relevanten Fragen durchaus nicht kleiner geworden. Das Defizit an Demokratie, aber auch die Rationalitätsdefizite der Wirtschaft, die Gängelei und Bevormundung, die ‚weißen Flecken‘ bei der Reflexion der Geschichte nahmen eher zu, auch wenn sich die Versorgungsprobleme reduziert hatten und die ‚Mangelwirtschaft‘ auf vergleichsweise hohem Konsumniveau ihren geregelten Gang zu gehen schien. Die bleibenden und teilweise wachsenden Differenzen von Ideal und Wirklichkeit waren Mitte der 70er Jahre deutlich fühlbar - insbesondere nach der Ausbürgerung von Biermann und dem damit offensichtlich gewordenen Bruch der SED mit großen Teilen der kritischen DDR-Intellektuellen - und konnten mit den schlechten Ausgangsbedingungen nicht mehr erklärt werden. Anders als in der vorangegangenen Generation konnte die Konsequenz daher auch nicht darin bestehen, eine wissenschaftlich begründete praktische Strategie für eine Veränderung der Wirklichkeit in Richtung auf das Ideal zu suchen. Daran war die vorige Generation ja bereits (weitgehend) gescheitert. Die eine Konsequenz war daher eine skeptische Reflexion des vorgefundenen Marxismus-Leninismus und der Gesellschaftswissenschaften, die zunächst darin bestand, die Ursprünge des Ideals selbst aufzufinden und festzuhalten, den Widerspruch zur Wirklichkeit nicht zuzudecken oder wegzuerklären, sondern aufzudecken und auszusprechen. Die Hinwendung zu Philosophie, Kulturwissenschaften und Literatur war der äußere Ausdruck dieser neuen Bewußtseinslage.

Sie zeigt sich nicht nur in der Entstehung und den Debatten des Peter-Weiss-Kreises, sondern als Ausgangspunkt auch anderer Entwicklungslinien dieser Reformergeneration. Die Frühwerke von Karl Marx, die ökonomisch-philosophischen Manuskripte, die „Grundrisse“, die in der MEGA gerade erscheinenden Manuskripte von 1861-63, aber auch die Werke unbekannter und teilweise verpönter Marxisten wie Adler, Luxemburg, Rosdolsky, Bucharin, Trotzki, Gramsci und Lukács, die marxistische Debatte im Westen und insbesondere in der Bundesrepublik - z.B. Althussers Annäherungen an die ‚Kapitallogik‘, Haugs ‚Warenästhetik‘ oder die Kritische Psychologie - und die Beschäftigung mit der Geschichte der KPdSU, der frühen Sowjetunion und dem Stalinismus waren für alle Reformer dieser Generation ein bestimmender Ausgangspunkt eigenen Denkens. Man hatte zunächst keine und wollte auch keine vorschnelle und vor allem keine pragmatische Antwort darauf, wie eine dem Ideal entsprechende Gesellschaft aussehen soll. Man war skeptisch gegenüber Konzepten, die ‚technokratisch‘ aussehende Instrumentarien und Handlungsstrategien empfahlen. Zunächst war es wichtig, die Differenz selbst im Bewußtsein zu halten. Daher im Peter-Weiss-Kreis auch die Distanz zu Deutungsversuchen, die in der „Ästhetik des Widerstands“ ein ‚Reparaturkonzept für den Sozialismus‘ oder auch einen ‚Vorläufer der Perestroika‘ erkennen wollten - und die eher in die Perspektive der vorangegangenen Generation zu passen scheinen.

Ein am Ideal der Naturwissenschaft oder gar der Kybernetik orientiertes Wissenschaftsverständnis wich einer Orientierung an eher philosophischen, historischen oder ästhetischen Reflexionsformen, die Instrumente eines Denkens werden, das sich gegen eine Auflösung der Dif-

ferenz von Ideal und Wirklichkeit zu wehren sucht. Insofern sind die für den Peter-Weiss-Kreis ausgewiesenen Gedankenmuster auch in anderen Diskussionszusammenhängen der jüngeren SED-Reformer wiederzufinden, auch bei denjenigen Akteuren, die dann doch wieder den Versuch unternehmen, ein positives Paradigma zur Lösung der Differenz von Ideal und Wirklichkeit zu entwickeln, etwa im ‚modernen‘ Sozialismus oder der auf den Sozialismus angewendeten ‚kommunikativen Vernunft‘. Interessant ist, daß das skeptische Beharren auf der Utopie und der Rückgriff auf die ‚Ursprünge‘ lange Zeit und eigentlich bis zum Schluß auch in den Kreisen erhalten bleiben, die den Versuch machen, durch die Adaptation der Theorien moderner Gesellschaften das Ideal selbst aufzulösen - oder modernistisch zu rekonstruieren. Insofern finden sich die hier vorgestellten Gedankenkonstrukte in ähnlicher Weise auch bei Hans-Peter Krüger und Michael Brie, mehr noch bei Jürgen Jünger und Wilfried Ettl bis in das Jahr 1990. Das ‚Bewahren des Ideals als Maß der Kritik der Wirklichkeit‘ und die Auflösung bzw. Rekonstruktion des Ideals in einer eben gar nicht mehr idealistisch-ganzheitlich gedachten Gesellschaft, die Moderne und Sozialismus zugleich sein soll, scheinen sich lange Zeit nicht zu widersprechen.

Bevor wir aber auf diese Linie näher eingehen, soll der Generationszusammenhang zwischen den Reformern der 60er Jahre und denen der 80er Jahre untersucht werden. Wir stellen dazu zunächst zwei Wissenschaftler vor, in deren Tätigkeit Leistungsfähigkeit und Grenzen des Konzepts der Aufbaugeneration exemplarisch sichtbar werden, und behandeln dann ein Projekt, das faktisch ein intergenerationelles Unternehmen war, auch wenn es zunächst gegründet und dominiert wurde von der älteren Generation.

Fall 2: Die zwei Reformergenerationen

2.1. Grundfragen der Wirtschaftswissenschaft scheinen unlösbar

Hans Mittelbach gehört zu der Generation von DDR-Gesellschaftswissenschaftlern, deren Vorstellung einer sozialistischen Ökonomik in den Reformbestrebungen der 60er Jahre geprägt wurde. Ab 1963 am Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Plankommission tätig, arbeitete er zunächst zu Fragen des gesellschaftlichen und betrieblichen Investitionsmechanismus; seine 1968 verteidigte Dissertation befaßte sich - ausgehend von dem Grundanliegen, die zentrale materielle Bilanzierung und Beauftragung der Produktion schrittweise durch indirekte finanzielle Steuerungsinstrumente zu ersetzen - mit einem der weitgehenden Eigenerwirtschaftung der Investitionen durch die Betriebe adäquaten Budgetsystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die damit eingeschlagene wissenschaftliche Suchrichtung wurde bald blockiert - im Gespräch formuliert Mittelbach:

„Durch politische Entscheidungen wurde die weitere Arbeit am NÖS abgebrochen, es gelang nicht, das Primat der materiellen Bilanzierung zu brechen. Die in dieser Zeit vieldiskutierte Frage Bilanzen oder Preise wurde zugunsten der Bilanzen entschieden. Von 1968 bis 1972 war ich stellvertretender Sektorenleiter im Bereich volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Der vom gesamten Sektor erarbeitete konzeptionelle Vorschlag für eine Volkswirtschaftsbilanz, die stärker als bisher auf ein finanziell orientiertes System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgerichtet war, wurde ... abgelehnt. In Auftrag gegeben wurde zur Sicherung des Primats der materiellen Bilanzierung die Ausarbeitung einer Natural-Wert-Verflechtungs-Bilanz. Sie war dann das Kernstück der Wiedereinführung und des Ausbaus der zentralen materiellen Planung und Bilanzierung seit 1970, damit war das Konzept der Eigenerwirtschaftung hinfällig.“ (Gespräch, Zeile 25-36)

Für Mittelbach blieb die Frage nach den Strukturen und Instrumentarien sozialistischer Wirtschaftssteuerung virulent; mit der Absicht, dazu konzeptionell zu arbeiten, wechselte er 1980 zum Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (ZIW) der Akademie der Wissenschaften der DDR.

„Ziel war es, eine Dissertation B zu schreiben. Mir ging es wiederum um die Weiterentwicklung eines Konzepts der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in dem Wert- und Finanzkategorien, die Effektivität bei der Gestaltung der volkswirtschaftlichen Proportionen eine größere Rolle spielen sollten, außerdem sollte die Rolle des nichtproduzierenden Bereichs - des öffentlichen Sektors - besser in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung integriert werden. Ich wollte eine Kritik am vorherrschenden Konzept der Gesamtrechnung vorlegen, dessen Kernstück jetzt noch stärker als früher die zentrale materielle Bilanzierung war.“ (Gespräch, Zeile 139-145)

Sein Bemühen, über eine B-Dissertation zur wissenschaftlichen Kritik und praktischen Umgestaltung des Grundmodells ökonomischer Entwicklung im Sozialismus beizutragen, konnte Mittelbach nicht zum Erfolg führen. Nach einer Diskussion im Institutsrat wurde ihm Unterstützung und Begutachtung der Arbeit verweigert; wie ganz generell das ZIW aufgrund seiner engen Bindung an die SED-Politikprogrammatik keinen institutionellen Raum für die Erarbeitung von ganzheitlichen, theoretisch gehaltvollen Konzepten zur Reformierung der DDR-Wirtschaft bot. Trotzdem versuchte Mittelbach weiter, seine Vorstellungen einer neuen Organisation der sozialistischen Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu verbreiten - zu seinem Gegenstand wurde ausgehend von Fragen der Wohnungsfinanzierung das Subventionsproblem.

Auf einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demografie im Juni 1988 setzte sich Mittelbach mit den Mietsubventionen auseinander, in Zuarbeiten zur analytisch-prognostischen Studie des ZIW bezog er auch die Subventionierung von Konsumgütern ein und zeigte die zunehmenden ökonomischen und sozialen Dysfunktionalitäten: Bei Fortschreibung der aktuellen Tendenzen würden Ausmaße erreicht, die nicht mehr erbacht werden könnten; die Kehrseite der zentralen Stützung des Grundbedarfs ist eine Überteuerung insbesondere technisch hochwertiger Konsumgüter, die keine gesellschaftliche Akzeptanz fände und die Nachfrage mindere; die Verschleierung des Zusammenhangs von gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen und Preis orientiere nicht auf rationelle, den Ressourcenverbrauch minimierende Kauf- und Nutzungsentscheidungen; produkt- bzw. wohnraumbezogene Subventionen bevorzugen Haushalte mit gutem Einkommen und keinen oder wenigen Kindern. Wird so unter unterschiedlichen Aspekten begründet, daß die bloße Weiterführung der Preis- und Subventionspoli-

tik keine vertretbare Zukunftsoption darstellt, fordert Mittelbach andererseits den schrittweisen Übergang zu kostenadäquaten Mieten und Preisen, die in eine Einkommens- und Preisreform eingebettete Umwandlung von Subventionen in personenbezogene Einkünfte über die entsprechende Erhöhung von Löhnen, Gehältern, Renten und Kindergeld. Auf die Verankerung seines alternativen Konzepts zur SED-offiziellen Preis- und Subventionspolitik in allgemeineren Vorstellungen wirtschaftlicher Veränderung macht Mittelbach im Gespräch aufmerksam:

„Das Denkmodell bestand in ökonomischen Reformen, mit denen die Eigenerwirtschaftung der Betriebe und auch des Wohnungswesens gestärkt sowie bessere Voraussetzungen für das finanzielle Gleichgewicht der Volkswirtschaft geschaffen werden sollten. Damit ein solcher Reformprozeß nicht gleich Schiffbruch erleidet, sind zunächst einigermaßen reale Preisproportionen herzustellen, weil es sonst zu erheblichen Fehlsteuerungen in der Volkswirtschaft kommt.“ (Gespräch, Zeile 342-346) Und an anderer Stelle äußert er, auf eine Zwischenbemerkung des Interviewers eingehend: „Es ist richtig, wenn Sie sagen, daß die den Subventionen geschuldeten Preisverzerrungen zwar ein wichtiges Thema waren, damit jedoch die Frage einer Veränderung des Planungssystems noch nicht unmittelbar gestellt war. Die Behebung von Preisverzerrungen wäre aber eine wichtige Voraussetzung für die Abkehr vom bisherigen Planungssystem der materiellen Bilanzierung gewesen.“ (Gespräch, Zeile 279-283)

In seiner Parteitagsstudie „Zur Entwicklung der Wohnraumverteilung und besseren Nutzung des vorhandenen Wohnungsfonds“ fixierte Mittelbach wiederum die Umwandlung der Mietsubventionen in personenbezogene Einkommensbestandteile als optimalen Weg der notwendigen Umgestaltung des gegebenen Finanzierungsmodus von Wohnungsbau und -erhaltung. Breiter und detaillierter als in den thematisch ähnlich gelagerten Vorträgen wurde hier die Begrenztheit der mit dem Wohnungsbauprogramm erreichten Ergebnisse dargelegt. Im Gespräch berichtet Mittelbach, daß die Studie im Juli 1989 erst eingereicht wurde, nachdem der Direktor des ZIW

„sich in direkter Abstimmung mit Mitarbeitern der entsprechenden ZK-Abteilung vergewissert hatte, daß zumindest keine negativen Reaktionen zu erwarten waren. Er wollte sichergehen, daß dieses Material nicht zu problematischen politischen Konsequenzen für das Institut führte. Im Sommer 1989 gab es dann aber praktisch keine Reaktion mehr. Das Problem der Subventionen war in der Plankommission und bei den fachlich orientierten Mitarbeitern der ZK-Abteilung bekannt, bislang hatte es nur keiner gewagt, es so offen anzusprechen.“ (Gespräch, Zeile 226-231)

Im Herbst 1989 beteiligte sich Mittelbach insbesondere an den ZIW-internen Aktivitäten zur Neukonturierung staatlicher-politischer Leitungstätigkeit - so wurde beispielsweise der vormalige Institutsdirektor über basisdemokratische Wahlen abgelöst - und wissenschaftlicher Arbeit. Mit seinen Positionen zur Preis- und Wohnungspolitik war er bestrebt, sich in die öffentlichen Debatten einzubringen, wobei jedoch entsprechende Ausarbeitungen vom „Neuen Deutschland“ und der „Berliner Zeitung“ nicht publiziert wurden; in wissenschaftlichen Vorträgen und Diskussionen machte er auf die Gefahren einer Währungsunion ohne vorherige Preisreform aufmerksam. Zum Themenfeld seiner Tätigkeit am ZIW wurden vor allem die sich vollziehenden Arbeitsmarktentwicklungen in Industrie und Landwirtschaft. Auch nach der Auflösung der Akademie der Wissenschaften Ende 1991 ist Mittelbach über Werk- und Honorarverträge, Publikationen und Diskussionszusammenhänge wissenschaftlich aktiv; so beteiligte er sich u.a. an der Arbeit des Forum Ost der SPD. Seine wissenschaftlich-politische Tätigkeit zur DDR-Zeit gewissermaßen resümierend, formuliert Mittelbach im Gespräch:

„Ich war auch geprägt davon, was mit Bahro passiert war, als er in der Bundesrepublik sein Buch veröffentlicht hatte. An das Buch selbst bin ich zur DDR-Zeit nicht herangekommen, aus dem ‚Buschfunk‘ wußte ich aber in etwa, was drin stand. Ein solches Risiko wollte ich nicht eingehen. Andererseits wäre es durch kleinere lancierte Informationen an die westliche Presse relativ leicht gewesen, auf spektakuläre Art bekannt zu werden. Aber dann wäre man für die Ost-West-Auseinandersetzung instrumentalisiert worden und hätte die Wirkungsmöglichkeiten nach innen verloren, auf die man bei einem Reformdurchbruch hoffte. Ich jedenfalls hatte das Ziel, einige konzeptionelle Ideen zur Wirtschaftstheorie auf wissenschaftlich solider Grundlage im Rahmen der Dissertation B zu entwickeln; es ging mir um eine ‚Offizialisierung‘, die allerdings für dieses große Projekt nicht gelungen ist. Das war über all die Jahre fast eine fixe Idee von mir. Meine kleineren Papiere habe ich dann seit Juni 1988 immer ganz offiziell zur Diskussion gestellt. Aus heutiger Sicht hätte man so noch viel mehr tun können. Aber ich habe eben erst 1988 die Erfahrung gemacht, daß das geht, und vor allem, daß man auch nennenswerte Unterstützung fand - vorher mußte ich immer wieder die Erfahrung machen, daß eigene Aktivitäten nicht nur riskant, sondern fast immer erfolglos waren und kaum Unterstützung erhielten. Das war auch eine wesentliche Seite der offiziellen Gegenstrategie, mit der man Reformen von vornherein verhindern wollte. Auch in der Forschung, die sich berufsmäßig mit alternativen Konzepten befaßt, war dies nur in den wenigen Fällen möglich, in denen zeitweise und in engen Grenzen grünes Licht gegeben wurde, wie z.B. 1963 bis 1965 beim NÖS oder bei den familienpolitischen Maßnahmen 1975. Die mit dem NÖS begonnenen Reformen wurden aber dann wieder zurückgenommen und die zentralisierte Planung wurde auch weiter ausgebaut. Ein bleibender und langfristiger Erfolg war nur die Mitarbeit an den familienpolitischen Maßnahmen, die mit zu einer starken Zunahme der Geburten Ende der 70er Jahre beitrugen. Es war außerhalb der offiziell eingeräumten Spielräume auch dann, wenn man selbst im Zentrum der ökonomischen Forschung tätig war, kaum möglich, alternative Konzepte in Maßnahmen und Gesetze umzusetzen. Das wäre nur nach 1989 möglich gewesen, aber dann hatte sich auch das durch die schnelle Währungsunion erübrigt.“ (Gespräch, Zeile 690-717)

Auch für Dieter Walter waren die Reformversuche der 60er Jahre der Ausgangspunkt wissenschaftlichen Arbeitens. Dabei spielte die Anwendung ökonomisch-mathematischer Methoden eine wichtige Rolle. In der Plankommission befaßte er sich mit mathematisch-statistischen Methoden der Prognose und Verflechtungsbilanzierung, später arbeitete er am ZIW der Akademie der Wissenschaften zur Anwendung mathematisch-statistischer Methoden in der Verflechtungsbilanzanalyse. Er berichtet:

„Ulbricht hatte in seinen späten Jahren die m.E. im Kern richtige Vorstellung, daß wir längerfristig denken müssen, nicht nur von heute auf morgen. Daß das dann völlig utopisch und fast lächerlich zur Lösung ‚Überholen ohne einzuholen‘ führte, hatte andere Ursachen ... Es entstand aber in diesem Zusammenhang auch die Abteilung Prognose (später Langfristige Planung) in der Plankommission. Egal, wie unrealistisch das war - die Idee gemeinsamer Arbeit von Wissenschaftlern, Volkswirtschaftsplanern und Managern der Kombinate und VEB an längerfristigen Prognosen war richtig. Es war offensichtlich, daß prinzipieller über die gesellschaftlichen und ökonomischen Perspektiven der DDR nachgedacht werden mußte. Mit dem Wechsel zu Honecker ging es seit 1970/71 in Richtung eines kleinbürgerlichen Konsumsozialismus. Mit der Verlagerung konzeptioneller und längerfristiger Wirtschaftsprognosen aus der Verantwortung von Partei und Staat in Institute der Akademie der Wissenschaften war die Arbeit jedoch bereits zum Scheitern verurteilt. Übrigens: Von führenden Kreisen der SED, insbesondere G. Mittag, war m.E. nicht eine solche ‚Verlagerung‘, sondern ein Abbruch eigenständiger volkswirtschaftlicher Analyse und Planung beabsichtigt. Nur ließen sich Initiativen z.B. in der Akademie der Wissenschaften wahrscheinlich nicht ganz verhindern.“ (Gespräch, Zeile 167-181)

Aus seiner Perspektive stellten sich aber die zentralen und grundsätzlichen Fragen einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation, auf die sich keine hinreichenden Antworten fanden.

„Aber ich hatte auch Denkbarrieren. Selbst solche Leute wie die international anerkannten polnischen Ökonomen und Reformsozialisten Brus und Laski hatten gerade im Zusammenhang mit der Investitionsproblematik im Sozialismus eine bestimmte Barriere, wie in ihrem Buch ‚Von Marx zum Markt‘

(1990) deutlich wird. Wenn man nämlich in eine Planwirtschaft stärkere Marktelemente einbeziehen will, stößt man sehr schnell auf zwei Umstände: Erstens auf die Frage, und das war auch für mich ein offenes Problem, wie wir dann eine kapitalistische Entwicklung verhindern. Soziale und kapitalistische Marktwirtschaft ist für mich auch heute noch ein Widerspruch, der immer wieder ausgekämpft werden muß. Und zweitens: wenn man wirklich Marktregulierung haben will, muß man auch einen Kapitalmarkt haben. An dieser Stelle hatten Brus und Laski noch 1989/90 ihre Hemmungen, und ich hatte die auch immer - als Sozialist schwimmen einem beim Kapitalmarkt sofort die Felle weg, weil alle unsere Prämissen - Wohlstand soll auf Arbeit beruhen, Selbstverwirklichung soll für alle möglich sein im Maße ihrer Leistung, die wiederum gesellschaftlich gemessen wird - in Konflikt stehen mit Grundstücksspekulation, Vererbung von Produktivvermögen usw., mit den Verwertungsinteressen privaten Kapitals schlechthin. Von unseren Idealen her war dort eine solche Barriere, die mir unüberwindlich schien und für die ich bis heute keine Lösung weiß.“ (Gespräch, Zeile 314-329)

Das Bedürfnis, nach dem Scheitern der Reformversuche der 60er Jahre wieder eine wissenschaftliche Debatte in Gang zu bekommen, führten zu intensiven wissenschaftlichen Interessen und Kontakten außerhalb der engeren beruflichen Erfordernisse. Dieter Walter erklärt:

„Es war das Bedürfnis, mit Leuten diskutieren zu wollen, die mir helfen könnten, besser zu durchschauen, woraus die unbefriedigende Leistungsfähigkeit der Planungsmethoden resultiert und warum wir die Wirtschaft überhaupt nicht im Griff haben. Und meine Unzufriedenheit damit, daß eigentlich spätestens 1970/71 originäre Sozialismuskonzeptionen in der DDR praktisch aufgegeben wurden und in der offiziellen Diskussion tabu waren.“ (Gespräch, Zeile 447-451)

„Ich habe als Student bei Hans Wagner und Dieter Klein Politische Ökonomie des Kapitalismus gehört, war im Spezialseminar bei Dieter Klein und Johann Lorenz Schmidt. Später war ich kurzzeitig geschäftsführender Assistent des Institutes für Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Institutsdirektor war Dieter Klein, ich war sozusagen kurzzeitig sein persönlicher Mitarbeiter. Auch danach habe ich den Kontakt zu Dieter Klein bis 1989 nie verloren, ihn z.B. zu ... [einem] Vortrag bei der Plankommission eingeladen. Im Gegenzug habe ich an der Humboldt-Universität gesprochen, wenn Dieter Klein oder Hans Wagner meinten, ich solle in ihrem Kreis bei ausgewählten Leuten etwas aus der Praxis der Plankommission berichten. Natürlich habe ich dabei zugleich auch von ihnen viele Anregungen erhalten. Mit Hans Wagner gab es über die ganzen Jahre eine kontinuierliche Zusammenarbeit; wir haben Papiere ausgetauscht, auch Entwürfe, haben diskutiert, an der Humboldt-Universität und auf seiner Datsche.“ (Ebenda, Zeile 722-733)

Über Hans Wagner ergab sich die interdisziplinäre Forschungsgruppe „Philosophische und methodologische Fragen der Politischen Ökonomie“ als ein wichtiges Kommunikationsfeld, zu dem auch intensivere Kontakte mit der nachfolgenden Wissenschaftlergeneration gehörten. Dieter Walter trat hier mehrfach mit eigenen Beiträgen auf, so 1981 und 1987; er beteiligte sich auch am Kolloquium zum 60. Geburtstag von Hans Wagner im Februar 1989. In den 80er Jahren hatte sich zudem eine enge Zusammenarbeit mit Wilfried Ettl und Jürgen Jünger herausgebildet.

„Wilfried Ettl war damals ans EAW Treptow strafversetzt, kam aber öfter als Gast in die Forschungsgruppe, in der er vorher am ZIW gearbeitet hatte. Und als ich zum ZIW kam, fing ich zufällig in dieser Forschungsgruppe an; so haben wir uns 1981 kennengelernt. Ich suchte jemanden, der mit Niveau die Seminare an der Humboldt-Uni zu meiner Vorlesung leiten kann. Einige haben mir dringend davon abgeraten, mich ‚mit dem Ettl einzulassen‘. Wir haben seitdem großartig zusammengearbeitet.“ (Gespräch, Zeile 753-758)

Diese Zusammenarbeit ist insofern bemerkenswert, weil sie nicht auf engen fachspezifischen bzw. methodischen Gemeinsamkeiten basierte, sondern auf einem gemeinsamen Interesse an der Lösung theoretischer Grundfragen und komplementären Kompetenzen im Detail. Jürgen

Jünger und Wilfried Ettl waren Theoretiker, die nur wenig von den mathematisch-analytischen Modellen des Prognostikers und Planungstheoretikers verstanden. Dieser aber wußte, daß die zentralen Defizite des Planungs- und Analysemechanismus auf Defizite in konzeptionellen Grundfragen zurückgehen. Insbesondere während der Perestroikazeit und in der Wende ergänzten sich diese Interessen in offensichtlich produktiver Weise:

„Bei den Artikeln, die Ettl, Jünger, Walter als Autoren ausweisen, hat nach meiner Erinnerung Ettl immer den Text fertiggestellt auf Grund von Zuarbeiten von Jünger und Walter. In unserer Zusammenarbeit war ich auf keinen Fall der theoretisch-philosophisch Stärkste, sondern eher der volkswirtschaftlich-praktisch Erfahrene.“ (Gespräch, Zeile 474-477) An anderer Stelle heißt es: „Wir hatten interessante Diskussionen und haben so manches Bier miteinander getrunken, aber dann waren die Zeiten so hektisch, daß wir nie zu dritt zusammengesessen haben, um so einen Artikel zu besprechen. Sondern Wilfried hatte das in der Hand, und ich habe ihm Zuarbeiten gebracht. Die anderen beiden zogen eben aus meinen mehr volkswirtschaftlichen Darstellungen abstrahierend Schlüsse, bei denen ich merkte: Das ist genau das, was du auch denkst; und sie waren offensichtlich der Ansicht: Der Walter kann die Wirklichkeit analytisch so fassen, wie wir das geahnt und theoretisch abgeleitet haben. Diese Artikel sind so zustande gekommen, daß ich ihnen meine Gedanken, untersetzt durch konkrete Analysen, immer zugearbeitet habe, und Wilfried Ettl hat dann, unter gleichzeitiger Verwendung von Materialien von Jünger, den Gesamtartikel erarbeitet. ... Wilfried Ettl hat sich dann ja mehr den Kreisen, in denen ... komplexe Reformkonzepte angedacht wurden, zugewandt, während ich zwar mein Wissen zur Verfügung gestellt habe, aber auch 1989/90 vorwiegend angewandte Volkswirtschaftsanalyse betrieb.“ (Ebenda, Zeile 481-501)

Das theoretische Grundproblem beschreibt Dieter Walter so:

„Ich war davon überzeugt und bin es eigentlich auch heute noch, daß eine Wirtschaft nicht der spontanen Marktproduktion überlassen werden darf, die wieder zur Kapitalherrschaft führt und Raubbau an Menschen und Natur treibt. (Die innere und äußere Schwierigkeit, dies auszusprechen, ist wahrscheinlich bei mir und anderen darin begründet, daß ich die längste Zeit meines aktiven Lebens ein Gesellschaftssystem und eine Wirtschaftsordnung trotz gelegentlicher Kritik stützte, auf die der Vorwurf ebenfalls und oft mit viel direkterer Brutalität zutrifft, Raubbau am Menschen und an der Natur zu betreiben.) Ich habe aber gleichzeitig im Laufe der Jahre mehr und mehr gespürt, daß die sozialdemokratischen Genossen meines Großvaters recht hatten, die sagten: die Kommunisten werden alles von oben bestimmen, die werden die Demokratie töten. So ging es nicht. Deshalb war mein Anknüpfungspunkt eigentlich, eine Verbindung zwischen Demokratie auch in der Wirtschaft und zentraler Planung zu finden.“ (Gespräch, Zeile 684-695)

„Spätestens seit 1966/67 ... war ich war der Meinung, daß es doch möglich sein muß, zentrale Planung und Demokratie, das Einbringen der Gedanken und die Konzepte der Einzelnen und der Unternehmen, zu verbinden. Von daher müßte man doch ein Konzept entwickeln können. Weil es wahrscheinlich aber so, wie ich es dachte, nicht ging, ist das, wenn man meine Veröffentlichungen sieht, oft auf halbem Wege steckengeblieben. Aber es gab immer wieder den Versuch, in dieser Richtung ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Wenn man will, daß in der DDR etwas prinzipiell geändert wird, aber gleichzeitig nicht will, daß daraus ein kapitalistisches System wird, dann sucht man verzweifelt nach neuen Konzepten.“ (Ebenda, Zeile 669-678)

Wie aber soll ein Wirtschaftssystem funktionieren, das einerseits rationale Allokation von Ressourcen und Rentabilität von Investitionen gewährleistet, also Marktpreise und an Gewinnen orientierte Rentabilitätskriterien verlangt, zugleich aber die sozialen und ökologischen Folgen einer Kapitalverwertungsökonomie vermeidet? Ein neues Herangehen versuchten Ettl und Jünger Anfang 1990 in einem mit Walter gemeinsam verfaßten Aufsatz „Über die Historizität des Ökonomischen oder wie sozial muß Marktwirtschaft heute sein“. Dieter Walter sagt dazu: „Da

hat dann Wilfried Ettl eine Antwort versucht, mit der ich mitgehe.“ (Gespräch, Zeile 594). Im Abschnitt „Markt und Mehrfachbewertung“ wurde formuliert:

„Das Grundproblem scheint uns zu sein, wie der wirtschaftliche Wettbewerb aus seinen traditionellen ökonomischen Reduktionen befreit werden kann, ohne die wirtschaftliche Rationalität zu negieren.“ Die Antwort besteht nicht in der Ersetzung von Wert, Geld und Kapitalverwertung, nicht in einem einzelnen neuen Steuermedium, sondern in einer Pluralität mehrerer Wettbewerbsformen, in „mehrdimensionalen Selektionskriterien“. „In dem Maße, wie es gelingt, differente Wertorientierungen in das Geldmedium zu übersetzen, werden diese Orientierungen im Wirtschaftssystem kommunikabel, kann ihre Realisierung also durchaus auch mit marktkonformen Mitteln und ohne kontraproduktive Verbürokratisierung und unüberschaubare Verrechtlichung erfolgen. Nicht um eine Zerschlagung wirtschaftlicher Rationalität und politische Übersteuerung wirtschaftlicher Interessen à la Zentralverwaltungswirtschaft geht es, sondern um ihre Einordnung in eine komplexe Bewertung und einen universellen Wettbewerb ...“⁹

Ettls und Jüngers neue Antwort auf die aus Walters Sicht vordem scheinbar unlösbaren Fragen einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation zeigt den von der jüngeren Generation schließlich vollzogenen Paradigmenwechsel gegenüber dem Reformdiskurs der 60er Jahre.

2.2. Die interdisziplinäre Forschungsgruppe

„Philosophische und methodologische Fragen der Politischen Ökonomie“

Die interdisziplinäre Forschungsgruppe bestand seit 1977 und war der größte und mit 12 Jahren auch der Dauer nach längste Diskussionszusammenhang, der über die Jahre mehrere hundert Teilnehmer hatte, von denen etwa 30 dem festen Kern zugerechnet werden können. Die Forschungsgruppe war kein Kreis der dritten Reformergeneration (80er Jahre), vielmehr gehören ihre Gründer - Hans Wagner, Herbert Steininger, Peter Ruben, Camilla Warnke, Wolfgang Eichhorn II - und auch der größere Teil der Teilnehmer zur Aufbaugeneration. Ihr Ausgangspunkt waren zunächst wie bei Mittelbach und Walter die Reformkonzepte der 60er Jahre: das Neue Ökonomische System, die Verwissenschaftlichung der ökonomischen und politischen Steuerung des Sozialismus, die Demokratisierung. Die Gründung der Forschungsgruppe rund zehn Jahre nach dem politischen Scheitern dieser Konzepte in Prag 1968 wie auch in Moskau und Berlin war insofern der Versuch eines erneuten wissenschaftlichen Anlaufs durch die Begründung eines neuen Kommunikationszusammenhangs. Hans Wagner erzählt:

„Die Forschungsgruppe hatte eine gewisse Vorgeschichte. Ich habe Ende der 50er Jahre festgestellt: meine Vorstellungen von Gegenstand und Methode der Politischen Ökonomie sind miserabel, funktionieren nicht. Ich habe mich hingesetzt und ein Papier geschrieben, so 80 oder 90 Seiten. Schade, das habe ich auch nicht mehr gefunden. Und damals habe ich mir gesagt: So wird das nichts, das ist mit meiner ökonomistischen Kenntnis nicht zu machen, das reicht nicht, ich gehe zu den Philosophen. Zu Theorie und Geschichte, damals war Heise noch dort, Stiehler, Kumpf, und die waren bereit, mit mir zu diskutieren. Seitdem gibt es meine Beziehungen zur Philosophie, die wurden unterbrochen, als ich Direktor war - da war die Zeit nicht mehr da. Als mich der Minister im Frühjahr 1972 abberief (eigent-

⁹ Berliner Debatte INITIAL 1 (1990) 4, S. 412, 413.

lich hätte er mich ja abwählen lassen müssen), habe ich zwei Sachen gemacht: ich habe mir das Fernstudium unter den Nagel gerissen, damit ich Praxisverbindung kriege; hat auch glänzend geklappt. Und dann die Forschungsgruppe. Ich hatte den Kontakt mit Herbert Steininger, er war ja Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, als ich Sektionsdirektor war. Und ich muß sagen, er hat mich immer unterstützt. Ganz eigenartig, das glaubt auch keiner von denen, die ihn als Sektionsdirektor kennen, daß er in der Forschungsgruppe eine unverzichtbare Rolle gespielt hat. Ohne ihn wäre das schiefgegangen, davon bin ich fest überzeugt. Dort war er ein ganz anderer Mensch; vielleicht war das der Ausgleich für ihn. Er war immer progressiver als drei Viertel der anderen, die da saßen. Eichhorn hatte immer Angst, Babara Rothe war immer fürchterlich dogmatisch und vorsichtig, und der Herbert hat das immer so schön ... abgedeckt. Ich kam also auf die Idee (mit Herbert hatte ich das schon abgesprochen), so eine Forschungsgruppe zu machen. Ich sagte, ich würde Peter Ruben mit reinnehmen, und da passierten Sachen, die gehören für mich auch dazu. Ich rufe Peter Ruben an, um den zu überzeugen, daß man so was machen muß, und es ist besetzt. Lege auf, auf einmal klingelt es bei mir, Peter Ruben meldet sich. Ach, sage ich, ich wollt dich gerade anrufen. Na gut, sagt er, dann sag erstmal dein Anliegen. Ich wollte dich bitten, daß wir darüber reden, so eine Gruppe zu bilden, die philosophische Probleme politökonomischer Theoriebildung macht, und ich hab schon mit Herbert Steininger gesprochen; ich glaube, der muß da unbedingt rein. Der einzige, der das nach oben abdecken kann - es war doch klar, daß das nicht so ganz einfach wird. Da lacht Ruben am Telefon; ich frage: was ist denn los; er sagt: ich wollte dich gerade davon überzeugen, daß man so eine Gruppe machen muß, mit Herbert Steininger, der das sozusagen abdeckt. Und Steininger hat seine Rolle hervorragend gespielt, seine Funktion hervorragend erfüllt. Er hat nie gebremst, wo es nicht notwendig war. Es war aber nie notwendig. Ich meine: wir haben immer gesagt, was wir dachten, weiter haben wir nicht gedacht. Natürlich haben wir ... das war eben Absicherung. Da fing man eben an mit einem Honecker-Zitat. Na und? Das kostet mich gar nichts. Ich habe aber immer Honecker-Zitate gefunden, die irgendjemand dem als Frechheit reingeschrieben haben muß, und darauf konntest du dich stützen. Da war es nun parteioffiziell; da sollen sie dich mal kritisieren. So ist die Forschungsgruppe zustande gekommen, das hatte also eine Vorgeschichte.“ (Gespräch, Zeile 379-415)

Neben der Funktion der interdisziplinären Kommunikation und intellektuellen Verständigung der Aufbaugeneration wuchs der interdisziplinären Forschungsgruppe eine weitere Funktion zu. Sie bezog die nächste Generation von Wissenschaftlern und potentiellen Intellektuellen ein, war ein wichtiger Katalysator für die Herausbildung der wissenschaftlichen Perspektive dieser Generation. Andere wesentlich kurzlebigere Diskussionskreise der 70er Jahre, die fast nur aus Vertretern der dritten Generation bestanden, waren zwar in ihren Ansätzen radikaler und versuchten von vornherein auch eine Kritik des Reformkonzepts der 60er Jahre. Aber sie waren trotz der intellektuellen Brisanz theoretisch noch unzureichend fundiert und vor allem weitgehend isoliert. Die interdisziplinäre Forschungsgruppe bot der noch in der Selbstfindung begriffenen nächsten Generation die Chance, zunächst die Ansätze der Aufbaugeneration über einige ihrer besten Wissenschaftler (Ruben, Wagner und Gäste der Forschungsgruppe wie Uwe-Jens Heuer u.a.) kennenzulernen, in diesem nach außen relativ geschützten, aber nach innen vergleichsweise offenen Diskussionskreis die Auseinandersetzung um die Perspektiven des wissenschaftlichen Konzepts einer sozialistischen Ökonomie und Gesellschaft zu führen und eigene Positionen zu entwickeln. Die Forschungsgruppe wurde so - gewissermaßen unbeabsichtigt - faktisch auch ein intergenerationelles Unternehmen, das einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der dritten Reformergeneration leistete. Ohne solche Kommunikationszusammenhänge wären die Reformkreise der Perestroikazeit, wie etwa das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus, in denen die jüngere Generation dann den Ton angab, nicht denkbar.

In der Arbeit der Forschungsgruppe kristallisierten sich vier Themen heraus, die die Mitwirkenden offensichtlich in besonderer Weise und über längere Zeit bewegten:

1. Objektive Gesetze (der Gesellschaft bzw. der sozialistischen Gesellschaft) und Handeln der Subjekte. Hier ging es um die Frage nach den Bindungen und den subjektiven Entscheidungsmöglichkeiten der Individuen und der kollektiven Akteure (z.B. der Betriebe) in einem komplexen arbeitsteiligen Wirtschaftsorganismus, um die Möglichkeiten und Grenzen von Entscheidungen der Planungsbehörden, um Proportionalität, Preise und Geld, Innovation und Entscheidungsspielräume der Akteure.
2. Wert, Geld, Preis und Kredit, ihr objektiver Inhalt und ihre Funktion im sogenannten Wirkungsmechanismus der Volkswirtschaft.

Hans Wagner erklärt: „Wir haben im Lehrstuhl (das war früher) auch das Preisgesetz entdeckt, für Kapitalismus, Monopolismus und Sozialismus, das Gesetz der Preise. Mit dem Neuen Ökonomischen System wurden Wertpreise eingeführt, die (vermeintliche) kapitalistische Verfälschung (durch die Verwandlung der Werte in die Produktionspreise) wurde aufgehoben. Mit dem Effekt, daß es nicht ging; es konnte auch nicht gehen. Wenn du $c+v+m$ nimmst als Preisbasis, hast du im Gartenbau einen Riesenmehrwert, der wird hier zum Akkumulieren gar nicht gebraucht, und in der Elektroindustrie hast du einen minimalen Mehrwert, aber du brauchst Rieseninvestitionen. Da bin ich auf die Idee gekommen - die Sache ist doch völlig klar: eine planmäßige Preisbildung muß die Kosten der erweiterten Reproduktion, also der Akkumulation, über den Preis finanzieren. Wirtschaftliche Rechnungsführung: man muß die Preise differenzieren nach den voraussichtlichen Akkumulationskosten, um eine proportionale Entwicklung zu gewährleisten. Das hab ich in einem Vortrag im Parteilehrjahr des Amtes für Preise vorgetragen. Halbritter, er war damals dort Chef, war sehr interessiert, ich habe ihm gleich mein Manuskript mitgegeben. Das ist aber natürlich nie durchgekommen. Der Ausgangspunkt war die Suche nach einem Gesetz des Monopolprofits, aber es kann ja nur dasselbe Gesetz sein. Es gibt nun einmal eine Rationalität der Monopolpreise: das Monopol muß so viel einnehmen, daß es die Akkumulation für die Reproduktion sichern kann. Das alles nur über Kredit zu finanzieren, wäre gar nicht bezahlbar. Wir haben das immer nur auf Macht und Ausplünderung bezogen; das geht nicht. Das ist ein ökonomischer Mechanismus.“ (Gespräch, Zeile 606-623)

3. Der Zusammenhang zwischen dem Grundverhältnis (Eigentümer der Produktionsmittel - Produzent) und dem Charakter der Arbeit, der Gestaltung und den Entwicklungsrichtungen der gegenständlichen, technischen Arbeitsbedingungen und der Arbeitsinhalte. Damit verbunden war der Versuch, den spezifischen sozialökonomischen Inhalt einer sozialistischen Produktionsweise zu bestimmen.
4. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen der Entwicklung einer innovationsorientierten sozialistischen Wirtschaftsweise und der Demokratisierung des politischen Systems.

Die Arbeitstagungen und in noch höherem Maße die Kolloquien boten Wissenschaftlern der jüngeren Generation die Chance, ihre wissenschaftlichen Entwürfe und Konzepte vorzustellen und in einer weitgehend offenen Atmosphäre zu testen. Die thematische Palette reichte von erkenntnistheoretischen Grundfragen - etwa der Diskussion über Größen und Messung in Physik und Ökonomie mit Beiträgen von Renate Wahsner und Horst-Heino v. Borzeszkowski - über die Theorie der Selbstorganisation (Werner Ebeling), die synthetische Theorie der Evolution

(Peter Beurton) und Fragestellungen der evolutischen Ökonomie (Peter Beurton, Edo Albrecht, Rainer Land) bis zu Themen der Preisbildung und Planung (Dieter Walter) und der Entwicklung der Produktions- und Lebensweise, der Kultur und ihres Zusammenhangs mit den Produktionsverhältnissen im Sozialismus.

Insbesondere wurde das von der SED offiziell verkündete Konzept der Intensivierung wissenschaftlich bearbeitet und umgedeutet. Intensiv-erweiterte Reproduktion sollte nicht nur eine Form des Wirtschaftswachstums sein, bei der die ‚intensiven‘ Größen (Produktivität, Effektivität der Arbeit, des Materialeinsatzes und der Grundfonds, Effekte der Organisation der Produktion und der Volkswirtschaft) führend gegenüber den extensiven Größen (Zuwachs des Einsatzes an Arbeit, Material und Grundfonds) werden. Intensiv-erweiterte Reproduktion war nur denkbar, wenn der Innovationsprozeß, die Erzeugung von Innovationen und ihre Verbreitung, Selektion und Rekombination innerhalb der Volkswirtschaft funktioniert. Zudem wurde die intensiv-erweiterte Reproduktion als qualitativer Wandel der Produktions- und Lebensweise, der Arbeitsbedingungen und des Charakters der Arbeit, der Konsumtion, also der Gestaltung der Infrastruktur und der Lebensweise begriffen. Diesem Thema widmete sich der größte Teil der in der interdisziplinären Forschungsgruppe kooperierenden Wissenschaftler. Neben der Frage, die Entwicklungsdynamik des modernen Kapitalismus einschließlich seiner sozialen Evolution besser zu verstehen, war damit ein neues Verständnis von Sozialismus verbunden. Mit Rückgriff auf Marx' Untersuchung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wurde die Frage gestellt, welche Entwicklungsrichtung Arbeits- und Lebensweise und deren gegenständlich-technische Voraussetzungen nehmen müßten, damit die spezifischen gesellschaftlichen Verhaltensweisen und Motivationen einer ‚Assoziation der Produzenten‘, einer sozialistischen Gesellschaft entwickelt werden. Damit war ein immanenter Gegensatz zum Verständnis der Intensivierung durch die SED-Führung gesetzt. Verstand diese Intensivierung als Zusammenhang von Leistung und Konsum, so wurde in der Forschungsgruppe nach einer neuen inhaltlichen Entwicklungsrichtung von Arbeit und Leben gefragt. Damit ließen sich reproduktionstheoretische und partiell auch evolutische Wirtschaftstheorien mit Theorien über soziale Entwicklung verbinden. Die kritische Konsequenz der damaligen Sicht lautete zugespitzt: Eine sozialistische Ökonomie kann nur erfolgreich sein, wenn sie neue Selektionsrichtungen für Innovationen ausbildet, eine andere Art des technischen und des sozialen Fortschritts entwickelt und dazu die Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution so nutzt, daß deren emanzipatorische Potentiale zum Tragen kommen. Von daher lag der Schluß zu Themen wie Demokratisierung in Politik und Wirtschaft nahe.

An diesem Themenkomplex kann der Zusammenhang zwischen den Reformvorstellungen der Aufbau- und der Perestroikageneration gezeigt werden, aber auch das Entstehen einer eigenen, sich von den Reformvorstellungen der 60er Jahre lösenden Konzeption. Mehrere Vertreter der jüngeren Generation befaßten sich auf der Grundlage des Marxschen „Kapital“ mit der ‚reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital‘, mit der Frage, in welcher Gestalt des Arbeits-

(und Lebens-)prozesses sich das kapitalistische Eigentumsverhältnis verwirklicht. Der Ansatz, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln im Sozialismus in Form eines zentral verwalteten Volkseigentums nur als formelle Voraussetzung sozialistischen Eigentums zu behandeln und so die Frage nach einer Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise, der technischen Grundlage der Produktion und der gegenständlichen Gestalt der Lebensweise als ‚reelle‘ Entwicklung des sozialistischen Eigentums zu behandeln, geht im Kern auf die Wagnersche Interpretation des Marxschen „Kapital“ zurück. Damit war eine Auseinandersetzung mit den ‚Mängeln‘, mit der historischen Begrenztheit des Staatssozialismus in der DDR verbunden. Zugleich aber konnte auch eine Perspektive gezeigt werden: Revolutionierung der Arbeits- und Lebensbedingungen schafft auch die Voraussetzung für die Ablösung der ‚Diktatur des Proletariats‘ und des Despotismus der Partei durch Demokratie als Schaffung von Bedingungen für die freie und universelle Entwicklung der Individualität eines jeden. Dieser Gedanke wurde Gegenstand verschiedenster Arbeiten der jüngeren Generation, er wird von Wolfgang Engler in seiner Dissertation A, von Michael Brie, Rainer Land, Jürgen Jünger, Wilfried Ettl u.a. auf eine jeweils spezifische Weise wissenschaftlich genutzt und weiterentwickelt.

An dieser Problemstellung werden aber auch die Grenzen des in der interdisziplinären Forschungsgruppe entwickelten Konzepts deutlich. Indem sie die Frage nach einer der freien Entwicklung der Individuen entsprechenden Entwicklungsrichtung von Technik, Arbeit, Lebensbedingungen und Lebensweise aufwarf und der realen Situation entgegenstellte, wurde implizit erkennbar, daß einige Probleme ungelöst blieben und ungelöst bleiben mußten. Erstens die Frage nach einem Regulationssystem, das den Innovationsprozeß an die Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen bindet. Dies konnte ein zentrales System der Planung und Leitung nicht sein. Wie aber war die Herrschaft der Individuen über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen im Rahmen einer modernen Großgesellschaft zu denken? Wie die Autonomie der Betriebe bei gleichzeitigem Volkseigentum und zentraler Planung? Wie die Herrschaft der Arbeiter bei vorhandenen Interessengegensätzen auch in einer sozialistischen Gesellschaft, ohne ein ‚zentrales‘ Subjekt? Autonomie der Individuen bei Existenz eines zentralen Subjekts mit Machtvollkommenheit war wiederum auch nicht denkbar.

Reinfried Musch hat solche Defizite moniert, indem er immer wieder das Fehlen der vermittelnden Elemente zwischen Produktionsverhältnissen und Inhalten von Arbeits- und Lebensweise angesprochen hat. Sein Angebot, das Konzept einer ‚Rechnungsführung von unten‘, fand aber wenig Zuspruch: „Warum ist mein Ansatz im Forschungskreis nicht zur Sprache gekommen, jedenfalls nicht so stark? Ich denke schon, es lag daran, daß er nicht auf der Linie lag. Und die Linie hat politisch Steininger gemacht, sie hieß: keine Widersprüche als Triebkräfte, höchstens welche mit dem Kapitalismus und mit den Produktivkräften. Was begrifflich unsinnig ist, es gibt keinen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, das sind keine handlungsfähigen Wesen. Und inhaltlich hatte Hans [Wagner] sein Konzept, bei dem er auch blieb. Er sagte: Du hast jetzt vier Jahre Zeit gehabt, das alles zu entwickeln, so richtig verstanden habe ich es immer noch nicht, jetzt ist es mal genug. Kommunikativ war die Sache damit am Ende, ich habe eben umgekehrt nicht gesagt: Hans, du hast zehn Jahre Zeit gehabt, ich habe eine Menge davon verstanden, und du bist nicht bereit, auch nur einen Millimeter von deiner Sicht abzuweichen. Fünf Jahre später hätte ich das sicherlich auch gemacht, in dem Brief habe ich ja auch schon angefangen, etwas deutlicher zu werden. Aber ich war

eben kein revolutionärer Kämpfer vor dem Herrn, sondern schon angepaßt. Zudem habe ich auch Hans Wagner persönlich sehr geschätzt, aber das sind eben Loyalitätsgründe, die verheerend sein können.“ (Gespräch, Zeile 457-470)

In einem Kolloquium anlässlich des sechzigsten Geburtstages von Hans Wagner aber gab es einen neuen Akzent. Auf dieser Veranstaltung im Februar 1989 trafen sich die ‚Schüler‘ Wagners, sie bestritten die Debatte. Dabei wurde Wagners Konzept gewürdigt, aber auch in einer vorbehaltlosen Weise diskutiert, kritisiert und weitergetrieben. Hans Thie, Rainer Land, Katharina Bluhm, Dorothea Frohn, Enno Berndt, Hendrik Bach, Gerhild Schulzendorf, Karl-Ludwig Steinicke, Ute Solf, Monika Schillat, Siegfried Kost u.a. diskutieren theoretisch und an empirischen Fällen, wie Wagners Konzept der ‚Subsumtion der Lohnarbeit‘, des Eigentums und der Aufhebungstendenzen im modernen Kapitalismus weiterentwickelt werden müßte. Stefan Wohanka formuliert, welche neuen wissenschaftlichen Entwicklungslinien zur Weiterentwicklung des Sozialismuskonzepts herangezogen werden müßten, um das Innovations- und Evolutionsproblem neu angehen zu können: Kybernetik selbstorganisierender Systeme, Theorie dissipativer Strukturen, Synergetik, Autopoiesis, Chaostheorie. Joachim Börner ist bestrebt, die ökologische Fragestellung in die Theorie zu integrieren. Ulrich Busch unternimmt den Versuch, das Geld im Sozialismus als Kreditgeld zu verstehen und dessen regulierende Funktion zu projektieren. Rainer Land führt diesen Gedanken weiter, indem er die Regulation durch Geld mit dem Problem von Innovation und Evolution verbindet und die Regulation durch Geld als universelle Form der Regulation ökonomischer Entwicklung deutet. Reinfried Musch, der das einleitende Referat hielt, nutzt die Gelegenheit, das aus seiner Sicht grundlegende Problem anzusprechen: die Vermittlungsformen zwischen Eigentum und Inhalt der Arbeit.

Im Gespräch berichtet Musch: „Das war eigentlich der Durchbruch. Rainer Land hatte das Kolloquium vorbereitet, er wußte, wer welche Gedanken zu welchem konkreten Thema vortragen wird, und so konnte ich das Einstiegsreferat halten. Erstmals entschieden nicht Steiniger und Wagner über die Beiträge, und ich hatte eben zu diesem Anlaß die kompletteste Darlegung. Trotz oder gerade wegen unserer inhaltlichen Gegnerschaft war ich der einzige, der Wagners Bedeutung umfassend würdigte, und ich konfrontierte die Errungenschaften seiner Theoriebildung mit meiner Position - mit meinem Marx-Verständnis und einer theoretischen Verarbeitung dessen, was ich im Kabelwerk Adlershof praktizierte zum Umbau des Unternehmens nach dem Brigadeprinzip. Inhaltlich liegt dieses Referat auf der Linie meiner sonstigen Texte, aber es war für mich ein gewisser Gipfelpunkt, weil meiner Position entsprechende Aufmerksamkeit zukam und weil ich hier versuchte, die praktischen Konflikte im Unternehmen in theoretische Kategorien auf den verschiedenen Abstraktionsebenen umzusetzen.“ (Gespräch, Zeile 480-491)

Interesse und zugleich Distanz bringt folgende Äußerung von Siegfried Kost zum Ausdruck: „Ich war ja eingebunden in die Diskussionsprozesse an der Humboldt-Universität, ich hatte da ja viele Kontakte geknüpft. Unter anderem habe ich das Kapital-Seminar besucht, das Hans Wagner für die Juristen gemacht hat. Das hat mir ungeheuer geholfen, weil er eine gute Art der Durchführung hatte. Aber ich habe natürlich gemerkt, daß er ... in so einer Situation war wie Lukács und auch viele andere von den kritischen Marxisten: Sie sahen schon, daß vieles problematisch war und auch theoretisch schlecht paßte, waren aber trotzdem noch in einem Grundkonsens drin und meinten, es ideologisch anders sehen zu können... also ich würde sagen: sie waren immer ein bißchen blauäugig. Sie waren parteigläubig, schafften es doch irgendwie, sich auch in ihrem Denken einer Parteidisziplin zu unterwerfen, und begründeten es damit, daß manches eben so sein müsse, weil sonst der guten Sache generell

Schaden erwüchse. Also sie haben ihre Kritik und ihr Denken manchmal selbst beschränkt oder haben es mit einer bestimmten ideologischen Brille vorgetragen. Diese Blauäugigkeit habe ich auch in den Kolloquien in Berlin gesehen, aus diesem Kreis kamen ja auch die Leute des Sozialismus-Projekts.“ (Gespräch, Zeile 602-615)

Eigentlich stand ein Schritt auf der Tagesordnung, der die Vorstellung eines mehr oder weniger ganzheitlich gedachten Gesellschaftskonzepts aufgab und Gesellschaft aus der Perspektive chaotischer Handlungen dachte, die durch ein funktional differenziertes und gerade nicht ganzheitlich wirkendes Institutionensystem reguliert und partiell synthetisiert werden. Märkte, Pluralismus, Gewaltenteilung, Gegenmächte, Öffentlichkeiten und autonome Vermittlungsformen wären hinsichtlich ihrer emanzipatorischen Potentiale zu untersuchen gewesen. Diesen Schritt aber begann die jüngere Reformergeneration spät und zögerlich erst in der Perestroikazeit und in dazu neu geschaffenen Diskussionszusammenhängen, in denen sie sich von der Aufbaugeneration emanzipierte. Diese Debatten knüpften ausdrücklich an Diskussionskreise wie die interdisziplinäre Forschungsgruppe an, aber es vollzog sich ein Perspektivwechsel.

Rückblickend formuliert Michael Brie: „Da gibt es einen Bruch, so 1981/82; er besteht darin, daß mir klar wurde, daß man die Vorstellung von einem Monosubjekt aufgeben muß (das habe ich dann in der Broschüre Ende der 80er Jahre auch geschrieben). Daß man Emanzipation tatsächlich nur als Verhältnisse verschiedendster Subjekte denken kann. Das ist aber tatsächlich auch aus der Auseinandersetzung mit Wagner/Ruben gekommen. So merkwürdig das sein mag.“ (Gespräch I, Zeile 77-81) „Und das Problem beim Wagner-Kreis bestand ja in hohem Maße darin (das fand ich auch in dem Artikel von Ruben und Wagner), daß da eine bestimmte Art von technologischem ... früher hätten wir gesagt: technologischem Determinismus ... daß also sehr stark das Technologische mit dem Kommunistischen verbunden wurde. Und das, was dazwischen ist, nämlich die Frage der Verhältnisse ... kommunistische Bedingungen schaffen, war ja auch bei Kühne ein Gedanke. Aber die Frage der Verhältnisse, in denen das im Sozialismus passiert, war zumindest in den Papieren so groß nicht ausgeprägt. Immer dieser große Wurf: Wir müssen die Verhältnisse ... Das leuchtete mir ja alles ein, aber die damit zusammenhängenden wirtschaftlich-politischen Verhältnisse wirklich selbständig zum Gegenstand zu machen, das fehlte mir.“ (Ebenda, Zeile 540-549)

Aus der Perspektive des Diskurses der Forschungsgruppe - wie kommt eine dem Wesen des Sozialismus als Emanzipation der Arbeit gemäße Entwicklungsrichtung der Ökonomie, der Arbeits- und Lebensprozesse zustande - war das Paradigma einer ganzheitlich gedachten Gesellschaft und einer holistischen Politikstrategie eigentlich nicht zu überwinden. Die nächste Generation aber stellte die Frage anders: Wie kommen überhaupt Innovationen zustande, ökonomische, politische und kulturelle, institutionelle und auf das Handeln der Akteure bezogene? Wie werden ökonomische, politische und kulturelle Innovationen verbreitet und selektiert? Wie kommt es zu Entwicklung? Das zur Lösung dieser Fragen herangezogene Rationalitätskonzept war trotz vieler Übereinstimmungen im Kern von dem Verwissenschaftlichungskonzept der 60er Jahre deutlich verschieden. Im Zentrum standen Selbstorganisation und Kommunikation. Die neue Perspektive versuchte, eine sozialistische Gesellschaft als selbstorganisierenden, offenen Prozeß zu denken, stellte die Frage nach Institutionen, die eine solche Art von Evolution gewährleisten, und suchte nach entsprechenden Kommunikationsformen und Regularien: nach einem demokratisch verfaßten, sich aber autonom regulierenden Wirtschafts- und Politiksystem,

nach autonomer Verfügung der Betriebe über Ressourcen und Innovationsentscheidungen der Betriebe plus demokratischer Mitbestimmung (Rainer Land), nach politischer Öffentlichkeit als Zusammenhang autonomer politischer Subjekte (Michael Brie), die durch Recht und nicht durch ein Zentrum Partei reguliert werden (Rosemarie Will). Die Anknüpfungspunkte an den Diskurs der interdisziplinären Forschungsgruppe sind offensichtlich, aber auch die andere Perspektive. Der damit verbundene Paradigmenwechsel aber konnte vor 1989 nicht explizit aufbrechen und nicht als politischer Gegensatz zur Aufbaugeneration erkennbar werden. Beide Generationen standen in einem kritischen Verhältnis zur Realität und zur offiziellen Parteilinie, ihre kritischen Potentiale stützten sich gegenseitig. Zudem waren beide wissenschaftlich wie politisch aufeinander angewiesen. Die Differenzen brachen erst nach 1990 auf, und zwar insbesondere in der Deutung der Bundesrepublik und in der Debatte um eine Reformstrategie nach der Wiedervereinigung, z.B. in der Kritik Heuers am ‚Modernen Sozialismus‘, der für ihn ‚demokratischen Kapitalismus‘ bedeutete, weil er das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln aufgab.

Fall 3: Man muß *alles* noch mal neu bestimmen. Siegfried Kost

Siegfried Kost gehört zu den jüngeren Vertretern der dritten Generation des SED-Reformdiskurses. 1959 geboren, absolvierte er die Polytechnische wie auch die Erweiterte Oberschule mit dem Prädikat ‚Mit Auszeichnung‘; nach Ableistung des Wehrdienstes - im Wachregiment „Felix Edmundowitsch Dzierzynski“ des MfS - nahm er 1980 ein Diplomlehrerstudium Physik/Mathematik an der Pädagogischen Hochschule Dresden auf. Seminare und Vorlesungen bestärkten sein Interesse an gesellschaftstheoretischen und philosophischen Problemen; Kost entschied sich gegen den Lehrerberuf und für eine Perspektive als Sozialwissenschaftler. Er engagierte sich in der Arbeitsgruppe „Individualitätsforschung“ des Bereichs Dialektischer und Historischer Materialismus der Sektion Marxismus-Leninismus und schrieb seine Diplomarbeit zur marxistischen Theorie der Persönlichkeit. Auf der Grundlage eines individuellen Studienplanes konnte er sich an der Berliner Humboldt-Universität tiefgründiger seinen wissenschaftlichen Interessen widmen - im Gespräch berichtet er dazu:

„Nach drei Jahren hatte ich mein Studium mit allen Abschlüssen beendet - damit ich wirklich Freiraum hatte, war auch die Diplomarbeit fertig -, aber ich hatte es nicht formal abgeschlossen: Das Jahr, das ich herausgearbeitet hatte, wollte ich auch für mich haben ... (Ich) wollte ... nun einmal richtig die Philosophie studieren, das hieß für mich damals Dialektischen und Historischen Materialismus. Ich bin also in die Vorlesungen von Stiehler und von Monika Leske gegangen. Die Vorlesungen waren eine ziemliche Enttäuschung, weil mir immer klarer wurde, gerade bei der Dialektik-Vorlesung von Monika Leske, daß das Ganze nicht stimmig ist, gar nicht stimmt. Ich hatte angefangen, nebenbei die ‚Wissenschaft der Logik‘ zu lesen, weil Hegel mich schon immer reizte, und stellte fest, daß gerade die Dialektik völlig verquer lief: daß man sich in den Begründungen auf Hegel zurückzog und nicht gewahr wurde, daß sie weggeschlagen waren, wenn man nicht mehr den objektiven Idealismus als Gesamtkonstruktion akzeptiert. ... (D)er größte Gewinn war neben der ‚Wissenschaft der Logik‘ und der anderen Hegel-Lektüre die Vorlesung von Pepperle ... Pepperle hob ja die Philosophen auf das Katheder,

er hat einem die philosophischen Systeme nahegebracht, man meinte manchmal, derjenige stehe selbst vorn. Fast aus dem Kopf hat er zitiert und vor allen Dingen die Grundlogik des philosophischen Systems entwickelt, er gab gute Literaturempfehlungen. Dadurch bin ich auch auf die Vorlesung zur Hegelschen ‚Geschichte der Philosophie‘ gestoßen. Dort ist mir damals schon ein Gedanke Hegels aufgefallen, der für mich auch heute noch entscheidend ist; sinngemäß lautet er, daß bei den vorangegangenen Philosophien nicht das philosophische Prinzip an sich falsch war, sondern nur immer die Verabsolutierung dieses Prinzips als das Einzige oder Letzte. Und das fand ich auch für die bürgerliche Philosophie zutreffend, weil für mich die Annahme absurd war, daß so kluge und geistig hochstehende Menschen vielleicht nur Chimären aufsitzen sollten - und andere sozusagen die Weisheit infolge sozial richtiger Geburt mit der Muttermilch einsogen ... Damit öffnete sich für mich eine ganz neue Richtung, in der man fündig werden und viel lernen konnte. Das fiel auf einen fruchtbaren Boden, meine ganze Kritik am Dialektischen und Historischen Materialismus erhielt hier zusätzliche Argumente und auch Denkauswege ... Meine Kritik resultierte natürlich auch daher, daß ich eine naturwissenschaftliche Ausbildung hatte. Mir war sehr wohl bewußt, daß es in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften eine andere Logik gibt - aber klar war auch, daß wissenschaftliche Standards nicht aufgehoben sind. Und der wichtigste Standard ist: alles muß begründet oder als Hypothese oder Vermutung ausgewiesen sein. Über kurz oder lang mußte ich so natürlich mit der ‚Grundfrage der Philosophie‘ in arge Bedrängnis geraten, und irgendwann - das begann in dieser Zeit, ich kann es jetzt nicht mehr im Einzelnen nachvollziehen - wurde mir klar, daß diese Philosophie sich selbst beschränkt, weil sie eigentlich umkippte in eine Art irrationale Weltanschauung.“ (Gespräch, Zeile 119-174)

Ab Herbst 1984 war Kost befristeter Assistent an der Sektion Marxismus-Leninismus der Pädagogischen Hochschule Dresden. Im Bereich Dialektischer und Historischer Materialismus tätig, führte er vorlesungsbegleitende Seminare durch, beteiligte sich an der Forschungsgruppe „Gesellschaftliche Verhältnisse - individuelles Verhalten“ und arbeitete an seiner Dissertationsschrift. Ihr Titel „Eigentum als gesellschaftliche Formbestimmtheit individuellen Verhaltens“ markiert bereits, daß Kosta wissenschaftliches Thema ins Zentrum der sozialphilosophischen Diskussion vorstieß. Es ging ihm um nichts geringeres als um eine begrifflich konsistente Deutung von gesellschaftlicher Existenz und Entwicklung als Einheit von (gesellschaftlichen) Verhältnissen und (individuellem) Verhalten. Standen so die Zentralkategorien einer im Historischen Materialismus dogmatisierten Sozialphilosophie zur Disposition, so hinsichtlich der gegebenen Praxis des Sozialismus deren Grundstruktur und -tendenz.

Im Gespräch führt Kost zu seinem Anliegen aus: „Ich habe durch das Lesen zur Persönlichkeitstheorie gemerkt: es gab zwar vieles, aber der Zusammenhang von Verhalten und Verhältnissen war eigentlich überhaupt nicht klar, das Verhältnis von Verhalten und Verhältnissen war offen. So bin ich auf die Frage gekommen: Was sind überhaupt gesellschaftliche Verhältnisse? Das wiederum hing damit zusammen, daß ich die Gesellschaft verstehen und Gesellschaft und Individuum auch irgendwo zusammenbringen wollte. Und mit den vorgefundenen Begriffen ging das nicht. Jeder verstand etwas anderes darunter; sie wurden aber zugleich so abstrakt verwendet, daß bei näherem Befragen eigentlich keiner richtig sagen konnte, was er damit meinte ... Die Konfusion wurde natürlich bei der Basis-Überbau-Problematik unübersehbar.“ (Gespräch, Zeile 257-266) „Ich habe ja die Ideologie ernst genommen, was die Zielstellungen betrifft, und die hatte ich auch verinnerlicht. In dem Sinne verinnerlicht, wie es Marx gemeint hat: daß eine Gesellschaft dann gut ist, wenn sie die freie Entfaltung jedes Einzelnen gestattet. Was ich erlebte, war aber immer die Tendenz, die freie Entfaltung aus irgendwelchen Ängsten zu beschneiden und das Funktionieren der Gesellschaft oder ein hehres Ziel als das Erstrebenswerte hinzustellen, dem man zu folgen hätte ...“ (Ebenda, Zeile 292-298)

Kosta wissenschaftliche Arbeitsweise ist im wesentlichen textanalytisch und -kritisch, wobei die außergewöhnliche Intensität und Breite der Rezeption auffällt. Das Literaturverzeichnis der Dissertation umfaßt über 500 Quellen verschiedener Wissenschaftsgebiete. Seine Distanz zum

Denkgebäude des Historischen Materialismus verführt ihn nicht dazu, die entsprechenden Publikationen zu ignorieren, vielmehr werden diese - von den Lehrbüchern bis zu aktuellen Graduiierungsarbeiten - zur Kenntnis genommen und kritisch auf ihre Logik und Stringenz befragt. Gehörte der Bezug auf Marx und Hegel durchaus zum Standard der DDR-Philosophie - wenn auch sicherlich nicht in der durch Kost vorgenommenen Weise -, so jedenfalls nicht die von ihm praktizierte Rezeption und Aufnahme moderner westlicher Sozialtheorie. Neben (neo-)marxistischen psychologischen Ansätzen wurden für Kost insbesondere die systemtheoretischen Konzepte Parsons und Luhmanns belangvoll. Befragt nach seinem Zugang zur ‚Westliteratur‘, äußert Kost im Gespräch:

„Die Zugänge waren überhaupt kein Problem ... (Mir) hat unser Bibliothekar oder eine Bibliothekarin den Tip gegeben, ich solle doch einfach einen normalen Fernleiheschein ausfüllen, der macht dann seine Runde, und wenn etwas in der Landesbibliothek nicht ausleihbar ist, geben sie ihn einfach weiter. Auf diese Art habe ich dann alles bekommen, alles, was ich wollte, bis auf zwei Bücher: ‚Die Alternative‘ von Bahro ... und ‚Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus‘ von Habermas. Das habe ich dann nach der Wende gelesen, auch hier haben die vom Titel her entschieden und es auf den Index gesetzt: Die ‚Theorie des kommunikativen Handelns‘ ist viel marxismuskritischer als die ‚Rekonstruktion des Historischen Materialismus‘. Alles andere habe ich bekommen, zum Teil sogar von drüben, auch Dissertationen.“ (Gespräch, Zeile 373-389)

Kost entwickelt sein sozialphilosophisches Konzept in der 1988 verteidigten Dissertation, mehrere Aufsätze fassen den Gedankengang zusammen oder argumentieren einzelne Aspekte weiter aus. Auf welche Weise ist er damit inhaltlich am SED-Reformdiskurs beteiligt? Drei Momente seien hervorgehoben:

1. Mit der expliziten Aufnahme systemtheoretischen Gedankenguts sprengt Kost den Kanon dogmatisierter sozialphilosophischer Begrifflichkeit. Seine deduktive Darstellung der Kategorien - insbesondere: Gesellschaft, Produktions- und Überbauverhältnisse, Eigentum, Arbeit - und die dabei vollzogene Kritik vorliegender Auffassungen weisen die üblichen Theoreme direkt oder indirekt zurück. Bis in die ‚Grundfrage der Philosophie und deren Anwendung auf die Gesellschaft‘ und die ‚Grundgesetze der Dialektik‘ hinein wird so die offiziöse Lehr- und Wissenschaftsposition des Historischen Materialismus problematisiert.
2. Kosta Fassung des Eigentumsbegriffs - Eigentum als Verfügung über gesellschaftliche Zwecke - ermöglicht einen analytisch-kritischen Zugriff auf Geschichte und Realität des Sozialismus. Die Bestimmung des Zwecks kommunistischen Eigentums als Entfaltung von Individualität und Subjektivität stellt die historische Begrenztheit bisheriger Sozialismusentwicklung klar. Das Kriterium der Zweckverfügung akzentuiert im Gegensatz zur postulierten Identität von Arbeit und Eigentum gerade deren Auseinanderfallen; Verhaltensweisen wie Arbeitsbummelei und Ausreißewünsche können so wissenschaftlich thematisiert und erklärt werden.
3. Letztlicher Zielpunkt des Kosta Konzeptes ist die Veränderung gesellschaftlicher Praxis. Über den gegebenen Entwicklungsstand sozialistischen Eigentums muß hinausgeschritten werden durch die Konstituierung von Überbauverhältnissen, welche die Individuen als Verfügende über die gesellschaftlichen Zwecksetzungen setzen. Indem die in den anderen sozialisti-

schen Ländern eingeleiteten Entwicklungen als Momente des notwendigen Such- und Gestaltungsprozesses herausgestellt werden, erfolgt implizit eine deutliche Abgrenzung gegenüber der SED-Politik.

Dies sei an einer Vortragspassage verdeutlicht: „Das heute im Sozialismus als Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums (Privateigentum = Individuen und/oder Gemeinschaften/Kollektive verfügen autonom über gesellschaftliche Zwecksetzungen, was deren nachträgliche Vermittlung bedingt) bestehende Eigentum ist im wesentlichen Gemeineigentum (Ein Teil der die Gesellschaft durch ihr Verhalten konstituierenden Individuen verfügt gemeinschaftlich über die gesellschaftlichen Zwecke), welches sich über den Staat (der nicht mit dem Eigentümer, als welcher er juristisch erscheint, verwechselt werden darf, dessen Instrument er vielmehr ist) mit der Arbeit vermittelt. Der Arbeiter bleibt Lohnarbeiter, nicht des Kapitals, sondern des Staates. Dieser Zustand, durch Verwechslung von Gemeineigentum und gesellschaftlichem Eigentum (Alle die Gesellschaft konstituierenden Individuen verfügen gemeinschaftlich über gesellschaftliche Zwecksetzungen) konserviert, muß - bei Strafe des Untergangs nicht nur der sozialistischen Gesellschaft - verändert werden durch die Transformation des Gemeineigentums in gesellschaftliches. Dies ist prinzipiell auf zwei Wegen möglich: zum einen in der permanenten Vergrößerung der Gemeinschaft der Eigentümer, zum anderen durch Erweiterung der Zwecke, über die schon gesellschaftlich verfügt wird. Gesellschaftliches Eigentum ist dabei, das liegt in der Natur der Sache, nicht trivial, problemlos oder einfach zu realisieren, wie es manchmal bei Marx anklingt. Unmöglich können alle Individuen über alle Zwecke in gleichem Maße gemeinschaftlich verfügen, dies ist schon kommunikationstechnisch kaum denkbar. Es müssen sich vielmehr stets die Individuen zu einem Eigentumssubjekt assoziieren, welche von den realisierten Zwecken bzw. von deren Realisierung betroffen sind. Das stellt neue Fragen an das politische System (und damit zunächst an die Theorie von demselben), an das dazu nötige und dem Kommunismus entsprechende Produktionsmittelniveau (was eine entsprechende Gestaltungskonzeption bedingt), an wirtschaftsorganisatorische Verhältnisse (die nicht mit den Produktionsverhältnissen verwechselt werden dürfen) etc. - Fragen, die nur interdisziplinär und keinesfalls ohne Bezug auf Marx, wohl aber über ihn hinausgehend beantwortet werden müssen.“¹⁰

Kost vertrat seine Gedankengänge in der Lehre; sein Konzept wurde insbesondere in der Forschungsgruppe „Gesellschaftliche Verhältnisse - individuelles Verhalten“ aufgenommen, deren theoretische Ausrichtung er bald dominierte. Die Gutachten würdigten seine Dissertation als herausragende Leistung, dem Vorschlag eines Gutachters, sie als B-Promotion anzuerkennen, wurde jedoch nicht gefolgt. Ende 1989, nach der Wende, erhielt Kost für seine Graduierungsarbeit sozusagen nachträglich den Wissenschaftspreis der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften. Rückblickend faßt er die Atmosphäre an der Pädagogischen Hochschule folgendermaßen zusammen:

„Ich muß sagen: ich habe an der Pädagogischen Hochschule eine wunderbare Nische gehabt, ich war eben tatsächlich keinen größeren ideologischen Angriffen ausgesetzt. Die bei mir hospitiert haben, waren mehr oder weniger tolerant, ab und zu gab es im nachhinein den Versuch eines Gesprächs. Das lag daran, daß in der Forschungsgruppe ein gewisser wissenschaftlicher Standard anerkannt war, was sicher auf dem Niveau Pädagogische Hochschule nicht überall so gewesen sein wird. Es wurden also keine politischen oder ideologischen Diskussionen geführt, sondern immer philosophische. Auch ging man mit ideologischen Problemen, mit ideologischen Wertungen, die aus dem Seminar automatisch hervorgingen, philosophisch um. Außerdem war natürlich sichtbar, daß ich einen ausgezeichneten Draht zu den Studenten hatte.“ (Gespräch, Zeile 197-205)

¹⁰ S. Kost: Versuch einer Bestimmung des Eigentumsbegriffs, in: R. Land (Hg.): Marx' „Kapital“ und Gesellschaftsentwicklung heute. Beiträge zum Kolloquium anlässlich des 60. Geburtstages von Hans Wagner am 22.2.1989, Manuskriptdruck Berlin 1992, S. 59.

Auch das MfS hat in die wissenschaftliche Arbeit Siegfried Kots nicht repressiv eingegriffen, obwohl, wie er später erfuhr, über ihn berichtet wurde. Im Gespräch formuliert er dazu folgende Deutung: „Ich muß sagen, ich war nach der Wende überrascht; ich hätte es nie für möglich gehalten, wie dicht das Netz war. Ich hatte immer gesagt: ihr spinnt, wenn es so wäre, hätten sie mich längst abserviert. Aber ich denke, sie haben viele Leute am Schluß generell machen lassen. Aus den zwei Gründen: entweder als Blitzableiter oder weil die im MfS selbst gesehen haben, wie es langgeht, und das nicht vereiteln wollten.“ (Ebenda, Zeile 326-331) Von Interesse erscheint auch Kots Agieren, als das MfS 1983 versuchte, ihn für eine inoffizielle Mitarbeit zu gewinnen. Es kam zu einigen Gesprächen, in denen er seine kritische Sicht auf die DDR-Realität vortrug; im ganzen steuerte Kost den Kontakt so, daß er gewissermaßen als nicht verwendungsfähig erschien. Das MfS verzichtete - im Abschlußbericht heißt es: „Zur Abklärung seiner persönlichen Einsatzbereitschaft, seiner Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten als auch seiner Persönlichkeit wurden ihm bei mehreren Treffs Aufgaben ... übertragen. Die Analyse der dabei erzielten Ergebnisse zeigte, daß er die Aufgaben sehr mangelhaft löste. Trotz mehrmaliger Aussprachen mit K. konnte das trotz günstiger Voraussetzungen nicht abgestellt werden. Es muß festgestellt werden, daß es ihm an persönlicher Einsatzbereitschaft und Engagement, die ihm gestellten Aufgaben zu lösen, fehlt. Anhand von geführten Gesprächen zu aktuell-politischen Ereignissen muß festgestellt werden, daß seine politischen Grundhaltungen noch sehr diffus, teilweise wissenschaftlich verbrämt und noch nicht verfestigt sind. Aus o.g. Gründen wird die Bearbeitung eingestellt.“¹¹

Das Zentrum wissenschaftlicher Kommunikation war für Siegfried Kost die Dresdner Forschungsgruppe; freilich reichten persönliche Kontakte, Diskussion und Austausch auch darüber hinaus. Besonders anregend war für ihn ein Zusammentreffen mit Luhmann in Halle im Jahre 1989. Die während seines Aufenthalts an der Humboldt-Universität geknüpften Beziehungen zu Hans Wagner hielt er auch später aufrecht, nahm an dessen Lehrveranstaltungen und an Kolloquien der Berliner interdisziplinären Forschungsgruppe „Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie“ teil. Michael Brie war einer der Gutachter seiner Dissertation. Dennoch verfolgte Kost die Berliner Debatten mit gewisser Distanz, die es vielleicht auch mit sich brachte, daß es im Herbst 1989 nicht zu einer engeren wissenschaftlich-politischen Zusammenarbeit kam.

„Sie gingen mir nicht weit genug in ihrer Kritik, ich habe es immer blauäugig genannt. Es war eine ganz besondere Atmosphäre. Gewisse Fragen wurden doch nicht gestellt, sie brauchten - so schien es mir - noch so einen Grundkonsens und äußerten den auch verbal. Sie brauchten die ideologische Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, schien es mir manchmal. Sie waren mir einfach nicht radikal genug, und deswegen paßte ich da nicht so richtig hinein. Sie waren mir auch nicht theoretisch genug, nicht analytisch genug, um die Kritik wirklich einmal bis zu Ende zu denken.“ (Gespräch, Zeile 631-637)

Kost sprach sich im Herbst 1988 gegen das Sputnik-Verbot aus und engagierte sich 1989 bei der Bürgerkontrolle der Dresdner Kommunalwahlen. Im Wende-Herbst trat er gegen das Verbot des Neuen Forum auf und stellte sein Konzept von Analyse und Gestaltung sozialistischer Entwicklung in Diskussionsveranstaltungen innerhalb der Hochschule vor. Kost orientierte sich stärker in wissenschaftlicher Richtung: während er eine Nominierung als Delegierter zum Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 ausschlug, war er aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der „Foren junger Philosophen“ beteiligt. Seit dem Wintersemester

¹¹ BStU: MfS Zentralarchiv, Allg. P 4603/84 [KP „Hagen“ - Siegfried Kost], Band 1, Blatt 44.

1989/90 mit einer eigenen Vorlesung betraut, baute er seine sozialphilosophischen Vorstellungen systematisch aus - seine Vorlesung „Allgemeine Gesellschaftstheorie“ wurde dann in die Ausbildung von Ethik- und Gemeinschaftskundelehrern an der TU Dresden übernommen. Kots Habilitationsprojekt zerschlug sich aus familiären Gründen; seit 1991 arbeitet er als Referent für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport bei der Landtagsfraktion der SPD im Freistaat Sachsen.

Zu seiner jetzigen Tätigkeit befragt, meint Siegfried Kost: „(Man) hat hier ... eine interessante Spannung zwischen Wissenschaft und Sich-Einmischen. Man hat hier immer noch die Illusion und außerparlamentarisch vielleicht auch wirklich die Chance, etwas praktisch zu bewegen; bei dieser Tätigkeit war ja klar, daß sie politisch brisant ist. Und für mich war wissenschaftliche Arbeit indirekt auch immer ein Einmischen. Das ist sie heute ja nun nicht mehr, und diesen rein akademischen Wissenschaftsbetrieb ohne eine verändernde Zweckbindung möchte ich auch nicht haben. Also ich denke, das Einmischen ist schon wichtig ...“ (Gespräch, Zeile 942-948)

Fall 4: Ein neuer Zugang: Sozialismus als moderne Gesellschaft

Mit der Perestroika in der Sowjetunion und den Entwicklungsprozessen in den anderen sozialistischen Ländern war in den 80er Jahren eine neue Situation entstanden, die sich in der DDR trotz der abwehrenden Politik der SED-Führung nachhaltig auf die junge Intellektuellengeneration auswirkte. Die eingeleiteten Praxisveränderungen und neu aufkommenden wissenschaftlich-politischen Diskussionen bekräftigten den reformerischen Anspruch der jüngeren Reformergeneration, der aber kollidierte mit den aktuell zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten. Zwar gab es eine wissenschaftliche Kommunikation unter den Akteuren dieser Generation - die aber basierte vor allem auf persönlichen Kontakten. Zwar waren sie einbezogen in Lehrstuhldebatten und Forschungsprojekte, die sich abseits der oficialisierten Fachdogmatik bewegten - sie aber waren dominiert von den Ansätzen ihrer Lehrer. Zwar trieben sie in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit ihre eigenen Konzeptbildungen weiter - diese waren jedoch zumeist fachdisziplinär gebunden und schienen so nicht geeignet, auf die sich grundsätzlicher stellenden Fragen Antwort zu geben. Zum Inspirator des später wirkungsmächtigsten Versuchs, diese Situation produktiv zu bewältigen, wurde Michael Brie. Nach der Erarbeitung seiner B-Dissertation am Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen tätig, setzte er auf die institutionelle Form eines Forschungsprojekts zur Sozialismustheorie.

Brie hatte bereits in seiner 1984 an der Humboldt-Universität gegen Revisionismus-Anwürfe erfolgreich verteidigten B-Dissertation das sozialistische Eigentum auf seiner welthistorisch notwendig neuen Entwicklungsstufe als Verhältnis vielfältiger Subjekte begriffen. In dem im Herbst 1987 auf einer internationalen Konferenz in Plovdiv gehaltenen Beitrag - seinem zentralen Vortext zum Forschungsprojekt - fordert er prononciert, „jene theoretischen Vorstellungen, die den Sozialismus in seiner historisch ersten Stufe widerspiegeln, auf ihre Gültigkeit zu

überprüfen, und ein neues Paradigma der Sozialismustheorie auszuarbeiten“¹²; sein sozialismustheoretisches Grundverständnis umreißt er folgendermaßen:

„Im Zentrum des zu schaffenden neuen sozialismustheoretischen Paradigmas muß ein neues Verständnis der Verhältnisse der gesellschaftlichen Subjekte des Sozialismus stehen - eine Konzeption, die die Mannigfaltigkeit der Subjekte des Eigentums, der Macht und der Bewußtheit auf der Grundlage der Gemeinschaftlichkeit der ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Lebensbedingungen begründet. Auf dieser Basis entfaltet sich nicht der privateigentümliche, in Ausbeutung umschlagende bürgerliche Pluralismus sich fremder und feindlicher Subjekte, sondern die assoziierende Einheit sich entwickelnder Mannigfaltigkeit. Diese Einheit entsteht nicht durch Vereinheitlichung, nicht durch zwanghaft durchgesetzte Gleichmacherei. Sie ist ein besonderes Verhältnis des Mannigfaltigen - ihre assoziierende Entwicklungsform.“¹³

Im auf den Januar 1988 datierten „Entwurf. Vorbereitungskonzeption des Projekts ‚Grundlagen der Sozialismustheorie. Internationale Diskussion und konzeptionelle Ausarbeitung‘“ heißt es:

„Ziel des Projekts sollte es sein, im Zeitraum von 1989 bis 1995 ein relativ konsistentes, umfangreiches Konzept der kategorialen Widerspiegelung der Wesenszusammenhänge des Sozialismus auf seiner entstehenden neuen Entwicklungsstufe und in den neuen globalen Zusammenhängen auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen.“¹⁴

Als Träger der Forschung werden die Bereiche Historischer Materialismus (Michael Brie), Wissenschaftlicher Kommunismus (Dieter Segert) und Philosophische Probleme der Gesellschaftswissenschaften (Rainer Land) an der Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität benannt, es sind vielfältige Kooperationsbeziehungen zu nichtphilosophischen Einrichtungen wie zu ausländischen Wissenschaftlern vorgesehen. Dieter Segert und Rainer Land gehörten seit Anfang der 80er Jahre zu Bries wissenschaftlichem Kommunikationskreis an der Humboldt-Universität. Segerts Arbeitsfeld waren die spezifisch politischen Problemstellungen von Sozialismusentwicklung - beispielsweise hatte seine B-Dissertation von 1984 die Besonderheit gesellschaftlicher gegenüber staatlichen Organisationsformen politischer Macht im Sozialismus thematisiert, ab 1986 bearbeitete der von ihm geleitete Wissenschaftsbereich das Forschungsprojekt „Sozialistische Demokratie und intensiv erweiterte Reproduktion“, im Rahmen des von Uwe-Jens Heuer verantworteten Projekts des zentralen Forschungsplanes „Wirtschaft, Staat und Recht sozialistischer Länder“ war er mit den Veränderungsprozessen in Ungarn und den Entwicklungen betrieblicher Demokratie befaßt -, sein wissenschaftliches Interesse zielte auf die Erarbeitung einer politischen Theorie des Sozialismus als Teil einer marxistischen Politikwissenschaft. Land hatte, wie auch Brie und Segert, Philosophie studiert. Seit Anfang der 80er Jahre war er als Sekretär der interdisziplinären Forschungsgruppe „Philosophische und methodologische Probleme der Politischen Ökonomie“ unmittelbar in die dortige Diskussion und Gedankenentwicklung einbezogen, nach Auseinandersetzungen an der Philosophie-Sektion der Humboldt-Universität wechselte er zu den Wirtschaftswissenschaften und konnte hier seine Studie zur Kapitalismusentwicklung - sie erklärt dessen Fähigkeit zur Produk-

¹² M. Brie: Zu einigen Problemen der Entstehung eines neuen Paradigmas in der Sozialismustheorie, S. 1. Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Forschungsprojekt Band 1.

¹³ Ebenda, S. 6.

tivkraftentfaltung - als Dissertation B verteidigen. Charakteristisch für Lands Thematisierungsweise von gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen im Kapitalismus und Sozialismus war der Bezug auf die übergreifende Fragestellung, wie Entwicklung, Evolution zu denken sei, welches Bedingungsgefüge qualitative Veränderung ermöglicht. Als für diesen theoretischen Zugriff belangvoll erwies sich insbesondere seine Rezeption natur- und wirtschaftswissenschaftlicher Evolutionsvorstellungen, beispielsweise des Schumpeterschen Modells ökonomischer Zyklen. Ab 1988 wieder an der Sektion Philosophie tätig, hielt Land eine Vorlesungsreihe zur wissenschaftlich-technischen Revolution und bearbeitete ein Forschungsprojekt „Gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Innovationsprozesse“.

Zu seinen Intentionen erklärt Brie im Gespräch: „Es war doch so: Jeder hat sich irgendwie mit diesem Sozialismus beschäftigt. Aber es gab, wie ich fand, keine zusammenfassende konzeptionelle Verständigung. Jeder hat irgendwie versucht, das Problem zu bearbeiten, aber was das eigentlich war für ein Sozialismus, mit dem wir es zu tun hatten, und welcher andere Sozialismus denkbar war, das tauchte immer nur irgendwie auf, aber nicht systematisch. Und meine Vorstellung war: wir bringen das systematisch zusammen.“ (Gespräch I, Zeile 578-583)

Dieter Klein, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität, sagte dem Vorhaben seine Unterstützung zu, aus dem Ministerium gab es zumindest keinen deutlichen Widerstand. Die Vorbereitungskonzeption des Projekts lag im Sommer 1988 vor; sie wurde ca. 60 Wissenschaftlern zusammen mit einer Einladung zur Beratung übermittelt. Die Debatte fand in Form von zwei Veranstaltungen im November 1988 an der Humboldt-Universität statt - in ihnen traten Brie, Land und Segert jeweils mit längeren Vorträgen auf, anschließend äußerten sich die Anwesenden zu ihren Ausführungen und zur Vorbereitungskonzeption. Die Broschüre „Materialien der Eröffnungsberatung November 1988“ erschien im Frühjahr 1989 und präsentierte die überarbeiteten Vorträge sowie zwei Aufsätze von Wissenschaftlern, die zum unmittelbaren Kommunikationskreis gehörten: Hans-Peter Krüger und Harald Bluhm.

Die seit dem Sommer 1988 vollzogene inhaltliche Profilierung drückt sich bereits im Titel des Forschungsprojekts aus. Die Vorbereitungskonzeption sprach noch eher unspezifisch von „Grundlagen der Sozialismustheorie. Internationale Diskussion und konzeptionelle Ausarbeitung“, in der Einleitung der Broschüre „Materialien der Eröffnungsberatung November 1988“ lautet er nunmehr „Philosophische Grundlagen einer Theorie des modernen Sozialismus“ (und auf dem Umschlag „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“). ‚Moderner Sozialismus‘ - diese Wortmarke faßte im Selbstverständnis der Akteure den neuartigen konzeptionellen Gehalt ihrer Überlegungen zusammen, diente als *label* ihrer späteren gemeinsamen wissenschaftlich-politischen Aktivitäten und soll in diesem Sinne hier auch im weiteren verwendet werden. Wie ‚Moderne‘ und ‚Sozialismus‘ in den Beiträgen der Broschüre zusammengedacht werden, sei in Umrissen vorgestellt. Im Einleitungstext, der sich

¹⁴ S. 3. Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Forschungsprojekt Band 1.

dem wissenschaftssystematisch notwendigen Zusammenhang von Sozialismus-, Epoche- und Kapitalismusverständnis stellt, wird die Kategorie ‚moderne Gesellschaft‘ folgendermaßen eingeführt:

„Wenn hier und an anderer Stelle von moderner Gesellschaft gesprochen wird, so sei darunter eine Gesellschaft verstanden, deren Reproduktion mit Zwangsläufigkeit auf die Entwicklung des materiellen, sozialen, politischen und geistigen Reproduktionsprozesses gerichtet ist. ... Dies setzt erstens die Auflösung der naturwüchsigen Verschränktheit von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion voraus und zweitens die Entstehung selbständiger Teilbereiche der Wirtschaft, des Rechts, der Politik, der Wissenschaft, Bildung usw. Erst dadurch können die besonderen Entwicklungspotentiale der Individuen einerseits bzw. der jeweiligen Teilbereiche andererseits gesellschaftlich umfassend freigesetzt und zugleich als Entwicklungszusammenhänge mehr oder minder beherrscht werden.“¹⁵

Dieses Verständnis von moderner Gesellschaft exemplifiziert Hans-Peter Krügers Beitrag hinsichtlich des Kapitalismus. Unter Bezug auf Marxsche Verwendungsweisen begrifflich zwischen bürgerlicher, kapitalistischer und moderner Gesellschaft trennend, kommt er zu der Feststellung: „Die moderne bürgerliche Gesellschaft ist weder in bezug auf ihre Totalität noch in bezug auf ihre Teilprozesse eine ausschließlich kapitalistische Gesellschaft, gleichwohl eine dominant kapitalistische“.¹⁶ In seiner grundlagentheoretischen Argumentation hebt Krüger die Potentiale einer Negation der noch gegebenen Kapitaldominanz hervor und fixiert diejenigen Grundstrukturen, die als Charakteristika der Moderne auch für Sozialismusentwicklung existentiell sind:

„a) Moderne wirtschaftliche Evolution wird strukturell insofern gesichert, als im internationalen Rahmen der innerzweigliche und zwischenzweigliche Wettbewerb zwischen selbständig agierenden Produktionskomplexen um den Zusatzgewinn von Innovationen frei geführt werden kann. ...

b) Moderne politische Evolution wird strukturell in dem Maße gesichert, in dem der Wettbewerb zwischen Klassen, Schichten, Gruppen, Bewegungen oder Bündnissen um die soziale, politische und kulturelle Hegemonie frei in den Formen der demokratischen Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive, Justiz und allgemeiner Öffentlichkeit ausgetragen werden kann. ...

c) Moderne kulturelle Evolution wird strukturell in dem Maße erreicht, in dem der internationale Wettbewerb zwischen gesellschaftlichen Individuen bzw. deren Gruppierungen um die bessere Erfüllung der universellen Ansprüche auf objektive Wahrheit, intersubjektive Richtigkeit und subjektiv wahrhaftige Sinngebung in argumentativen Verkehrsformen geführt werden kann.“¹⁷

Sind so ökonomische, politische und kulturelle Evolution in ihren jeweils spezifischen Inhalten und Bedingungen umrissen, bestimmt Krüger die notwendige Form ihres Zusammenhangs im Gegensatz zu (kapitalistischer) Kapitaldominanz und (realsozialistischer) Vermachtung: „Um moderne gesellschaftliche Entwicklung vor ihrer Destruktion oder ihrem Regreß auf vormoderne Stagnationsniveaus strukturell zu sichern, muß ... (a.) die Grundbedingung wirtschaftlichen Wettbewerbs gewahrt wie auch (b.) der Staat so politisch demokratisiert werden, daß (c.) moderne Kultur als das entscheidende gesellschaftliche Entwicklungspotential verwirklicht wird.“¹⁸

Geleitet vom normativen Gehalt der Vorstellung moderner Gesellschaft, wendet sich Brie dem Sozialismus zu. In einer historisch-theoretischen Skizze identifiziert er gesellschaftliche Praxis und theoretisches Leitbild als einem Paradigma des Sozialismus als staatlichem Monosubjekt verpflichtet.

„Die unter den z.Z. viel untersuchten historischen Umständen in der Sowjetunion Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre endgültig zur Dominanz gelangte Tendenz der Verstaatlichung aller ge-

¹⁵ Forschungsprojekt „Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“: Materialien der Eröffnungsberatung November 1988, Humboldt-Universität zu Berlin 1989, S. 13.

¹⁶ Ebenda, S. 100.

¹⁷ Ebenda, S. 109-113.

¹⁸ Ebenda, S. 110/111.

sellschaftlichen Kräfte, Fähigkeiten und Verhältnisse wurde im Paradigma vom ‚Sozialismus eines staatlichen Monosubjekts‘ zum Dogma erhoben und hatte so tiefgreifende Auswirkungen auf die internationale Sozialismustheorie. Nicht neue Formen der Freisetzung aller selbständigen Kräfte der Individuen, Kollektive, Klassen und Schichten auf neuer, sozialistischer Grundlage, nicht die Entfaltung ihrer Eigenständigkeit und Eigeninteressiertheit, sondern die oft zwanghaft durchgesetzte Reduktion aller Tätigkeit auf die Realisierung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten wurde als eine höhere Form gegenüber dem Kapitalismus ausgegeben.“¹⁹

Als staatliches Monosubjekt hat der Sozialismus gerade die Entwicklungspotentiale moderner Gesellschaft negiert - die Überwindung dieses überlebten Paradigmas faßt sich demgemäß zusammen in der „Verbindung der Errungenschaften moderner Gesellschaftsentwicklung mit den Entwicklungsorientierungen, die unserer Gesellschaftsordnung wesenseigen sind“.²⁰ Die bezweckte Ko-Evolution aller gesellschaftlichen Subjekte bedarf deren Autonomie wie der Etablierung von Vermittlungsformen - „Leistungsprinzip in der Ökonomie, Demokratie in der Politik, Öffentlichkeit im geistigen Leben und Recht als normative Grundform der Regelung der Rechte und Pflichten der Subjekte in der Mannigfaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Funktionen sowie ihrer individuellen, kollektiven wie gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten“.²¹

Die Aufnahme von Moderne-Vorstellungen und die explizite Verwendung der entsprechenden Begrifflichkeit vor allem bei Brie und Krüger speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Für Michael Brie war in erster Linie die sowjetische Diskussion belangvoll gewesen - im Gespräch führt er aus:

„Im September 1988 war ich in Moskau zu einem einmonatigen Studienaufenthalt. Ich habe u.a. Luhmann gelesen, vor allem aber mich mit neueren sowjetischen Veröffentlichungen vertraut gemacht und eine Reihe sehr intensiver Diskussionen mit sowjetischen Wissenschaftlern geführt, beispielsweise mit Schejnis. In der sowjetischen Debatte gab es zu dieser Zeit eine Neuorientierung, die ganzen Vorstellungen von Markt, von Demokratieformen usw., und auch der Begriff ‚sovremennoe obščestvo‘ [moderne Gesellschaft] wurden eingeführt. ... Mir wurde klar - und das hat mich ziemlich beschäftigt -, daß man prinzipiell mit diesen Grundkonstruktionen brechen muß, daß es systemübergreifende Vergesellschaftungsformen gibt, die in den Vordergrund zu stellen wären.“ (Gespräch II, Zeile 463-473)

Die Rezeption der westlichen Philosophieentwicklung war demgegenüber für Hans-Peter Krüger tragend. Seit 1981 am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften tätig, hatte er in seiner 1987 verteidigten B-Dissertation „Kritik der kommunikativen Vernunft“ einen kommunikationsorientierten Ansatz von Gesellschaftsdeutung und Wissenschaftsforschung vorgelegt, der in für DDR-Verhältnisse wohl singulär intensiver Weise die nichtmarxistischen Philosophiedebatten aufnimmt. Neben Sohn-Rethel und Toulmin bezieht sich Krüger hier insbesondere auf Habermas; seit etwa Mitte der 80er Jahre auch stärker mit der französischen Postmoderne befaßt, erklärt er rückblickend im Gespräch:

„Darauf, daß das Moderne-Thema wirklich kardinal ist, und daß die Moderne im Sinne ihrer Strukturpotentiale nicht mit dem Kapitalismus in eins zu setzen ist, bin ich durch Habermas gekommen.“ (Gespräch, Zeile 472-474) Und: „Bei allem Gegensatz - hier Lyotards ästhetische Urteilskraft und dort Ha-

¹⁹ Ebenda, S. 39/40.

²⁰ Ebenda, S. 14.

²¹ Ebenda, S. 50.

bermas' Argumentationspragmatik als Organon - hatten sie doch die Gemeinsamkeit in der Fragestellung, wie man die Stukturpotentiale so realisieren kann, daß man eine Monopolisierung des Kapitalverhältnisses verhindert: Es geht nicht um die Abschaffung der Kapitalform, aber um ihre Ein- und Begrenzung durch Gegenpotentiale. Insofern habe ich 1988 den normativ kleinsten Nenner formuliert, dieser Gedanke war von Lyotard über Habermas bis zu uns hier in der DDR klar.“ (Ebenda, Zeile 613-619)

Mit der Eröffnungsberatung war der ‚moderne Sozialismus‘ inhaltlich in erster Linie als grundlagentheoretisches sozialphilosophisches Konzept hervorgetreten. Als Forschungsprojekt an der Sektion Philosophie der Humboldt-Universität war zugleich eine institutionelle Form kreiert, die längerfristige kontinuierliche Arbeit, die Einbeziehung von Kooperationspartnern und eine wissenschaftlich-politische Außenwirkung ermöglichte. Und diese Form war offen genug, um auf gesellschaftliche Entwicklungen wie konkrete Anforderungen reagieren zu können und dabei gleichfalls auch den je spezifischen Orientierungen ihrer Akteure Raum zu geben. Diese strukturellen Momente fanden vor dem Oktober 1989 ihren Ausdruck vor allem in der Ausarbeitung zweier Materialien: der Studie „Überlegungen zu Problemen und Perspektiven des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels des Sozialismus und der Weiterentwicklung gesellschaftsstrategischer Konzeptionen der DDR und anderer sozialistischer Staaten des RGW“ (nach den Titeln bei der Veröffentlichung ihrer zweiten Fassung in den Verlagen Dietz und Rotbuch im weiteren als „Studie zur Gesellschaftsstrategie“ bzw. „Umbaupapier“ bezeichnet) und des Thesenpapiers „Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED“.

Das allgemeine Anliegen beider Texte bestand darin, nach der Erarbeitung grundsätzlicher sozialismustheoretischer Vorstellungen die in der DDR notwendigen Reformierungen wissenschaftlich konkreter zu konzeptualisieren und ihre In-Gang-Setzung zu befördern. Bereits in der Einleitung der Broschüre der Eröffnungsberatung hieß es:

„Im vorliegenden Material wird die langfristige Orientierung dieser Wandlungsprozesse ins Zentrum der Betrachtung gerückt. Dabei bleibt die Frage noch weitgehend offen, wie der Übergang von den heutigen Strukturen zu den perspektivisch erforderlichen zu bewältigen ist. ... Die weitere sozialismustheoretische Arbeit muß zu Antworten auf Fragen führen, in welchem Tempo und in welcher Reihenfolge der notwendige Wandel vorangetrieben werden kann und welche Voraussetzungen auf jeder Etappe zu schaffen sind. Für die DDR gilt genauso und vielleicht noch mehr als für andere sozialistische Länder, daß die Veränderungsprozesse einerseits notwendig sind, um die genannten historischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen, andererseits aber politische Stabilität und soziale Sicherheit ihrerseits Voraussetzungen erfolgreichen Wandels sind. Ein genaues Studium der Erfahrungen der sozialistischen Länder und Bewegungen muß auch hier Erkenntnisfortschritt bringen.“²²

Ausgangspunkt der Erarbeitung der Studie zur Gesellschaftsstrategie war die im Mai 1989 von Dieter Klein an das Forschungsprojekt herangetragene Aufforderung, ein substantielles Material für die aktuell-politisch ausgerichteten studentischen Lehrveranstaltungen am Beginn des Wintersemesters 1989/90 - umgangssprachlich als ‚Rote Woche‘ bezeichnet - zu erstellen. Rainer

²² Ebenda, S. 6/7.

Land nahm sich dieser Aufgabe an und trieb das letztliche Ergebnis deutlich über die ursprüngliche Zielstellung hinaus. Unter Nutzung seiner vielfältigen Kommunikationsbeziehungen und bei Einbeziehung von Ausarbeitungen anderer Wissenschaftler legte er im Juli 1989 einen umfangreichen Text vor, der ein neuartiges Konzept von Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung für die DDR entwirft.

Rainer Land erzählt: „Also wir versuchten, eine Lösung zu entwickeln, die sowohl auf Produktivitäts- und Kooperationseffekte im Inneren setzt, aber das gleiche sozusagen nach außen auch hinsichtlich der Entwicklungsländer und des Problems der Unterentwicklung in Ansatz bringt. Das war ja völlig auf der Perestroika-Linie mit den Thesen vom gemeinsamen Haus, den globalen Problemen und den allgemeinen Menschheitsinteressen. Deswegen auch der entsprechende Anhang. Und zur Begründung der Idee, Ökologie als den Entwicklungspfad für eine Reorganisation der Wirtschaft zu empfehlen, erschien auch ein Problemaufriß zur globalen ökologischen Situation wichtig. Ich kann jetzt nicht mehr sagen, woher die konkreten Angaben in diesem Anhang stammen, ich hatte mir irgendwie die notwendige Literatur beschafft. Entsprechend Dieter Kleins Wunsch ... gab es also einen speziellen Abschnitt über die Probleme des Übergangs. Hier wird die Frage reflektiert, wie man einen von den Leuten getragenen und von sozialen Integrations- bzw. Einbindungsprozessen charakterisierten Entwicklungspfad einschlagen kann. Das ist also kein technokratisches Kapitel, ich würde es heute soziologisch nennen; es geht darum, wie man es schafft, Unterstützung, Einbindung und damit auch eine politische Akzeptanz für ein solches Programm zu erreichen. Es ist also nicht zufällig, daß der Gedankengang der Studie so arrangiert ist - neue Entwicklungslogik, Wirtschaftsreform, ökologischer Umbau, und ein Programm zum Umbau der Sozialpolitik, das sich am Ökologie-Thema orientiert. Ökologie ist hier also eher soziologisch begründet als technokratisch nur aus der Problemsituation, obwohl dieser Gesichtspunkt damit natürlich auch zu tun hat.“ (Gespräch II, Zeile 306-324) An anderer Stelle heißt es: „Klar war innerhalb unseres Diskussionszusammenhangs, zu dem ja auch Rosi Will gehörte, daß politische Reformen notwendiger Teil des Umbaus sind. Die Frage war: Kommen wir zu einem systematisch entwickelten Konzept, was politische Reform eigentlich bedeutet? Wir hatten dazu so einzelne Ansätze: Micha Bries Gedanken über Öffentlichkeit, Dieter Segerts Vorstellungen von politischer Gesellschaft und gesellschaftlichen Organisationsformen politischer Macht, Rosis Überlegungen zur Rechtsstaatlichkeit.“ (Ebenda, Zeile 353-358)

Zusammen mit Dieter Segert war Rosemarie Will am Z-Projekt „Wirtschaft, Staat und Recht sozialistischer Länder“ beteiligt gewesen, etwa seit Mitte 1988 hatte sie sich intensiver mit der Rechtsstaatsproblematik befaßt. Ihr Aufsatz „Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer Machtausübung“ erschien schließlich im September 1989 in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie - die Veröffentlichung war erst durch ein Gutachten Frank Bergs möglich geworden. Ausgehend von den Grundpositionen, daß das Recht Maß der Politik ist und der Staat der Gesellschaft unterzuordnen sei, wurden hier die Konturen und Schwerpunkte anstehender Veränderungen in den Bereichen von Recht und Politik skizziert. Seit Ende 1988 verstärkte sich die wissenschaftliche Kommunikation zwischen Rosemarie Will und Rainer Land; so trat sie im Frühjahr 1989 in dessen Vorlesungsreihe „Theorie der sozialistischen Gesellschaft“ als Gastreferentin auf.

In ihrer um einen von Rosemarie Will verfaßten Abschnitt zur Reform des politischen Systems erweiterten zweiten Fassung erlangte die Studie im Herbst 1989 breitere öffentliche Aufmerksamkeit, zunächst jedoch war sie Gegenstand der internen Diskussion und Auseinandersetzung an der Humboldt-Universität. Der Sekretär der SED-Kreisleitung Harry Smettan kritisierte we-

sentliche Inhalte und nahm sie zum Anlaß, um Dieter Klein ‚Plattformbildung‘ vorzuwerfen; statt wie von Klein vorgesehen, in 200 Exemplaren kopiert zu werden, waren durch Smettans Einspruch nur 50 Exemplare möglich. Am 26. September fand eine Diskussion zur Studie statt; unter den von Dieter Klein eingeladenen Gesellschaftswissenschaftlern waren auch die Dekanin der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und Mitglieder der SED-Kreisleitung. Dieter Klein erzählt im Gespräch:

„Wie man schon aus dem Teilnehmerkreis sieht, ging es mir darum, in der gegebenen problematischen Situation die in der Studie dargelegte Konzeption in die Breite zu bringen, Widerstände wegzuräumen, für sie auch Leute aus der Umgebung von Smettan zu gewinnen. So war dann auch das Ergebnis: Das Projekt und die Studie stehen nicht für irgendeine Aktion, die man kritisch beäugen muß - ihr habt mitdiskutiert und konntet dazu Stellung beziehen. In dieser Denkrichtung wird jetzt weitergearbeitet, auch wenn das eine Linie ist, die sich von der offiziell propagierten deutlich unterscheidet.“ (Gespräch II, Zeile 930-936)

Ausgehend von der Thematisierung globaler Umbrüche und Bedrohungen sowie der Verläufe und Probleme der in den anderen sozialistischen Ländern eingeleiteten Wirtschaftsreformen werden im Umbaupapier konzeptionelle Überlegungen zur Reform von Sozial- und Wirtschaftspolitik, zur Umgestaltung der Regulierungsmechanismen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung in der DDR vorgetragen. Die die Behandlung der Einzelgesichtspunkte leitende theoretische Perspektive war bereits in Lands Beitrag zur Eröffnungsberatung deutlich geworden - zentral ist für ihn die Frage nach den Bedingungen von Entwicklungsfähigkeit sozialökonomischer Subjekte. Sein evolutionstheoretisch inspirierter Zugriff erlaubt die kritische Deutung des SED-Konzepts der ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ und der damit erreichten Ergebnisse, er ermöglicht einen systematischen und potentiell alle Subjektebenen und gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Strategieentwurf, der insofern inhaltsoffen ist, als er angestrebte Zustände nicht zugleich substantialisierend festschreibt. Im Vorschlag, Wirtschafts- und Sozialräte auf betrieblicher, kommunaler und zentraler Ebene zu installieren, konkretisiert Land die seinem Ansatz immanente Vorstellung institutioneller Ordnung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Michael Brie ging es im Sommer 1989, angesichts der sich mit der Ausreisewelle über Ungarn und den von Ignoranz und Dogmatik geprägten offiziellen SED-Positionen zuspitzenden Krisenprozesse, um ein unmittelbar politisches Eingreifen. Reformverläufe, die eine sozialistische Perspektive der DDR und damit ihre eigenständige staatliche Existenz gewährleisten, erschienen nur möglich, wenn sie über die Partei, ‚von oben‘ eingeleitet würden. Dazu jedoch wären zunächst entscheidende Veränderungen der innerparteilichen Konstellationen erforderlich. Sie zu erreichen, war die eigentliche Zielstellung der Thesen „Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED“. Der Text wurde in seiner Grundlage bereits im August konzipiert und dann über vielfältige Diskussionsprozesse und die Einbeziehung vor allem analytischer Materialien zur ökonomischen und ökologischen Situation - sie wurden von Wilfried Ettl erarbeitet - weiter qualifiziert. Die Ende September/Anfang Oktober

betriebsenen Versuche, über das Thesenpapier eine Reformer-Gruppe im SED-Zentralkomitee zu formieren, blieben jedoch erfolglos. Nach der Eskalation der inneren Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den ‚Feierlichkeiten‘ zum 40. Jahrestag der DDR wurden die Thesen - in ihrer Datierung auf den 8. Oktober - dem ZK und einigen SED-Bezirkssekretären wie auch mehreren Repräsentanten der Opposition übermittelt.

Im Gespräch berichtet Michael Brie: „Anfang bzw. Mitte August kam ich aus dem Urlaub zurück, kurz danach habe ich mit André [Brie] und Wilfried Ettl gesprochen, vielleicht waren auch noch andere Leute da, ich kann das nicht genau rekonstruieren. Wir haben uns über die Situation verständigt, darüber, daß wir jetzt tatsächlich unmittelbar politisch handeln sollten. Nach meiner Erinnerung hatte ich bereits vor dem Urlaub, im Juli, ausgehend von den Vorträgen etwas aufgeschrieben, es gab einen Vortext ganz ohne Zahlen zur Ökonomie. Den gab ich dann im August Wilfried Ettl und bat ihn um das ökonomisch-analytische Material. Über die Einbeziehung der Materialien von Ettl, von André - von ihm stammt insbesondere die Einschätzung, daß das Interesse der Sowjetunion und anderer Länder an der DDR massiv gesunken, die Existenz der DDR also auch außenpolitisch gefährdet ist - und Dieter Segert sowie durch viele Diskussionen wuchs sich der Text aus, entstanden die verschiedenen Erarbeitungsstufen. Die eigentliche Zielrichtung bestand darin, eine Fraktionsbildung in der SED zu befördern - wobei wir es so breit wie möglich gestreut haben. Wir haben Ormig-Abzüge angefertigt und verbreitet, auch von der Fassung, die im Verteiler nur Klein, Segert, Land und mich nennt. Der Hinweis: ‚eine weitere Verbreitung bedarf der Weisung des Prorektors‘ war, wie auch die Vermerke ‚Internes Diskussionsmaterial‘ und ‚Parteiinternes Material‘, insofern doppelzünftig, damit wollten wir uns absichern. Ich habe mehrere Fassungen der Thesen auch an die Staatssicherheit gegeben. Im Diskussionsprozeß ging es immer wieder auch um die Frage, wem man das Papier übergeben kann. Rainer gab es Markus Wolf, André kümmerte sich insbesondere um die Künstler. Wir haben uns überlegt, welche ZK-Mitglieder dafür zu gewinnen wären, die Thesen an alle Mitglieder des ZK zu senden. Das wurde von mir, André, Dieter Segert, Rainer Land, Wilfried Ettl dezidiert diskutiert. Mit Dieter Klein haben wir von diesem Vorhaben nicht gesprochen, aber er kannte den Text. Wir suchten ZK-Mitglieder, die das als eigene Plattform annehmen und so eine Spaltung der Parteispitze auf der Ebene ZK herbeiführen - von der Ebene des Politbüros war ja grundsätzlich nichts zu erwarten. Eine solche Spaltung der Parteispitze wäre die Voraussetzung für eine Fraktionsbildung gewesen, ohne sie erfolgt ja einfach ein Parteiausschluß. Aber wir fanden nicht einmal ein ZK-Mitglied, das bereit gewesen wäre, das Papier mit einem Anschreiben: eine interessante Meinung, nehmt sie doch bitte zur Kenntnis; an alle anderen ZK-Mitglieder zu übergeben.“ (Gespräch II, Zeile 571-597)

Die Bemerkung Bries, daß er Erarbeitungsstufen der Thesen an die Staatssicherheit gab, bestätigt der damalige HVA-Mitarbeiter Wolfgang Hartmann insofern, als er im Gespräch berichtet:

„Zu einem Zeitpunkt, den ich nicht mehr genau rekonstruieren kann, der aber auf jeden Fall vor dem 40. Jahrestag der DDR lag, hat mir mein damaliger Abteilungsleiter in der HVA - eine sehr ranghohe Persönlichkeit, ein Oberst - ein Konzeptionspapier des Forschungsprojekts gegeben. Mit dem Rat, es zu lesen; ich würde erkennen, wie übereinstimmend doch unsere Positionen - er meinte seine und meine - mit den darin formulierten seien. Ich sollte dieses Papier auch anderen Genossen zeigen, es jedoch nicht vervielfältigen. ... Es war das Material ‚Zur gegenwärtigen Lage der DDR und Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED‘. Von den ... Versionen ist es diejenige, die mit ‚Parteiinternes Material‘ überschrieben ist, kenntlich macht, daß das Forschungsprojekt zur Sektion Marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität gehört, und nicht über einen Tabellenanhang verfügt.“ (Gespräch, Zeile 40-57)

Wie hier exemplarisch sichtbar, ging es denjenigen Wissenschaftlern des Forschungsprojekts und ihres Umfelds, die Kontakte zur Staatssicherheit unterhielten, um die Absicherung ihrer Handlungsräume und darum, auch in dieser Institution reformorientiertes Gedankengut zu verbreiten und so möglicherweise politische Unterstützung zu gewinnen. Demgegenüber ist die Vorstellung, die Projektaktivitäten wären durch das MfS initiiert und gesteuert gewesen - wie sie

z.B. Stefan Wolle mit seiner Formulierung von „Vertrauensleute(n) der Stasi an der Humboldt-Universität“²³ nahelegt -, ins Reich der Legende zu verweisen.²⁴

Die Zielsetzung, Differenzierungsprozesse im ZK auszulösen, wie auch das den paradigmatischen Denkvoraussetzungen von SED-Reformern verpflichtete Selbstverständnis der Akteure prägt Argumentationsweise und inhaltliche Schwerpunktsetzung des Thesenmaterials. In seiner Einleitung wird als Anliegen und Grundposition fixiert,

„Anregungen für die Ausarbeitung einer fundierten und realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage der DDR und daraus zu ziehende mögliche Konsequenzen für die Gestaltung der Politik der SED zu geben. Nur wenn sich die Partei an die Spitze der unaufschiebbar gewordenen Erneuerung stellt, können der sozialistische Charakter unserer gesellschaftlichen Entwicklung gewahrt und ausgebaut sowie das Erreichte gesichert werden.“²⁵

Die Situationsdarstellung umfaßt auch die internationalen Kontexte; die Deutung der inneren Problemlagen behandelt sowohl ökonomische, also auch ökologische, soziale, als auch politisch-ideologische Tendenzen. Die Analyse ist materialreich und schonungslos, in der Prononcierung der in den bisherigen Materialien des Forschungsprojekts getroffenen empirisch gehaltenen Aussagen und ihrem Zusammenblick entsteht ein Bild, dessen Kontrast zu den offiziellen SED-Einschätzungen und der üblichen Medienpropaganda kaum größer sein könnte. Die existentielle Bedrohlichkeit der Situation wird herausgestellt - „Die DDR befindet sich ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch in einer latenten Krisensituation. ... Es ist abzusehen, daß es in den nächsten zwei bis drei Jahren mit der Verschmelzung der ungelösten Probleme in den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen zu einer Krise des gesamten Reproduktionsmechanismus kommen wird“²⁶ -, ihre Bewältigung als Anforderung an Parteipolitik thematisiert und zu deren Neuorientierung kurz- und mittelfristige Maßnahmen konzipiert. Zur einzuschlagenden Grundrichtung heißt es:

„Es bedarf in Kürze eines deutlichen Zeichens für die Veränderung der Parteipolitik, die zugleich der einzige Weg der Fortführung und Bewahrung historischer Errungenschaften ist. Unaufschiebbar sind: erstens der Einstieg in eine öffentliche Diskussion mit dem Ziel einer konsequenten, offenen und zugleich bedachtsamen, abgewogenen und ruhigen Neubestimmung der Gesellschaftsstrategie bei Berücksichtigung und Bewahrung der Errungenschaften; zweitens eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die signalisieren, daß bestimmte Nöte sehr ernst genommen und Perspektiven ihrer Lösung gesucht werden. In der Folge ist ein umfassendes, komplexes sozialistisches Reformprogramm für alle gesellschaftlichen Bereiche in ihrem Zusammenhang zu erarbeiten und demokratisch zu legitimieren.“²⁷

Mit der Betonung der zu bewahrenden Eigenständigkeit der DDR, einer sozialistischen Perspektive notwendiger Veränderungen, der Forderung nach einer „Großen Aussprache“ stimmen die Thesen zugleich mit Grundvorstellungen der DDR-Opposition überein. Die Position, in der zu eröffnenden gesellschaftlichen Debatte seien oppositionellen Kräften legale Artikulationsmöglichkeiten einzuräumen, ihre Teilhabe an unmittelbar politischer Macht wäre jedoch

²³ S. Wolle: Die heile Welt der Diktatur, Berlin 1998, S. 340.

²⁴ Vgl. dazu auch die Überlegungen und Befunde in: W. Süß: Staatssicherheit am Ende, Berlin 1999, S. 480ff.

²⁵ Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990, S. 79.

²⁶ Ebenda, S. 80/81.

²⁷ Ebenda, S. 97.

auszuschließen, widersprach zwar nicht den von ihnen im Erarbeitungszeitraum der Thesen selbst erhobenen Forderungen, hatte jedoch ab- und ausgrenzenden Charakter - und war im internen Diskussionsprozeß auch nicht unumstritten.

Die Einleitung der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in der DDR im Oktober 1989 durch eine Massenbewegung ‚von unten‘ traf das Forschungsprojekt in ambivalenter Weise. Einerseits hatten die praktischen Entwicklungen die Grundannahme, ein Reformprozeß wäre über die SED einzuleiten und zu steuern, obsolet werden lassen. Andererseits existierten analytische Realitätsdeutungen und konzeptionelle Vorstellungen, die es ob ihres wissenschaftlichen Gehalts ermöglichten, sich in diese Veränderungsprozesse einzubringen - zumal das Projekt dafür institutionelle Voraussetzungen bot. Die sich in den Monaten Oktober, November und Dezember als zukunfts offen darstellende gesellschaftliche Situation rief zur Aktivierung aller Handlungsressourcen; der Herbst 1989 wurde zum Zeitraum ausgesprochen intensiver wissenschaftlich-politischer Aktivität, damit zugleich zum Höhepunkt der medialen Wahrnehmung des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus und seiner - punktuellen - gesellschaftlichen Wirksamkeit.

Der intensiv miteinander kommunizierende engere Akteurskreis des Projekts erweiterte sich um Rosemarie Will, Hans-Peter Krüger, Wilfried Ettl und Jürgen Jünger; mit bis zu 40 Wissenschaftlern der Humboldt-Universität und anderer Einrichtungen in und außerhalb Berlins gab es temporären Kontakt und Kooperation. Die Blockaden der SED-Kreisorganisation der Humboldt-Universität konnten im Oktober gebrochen werden; ihre zeitweilige „Arbeitsgruppe Parteitagsvorbereitung“ diente den Projektakteuren befristet als politische Form ihrer Aktivität, in Nutzung der Ressourcen der Humboldt-Universität wurden die Studie zur Gesellschaftsstrategie (in ihrer zweiten Fassung), das Thesenpapier und die aktuell und kurzfristig erarbeiteten Materialien in einer Auflage von jeweils 400 Exemplaren gedruckt und in Umlauf gebracht. Wie bereits frühzeitig in dem Text „Sofortmaßnahmen zur Einleitung einer grundlegenden demokratischen Erneuerung des Sozialismus in der DDR“ avisiert und mit ihm praktiziert - er wurde am 15. Oktober auf der Veranstaltung „Rock gegen Gewalt“ in der Erlöserkirche verlesen -, wurde die sich herausbildende gesellschaftliche Öffentlichkeit zum Adressaten der Projektarbeit: die Ausarbeitungen wurden neben den Volkskammerfraktionen auch Vertretern der Bürgerbewegungen und den Medien zugesandt, ab Ende Oktober gab es wöchentliche Pressekonferenzen, mit Zeitungsaufsätzen meldeten sich insbesondere Michael Brie und Rainer Land zu Wort. Alle Projektakteure brachten sich über Vorträge und Diskussionsbeteiligungen in den gesellschaftlichen Dialog ein - so äußerten sich Brie und Segert im Rahmen der Podiumsdiskussion „DDR - wie ich sie träume“ im Haus der jungen Talente am 24. Oktober, Rosemarie Will in der Veranstaltung am 28. Oktober „Wider den Schlaf der Vernunft“ in der Erlöserkirche; in einer gemeinsam vom Forschungsprojekt und der Akademie der Künste organisierten Diskussion stellten Land, Will, Se-

gert und Klein ihre Vorstellungen und Positionen vor fast 400 Zuhörern ausführlich vor. Auch die Formen wissenschaftlicher Kommunikation wurden genutzt; so artikulierten sich Segert auf dem Philosophiekongreß Anfang November und Krüger auf dem „Forum junger Philosophen“ am 2. Dezember dezidiert als Vertreter des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus. Einzelne Akteure wie das Forschungsprojekt als ganzes waren aktiv an der konzeptionellen Suche nach einem den Entwicklungen angemessenen Politikkonzept der SED und an den Auseinandersetzungen um dessen Durchsetzung beteiligt - die Spannweite des Engagements reicht von dem Versuch von Brie, Land und Will, Hans Modrows Vorstellung von Reformpolitik konzeptionell zu unterfüttern (Ende Oktober wurden sie von der Bezirksleitung Dresden konsultiert) über Wills und Segerts Mitwirkung an der Erarbeitung eines Alternativreferats zur 10. ZK-Tagung und Segerts Aktivitäten innerhalb der Bewegung der Parteibasis - mit dem Kulminationspunkt ‚Plattform WF‘ - bis zu den parteipolitischen Positionierungen auf der Tagung des Forschungsprojekts vom 23. bis 25. November - hier entstand der Text „Die Überlebensfrage der DDR: der dritte Weg. Was wir vom außerordentlichen Parteitag der SED erwarten“ - und der von Brie koordinierten Erarbeitung des Programmvorschlags „Für eine sozialistische Partei der DDR“ zum Außerordentlichen SED-Parteitag.

Daß der Weg aus der unhaltbar gewordenen Bindung des Konzepts eines modernen Sozialismus an die Einleitung des gesellschaftlichen Aufbruchs in der DDR durch die Partei zu wissenschaftlich produktiven wie politisch vorwärtstreibenden Ergebnissen führte, manifestierte sich insbesondere in den nunmehr zügig erarbeiteten und vorgelegten Positionen zu Platz und Inhalt politisch-rechtlicher Reformen im begonnenen Veränderungsprozeß. Einerseits wurde dabei an bis zum Oktober entwickelte politiktheoretische und gesellschaftskonzeptionelle Vorstellungen - für sie stehen u.a. Segerts Beitrag zur Eröffnungsberatung, Wills Aufsatz „Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer Machtausübung“ und die erste Fassung der Studie zur Gesellschaftsstrategie - angeknüpft und ihre bislang eher abstrakt bzw. immanent gegebenen politisch-praktischen Momente konkreter ausgearbeitet; andererseits zwang die offene politisch-gesellschaftliche Krise zu Lernprozessen. Präzisierung und Modifikation bisheriger Standpunkte des Forschungsprojekts gingen so Hand in Hand. Die Notwendigkeit eines Ökonomie und Politik gleichermaßen umfassenden Reorganisationsprozesses mündete in die Forderung, zunächst über gesellschaftlichen Dialog und Reform des politischen Systems Klarheit über die Inhalte zukünftiger sozialökonomischer Entwicklung zu gewinnen und deren Legitimation und Akzeptanz zu sichern. Die Vorstellung, daß die Verstaatlichung von Politik über die Konstituierung der Gesellschaft und jedes Einzelnen als politisches Subjekt zu überwinden sei, wurde konkretisiert über die inhaltlichen Bestimmungen von Rechtsstaatlichkeit: Grundrechte, Gewaltenteilung, Recht als Maßstab des Handelns von Staat und Parteien. Die Implikationen der evolutionstheoretischen Grundposition wurden freigesetzt: ein lernfähiges politisches System kann nur ein plurales sein, ohne die Vorherrschaft einer Partei; erst in der Konkurrenz politischer Or-

ganisationen um Wählerstimmen formieren sich die Interessen der Bürger zum Staatswillen. Trennung von Partei und Staat, rechtlich geordnete Gewährleistung von Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Etablierung eines demokratischen Wahlrechts, Verfassungsdiskussion - in diesen Stichworten fassen sich die Positionen des Forschungsprojekts zur politischen Reform zusammen.

Die dafür - vor dem Programmentwurf zum Außerordentlichen Parteitag - zentralen Materialien sind der von Rosemarie Will im Oktober erarbeitete Text „Überlegungen zur Um- bzw. Neugestaltung des politischen Systems“ (Abschnitt 4.3 der zweiten Fassung der Studie zur Gesellschaftsstrategie), das von Land, Will und Segert verfaßte und auf den 22. Oktober datierte Standpunktpapier „Wie wollen wir mit den entstandenen informellen politischen Gruppen und Bewegungen umgehen, und wie könnte mit dem Prozeß des Umbaus des politischen Systems sowie des Staates und des Rechts begonnen werden?“ und Lands in der Leipziger Volkszeitung vom 11./12. November veröffentlichter Artikel „Erneuerung: Beginn mit grundlegenden politischen Reformen“. Die in der zweitgenannten Ausarbeitung formulierten Prinzipien zu einem neuen Vereinigungs-, Organisations- und Versammlungsrecht stellen auf die politischen Freiheitsrechte der Bürger ab und sehen staatliche Eingriffe ausschließlich als reaktives und rechtlich begrenztes Handeln vor. Explizit wird die Legalisierung des Neuen Forums gefordert und die ausgrenzende Position der Thesen korrigiert: „Natürlich ist es zulässig, die Rechtsordnung mit rechtmäßigen Mittel zu ändern“²⁸ - dies aber ist denkbar nur schon eingebunden in Strukturen politischer Macht. Zum Zugang zur Macht heißt es:

„Für die Wahlen empfehlen wir eine Neuordnung der Nationalen Front als Vereinigung aller sich an Wahlen beteiligender Organisationen auf einen Minimalkonsens - Akzeptanz der gemeinsam vereinbarten Wahlregeln. Für die Wahlregeln schlagen wir ein Verhältniswahlrecht mit Mindestsatz von 5 Prozent vor. ... Eine Beibehaltung unseres jetzigen Wahlsystems ist dagegen für die neuen Kräfte nicht akzeptabel, auch nicht, wenn sie in die Einheitsliste aufgenommen würden. ... Die SED muß sich daher einer Wahl stellen und sich darauf einstellen, zwar als starke politische Kraft aus den Wahlen hervorzugehen, aber auch erhebliche Verluste hinzunehmen.“²⁹

In Übereinstimmung mit dem konzipierten Konkurrenzwahlssystem wird eine ‚führende Rolle der Partei‘ auf deren Platz ausschließlich im gesellschaftlichen Diskussionsprozeß zurückgeschnitten und die Trennung von Partei und Staat gefordert:

„Diese führende Rolle kann nur darin bestehen, strategisch begründete und überzeugende Positionen in die öffentliche Diskussion einzubringen. ... Daher ist ein Prozeß der Entstaatlichung der Partei, der Trennung der Partei von der direkten Kopplung an den Staatsapparat erforderlich, damit einerseits die Partei ihrer wirklichen Funktion in der Gesellschaft - der Führung im Dialog um Strategien für die Entwicklung des Sozialismus - wieder nachkommen kann und damit andererseits eine demokratische Neugestaltung staatlicher Entscheidungs- und Exekutionsprozesse möglich wird, durch die andere politische Kräfte integriert werden können.“³⁰

In Lands Zeitungsaußatz heißt es u.a.: „Eine der Lehren aus den Umgestaltungsprozessen anderer sozialistischer Staaten ist, die erforderliche grundlegende Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozial-

²⁸ Ebenda, S. 65.

²⁹ Ebenda, S. 70.

³⁰ Ebenda, S. 68.

systeme nicht vor und auch nicht zeitgleich mit politischen Reformen zu machen, sondern eine gewisse Konsolidierung der politischen Reformen und der damit einhergehenden Interessenkämpfe zu gewährleisten. Erst wenn ein mehrheitlicher Konsens und politische Legitimität erreicht sind, erst wenn die Richtungen des Umbaus der Wirtschafts- und Sozialentwicklung in einem breiten öffentlichen Diskurs erarbeitet werden, kann mit tiefgehenden Wirtschaftsreformen begonnen werden, ohne daß diese permanenter Zankapfel von Machtkämpfen werden und daran scheitern. ... Der Umbau des politischen Systems muß zu einer lern- und entwicklungsfähigen demokratischen Gesellschaftsorganisation führen, deren Mittelpunkt nicht die Macht des Staatsapparates, sondern die Räume für die freie Selbstentwicklung und Selbstbestimmung gesellschaftlicher Individuen sind. Menschenrechte - politische wie soziale - und die Unterordnung der gesellschaftlichen Mächte unter das Ziel, die Wirklichkeit dieser Rechte zu gewährleisten, stehen daher notwendig im Zentrum der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Staats- und Rechtsordnung. Wir plädieren für die Gesellschaftsgestaltung im Rahmen einer Verfassungsdiskussion, weil dies ausschließt, nur an einzelnen Gesetzen, Regelungen und Strukturen zu flicken, sondern auf das Grundmuster politischer Macht und ihr Verhältnis zum Individuum zielt.“³¹

Für mehrere mit dem Forschungsprojekt verbundene Wissenschaftler waren im Herbst 1989 die nunmehr einzuleitenden ökonomischen Stabilisierungs- und Reformprozesse Gegenstand ihres Nachdenkens. In den von der Humboldt-Universität intern vervielfältigten Materialien äußerten sich dazu u.a. Stefan Wohanka, Hans Wagner, Jürgen Jünger, Wilfried Ettl und Lutz Marz. Rainer Lands im November erarbeiteter Text „Die Wirtschaftsreform der DDR im Lichte der entstandenen neuen Lage: offene Grenze zur BRD“ fordert schnelle und entschiedene Schritte einer bewußt gestalteten Internationalisierung der DDR-Wirtschaft. Den schon in der Studie zur Gesellschaftsstrategie dargelegten Vorschlag zur Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten ausbauend und präzisierend, entwickelt er eine Modellvorstellung des Institutionengefüges sozialistischer Ökonomie, in der die jeweilige Eigentumsform der Wirtschaftseinheit letztlich irrelevant ist.

Internationalisierung, so wird betont, bedeutet auch grenzüberschreitenden Kapitalverkehr: „Zu dieser Internationalisierung gehört, daß sich internationales Kapital in die DDR-Wirtschaft einkauft - und auch umgekehrt.“³² Damit ist zunächst die Veränderung von Eigentumsverhältnissen an ihrem prekärsten Punkt avisiert: eine Entstaatlichung der Wirtschaft schließt unterschiedliche Besitzformen bis hin zu privatem und ausländischem Eigentum ein. Die Tätigkeit der autonomen Wirtschaftseinheiten soll indirekt reguliert werden: „durch zentral zu setzende Rahmenbedingungen, Steuer-, Geldmengen-, und Zinspolitik, durch Forschungs- und Entwicklungs- und Investitionsförderung, durch Strukturpolitik.“³³ Um jedoch die Rückbindung wirtschaftlicher Aktivitäten an die lebensweltlichen Bedürfnisse und Interessen der Individuen - das von Land akzentuierte Kriterium einer sozialistischen Entwicklung - zu erreichen, bedarf es einer entsprechenden Gestaltung von Strategiebildungs- und Entscheidungsprozessen auf allen einschlägigen Subjektebenen. Am Beispiel einer sozialistischen Aktiengesellschaft konzipiert er konkreter die entsprechenden Institutionen - Aktionärsvertretung, Betriebsleitung, Wirtschafts- und Sozialrat -, deren Rekrutierungsmodus und die Verteilung von Einflußrechten bezüglich Innovations-, Investitions- und Rationalisierungsvorhaben. Zusammenfassend heißt es: „Das Gesamt von Wirtschafts- und Sozialräten sollte durch ein nicht hierarchisiertes und nicht auf Entscheidungen bezogenes Kommunikationsnetz zu einem System verbunden werden. Ist ein solches System gegeben, dann bleibt die Gesamtwirtschaft Eigentum der assoziierten Individuen auch dann, wenn die verschiedenen Besitzformen - Staatsbesitz, Aktiengesellschaften, individueller oder genossenschaftlicher Besitz - nebeneinander bestehen.“³⁴

³¹ Ebenda, S. 52/53.

³² In: Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin 1989, S. 121.

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda, S. 124/125.

Im krisenhaften gesellschaftlichen Veränderungsprozeß der DDR dominierten bald Bedingungen, Tendenzen und Konzepte, die den gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsvorstellungen des Forschungsprojekts keine Chance mehr einräumten. Eigentliches Zentrum ihrer Wirkungskraft wurde die Partei; als Teil der SED-Reformkräfte hatten das Projekt und seine Akteure Anteil an der Destruktion der stalinistisch geprägten alten SED und der Herausbildung einer demokratischen, linkssozialistischen Kontur ihrer Nachfolgeorganisation SED-PDS bzw. PDS. Der dafür wichtigste inhaltliche Beitrag war der am 12. Dezember 1989 im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Text zur Programmdiskussion „Für eine sozialistische Partei in der DDR“. Er bot eine zusammenfassende Darstellung der Grundkonzeption eines ‚modernen Sozialismus‘ - die Paradigmen des Denkansatzes der Eröffnungsberatung wie der Studie zur Gesellschaftsstrategie aufnehmend und schlüssig durchführend, wurden die sozialismustheoretischen und -reformerischen Vorstellungen unter Aufnahme der seit Oktober erfolgten Konkretisierungen wie Modifikationen in inhaltlich radikalisierte Weise fixiert.

Im Programmaterial des Forschungsprojekts wird die Trennung vom früheren Sozialismus theoretisch grundsätzlich vollzogen. Dieser erscheint nicht mehr als erste, wenn auch deformierte Entwicklungsstufe des Sozialismus, die mit der angestrebten neuen aber aufgrund ihres emanzipatorischen Gehalts verbunden bleibt - gerade dieser Gehalt wird dem administrativen Sozialismus abgesprochen:

„Die bürokratische Konzentration aller entscheidenden Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte, über das gesellschaftliche Eigentum, die Macht und das geistige Leben der Gesellschaft hat freie Selbstbestimmung, Eigeninteresse und Verantwortung für sich und die Gesellschaft untergraben. Der administrative Sozialismus führte gesetzmäßig zu Stagnation, Krise und Fäulnis.“

Bereits die gewählte Textstruktur, die den Gedankengang vom geistigen Leben über Politik und Recht zu den Fragen der Wirtschaft führt (im Gegensatz eben zum Basis-Überbau-Modell und dem SED-üblichen Dreischritt von Ökonomie, Macht und Ideologie), insbesondere aber die Deutung der Kultargesellschaft als derjenige gesellschaftlichen Sphäre, die leitend und regulierend die anderen dominiert und deren jeweils spezifische interne Wettbewerbsstruktur auf die Interessen und Bedürfnisse der Individuen ausrichtet, kündigt von der erreichten Integration von moderne- und evolutionstheoretischem Ansatz. In Abgrenzung von kapitalistischer Profit- und staatssozialistischer Machtdominanz (angesichts der von ihnen erzeugten Bedrohungen) heißt es:

„Die globalen Probleme werden in allen bestehenden Gesellschaftsordnungen durch staatliche und ökonomische Monopolbildung bis zur Existenzgefährdung verschärft statt gelöst. An die Stelle der rücksichtslosen ökonomischen und machtsstaatlichen Ausbeutung der natürlichen Umwelt und unserer eigenen Menschennatur muß weltweit etwas anderes treten: die wirksame Regulierung des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs nach neuen kulturellen Zwecksetzungen, Normen und Werten.“

Die Orientierung auf Pluralität und Wettbewerb faßt sich hinsichtlich der politischen Sphäre in folgender Aufgabenstellung und Grundposition zusammen:

„Die politische Reform hat den eingeleiteten Prozeß der Zerschlagung des administrativen, bürokratisch-zentralistischen Systems der Machtausübung durch den Partei- und Staatsapparat gewaltfrei zu vollenden. Demokratischer Sozialismus und Machtausübung einer Partei schließen sich aus.“

Unter der Überschrift „Für eine effektive, sozial und ökologisch orientierte Wirtschaft“ heißt es:

„Es geht darum, ein innovations- und lernfähiges Wirtschaftssystem zu schaffen, das sich fortwährend selbst erneuert, flexibel reagieren kann und das eigenständig nutzbare Entwicklungsmöglichkeiten für alle sichert. ... Wettbewerb ist für ökonomische Entwicklung unverzichtbar. ... Der Erfolg der Wirtschaftsreform hat die ökonomische Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe für ihren Reproduktionsprozeß zur Voraussetzung. ... (D)ie Entwicklung vielfältiger Eigentumsformen - privater, genossenschaftlicher, staatlicher und Mischformen sowie Joint ventures - (ist) notwendig. Aktiengesellschaften können ausländische Beteiligungen ermöglichen ... Die notwendige zentrale Steuerung der Wirtschaft erfolgt vor allem durch Geld-, Kredit- und Finanzpolitik sowie durch Staatsaufträge.“

Angesichts der Gefahr der „Verselbständigung der ökonomischen Rationalität gegen die kulturellen und sozialen Interessen der Menschen und gegen die natürliche Umwelt“ wird ein Netzwerk von Gegenmacht-Institutionen konzipiert: Gewerkschaften und Betriebsräte, Ökologieverbände und Verbraucherorganisationen, gesellschaftliche Räte in den Betrieben, öffentliche Aufsichtsräte sowie Wirtschafts- und Sozialräte.

Mit dem Programmtext endete die institutionelle Existenz des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus. Einerseits gab es bereits im Erarbeitungsprozeß differente Orientierungen - so brachte sich beispielsweise Rainer Land nur zurückhaltend ein, Hans-Peter Krüger zog sich vor der Fertigstellung zurück - und wurden Verlauf und Ergebnisse des Außerordentlichen Parteitag-Ausgangspunkt je unterschiedlich geprägten politischen Engagements; andererseits forderten die sich vollziehenden Reorganisationsprozesse in der Wissenschaft Aufmerksamkeit wie Aktivität und boten andere Institutionalisierungsformen an. Einige Akteure des Projekts arbeiteten im „Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung“ der Humboldt-Universität noch eine Zeitlang eng zusammen. Die zeitweilig im Projekt integrierten politischen Bestrebungen und wissenschaftlichen Themenrichtungen differenzierten sich aus und wurden mehr und mehr individuell verfolgt: Verfassungsfragen avancierten zum zentralen Gegenstand der wissenschaftlichen Tätigkeit Rosemarie Wills - sie war an der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches beteiligt -, politisch aktiv ist sie gegenwärtig insbesondere als Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Michael Brie befaßte sich kontinuierlich weiter mit der theoretischen Deutung des Staatssozialismus und prägt nach wie vor die programmatische Arbeit der PDS wesentlich mit. Rainer Land verfolgte im Frühjahr 1990 das Projekt einer „Unabhängigen Sozialistischen Partei“ und setzte seine wissenschaftliche Arbeit zu Fragen der Regulation sozialökonomischer Entwicklung fort. Als Sozialwissenschaftler arbeiten Hans-Peter Krüger weiterhin zum Moderne-Problem, Dieter Segert zu politikwissenschaftlichen Fragestellungen; demgegenüber sahen Jürgen Jünger und Wilfried Ettl ihre persönliche Perspektive in einer Tätigkeit außerhalb der Wissenschaft.

Fall 5: Direkt neben dem Zentrum der Macht: Rolf Reißig

Als Direktor des Instituts für Wissenschaftlichen Kommunismus an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften (Gewi-Akademie) orientierte Rolf Reißig auf die Profilierung dieses ‚Grundbestandteils des Marxismus-Leninismus‘ als politische Wissenschaft und die undogmatische Bearbeitung der jeweiligen wissenschaftlichen Themenfelder. Zum internen Diskussionskreis gehörten neben Frank Berg auch Bärbel Möller, Robert Weiß und Reinhard Lochner. Ein thematischer Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit wurde ab Mitte der 80er Jahre, ausgehend von der Problematik Krieg/Frieden, die Reflexion der neuen Konturen der Systemauseinandersetzung. Die in Arbeitspapieren und Publikationen schrittweise vollzogene Abwendung von traditionellen Vorstellungen mündete 1987 in die wirkungsmächtigen Ausführungen des SED/SPD-Dokuments „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Ausgangspunkt seiner Erarbeitung war die im Rahmen des seit 1983 zwischen Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Grundwertekommission der SPD geführten Gedankenaustauschs veranstaltete Diskussion zum Thema „Friedliche Koexistenz und ideologischer Kampf“ vom Februar 1986. SED- und SPD-Seite hatten im Vorfeld schriftliche Ausarbeitungen vorgelegt; Reißig hielt für die SED-Seite das Einführungsreferat. Im Unterschied zu den früheren Beratungen zeichneten sich inhaltliche Übereinstimmungen ab, man einigte sich darauf, die Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes in Angriff zu nehmen. Beauftragt wurden damit Rolf Reißig und Thomas Meyer. Im Gespräch erzählt Reißig:

„Wir waren gleich der Meinung, daß das kein bloßes Protokoll [der stattgefundenen Debatte] werden soll. Da ist auch Meyer viel zu ehrgeizig - das muß ein richtiger Wurf werden, wir werden etwas machen, das in Ost und West auch Diskussionen auslöst. Und wir haben uns dann über die Struktur verständigt und unsere Arbeitsweise. Zu den Schwerpunkten Friedenssicherung und Systemauseinandersetzung als Wettbewerb der Gesellschaftssysteme habe ich die ersten Arbeitsentwürfe gemacht, Meyer zu den Fragen Kultur des politischen Streits und Dialog. Wir haben uns in der Akademie in meinem Arbeitszimmer getroffen und bei ihm in Freudenstadt, die Texte diskutiert und bearbeitet. Insofern habe ich mich natürlich auch intensiv mit den Fragen Streitkultur, Kritik, Dialog befaßt - man mußte ja sehen, welche Positionen aus der Sicht unserer Seite vertretbar sind und wo es möglicherweise Grenzen gibt.“ (Gespräch II, Zeile 152-161)

Die entstehende Ausarbeitung stimmte Reißig kontinuierlich mit Otto Reinhold, dem Akademie-Rektor ab, der seinerseits dazu im Kontakt mit der West-Abteilung des ZK stand. Nach Bestätigung der Endfassung durch das SED-Politbüro und den SPD-Parteivorstand wurde „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ Ende August 1987 der Öffentlichkeit vorgestellt - der Text wurde im „Neuen Deutschland“ publiziert, es gab Pressekonferenzen in Bonn und Berlin, im DDR-Fernsehen äußerten sich neben Reinhold und Reißig auch Erhard Eppler und Thomas Meyer als SPD-Vertreter.

Das SED/SPD-Papier fand in der DDR breite Resonanz, es war wohl dasjenige Dokument des SED-Reformdiskurses der 80er Jahre, das die stärkste Öffentlichkeitswirkung erreichte. Sein

kritisch-reformerischer Gehalt in bezug auf dogmatische SED-Ideologie und gesellschaftliche Praxis der DDR soll in einigen ausgewählten Aspekten benannt sein.

1. In seiner Grundanlage wie zentralen Einzelaussagen folgt der Text einem modernen kommunikationstheoretischen Paradigma und steht so quer zu dem von der SED als kommunistischer Partei beanspruchten Wahrheitsmonopol. Zwar wurden die sich unterscheidenden Standpunkte eines kommunistischen und eines sozialdemokratischen Sozialismusverständnisses dargestellt - diese Unterschiedenheit vermeidet aber den Weg in die Gegnerschaft. Sie ist zunächst eingebunden in die Anerkennung übergreifender - in diesem Sinne: universeller - Gesichtspunkte:

- gemeinsamer Menschheitsaufgaben, deren Bewältigung im Interesse beider Systeme liegt (Kriegsgefahr, ökologische Katastrophe, Unterentwicklung);
- gleichartiger Kriterien für den Wettbewerb der Gesellschaftssysteme (Beitrag zur Lösung der übergreifenden Menschheitsfragen, Entfaltung von Humanität, lebendiger Demokratie und Menschenrechten, Chance zur Persönlichkeitsentwicklung);
- allgemeiner Regeln zur Form der Auseinandersetzung (Kultur des politischen Streits, Dialog).

Zudem wird eine Gestalt von Interaktion und Kommunikation im Systemwettbewerb umrissen - und exemplarisch vorgeführt -, die sich im Begriff des ‚Perspektivenwechsels‘ verdichten läßt. Explizit wird beispielsweise formuliert, „daß jede Seite die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite mit bedenkt und respektiert“. Und: „Beide Seiten müssen zu verhindern versuchen, daß sie vom jeweils anderen so wahrgenommen werden, als seien sie auf Expansion, ja gewaltsame Expansion angelegt.“ Indem so die Deutung der anderen Seite zum Moment der eigenen Handlungsprämisse wird, vollzieht sich gleichermaßen der Abbau von Feindbildern und Bedrohungsängsten.

2. Das SPD/SED-Dokument war als solches und in seinen Kernthesen nicht mit essentiellen Inhalten von SED-Ideologie und dogmatisiertem Marxismus-Leninismus in Übereinstimmung zu bringen. Daß seine Erarbeitung überhaupt gelang, revidierte - wie auch die Bestimmung des Dialogs als Form der politisch-geistigen Auseinandersetzung - die Vorstellung vom ideologischen Klassenkampf und vom Klassengegner. Eine Friedens- und Reformfähigkeit des Kapitalismus widersprach zentralen Postulaten der (Leninschen) Imperialismustheorie - der Gesetzmäßigkeit von Aggressivität und Verschärfung der allgemeinen Krise. Die aus der These vom langfristigen Systemwettbewerb und den dazu formulierten Kriterien notwendig folgende Offenheit seines Ausgangs stand im Kontrast zu Grundaussagen wie der vom Charakter unserer Epoche als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und der historischen Überlegenheit des Sozialismus. Indem so wesentliche Momente insbesondere von Revolutions-, Epoche- und Imperialismustheorie zurückgenommen wurden, problematisierte sich die inhaltliche Konsistenz der nach wie vor dominant traditionellen Ideologie und Gesellschaftswissenschaft. Dies ist auch insofern bedeutsam, als in den vielfältigen Formen ‚politisch-ideologischer Arbeit‘ - vom marxistisch-

leninistischen Grundlagenstudium über Parteilehrjahr und FDJ-Studienjahr bis hin zu Diskussionsveranstaltungen und Foren - letztlich keine in sich geschlossene, widerspruchsfreie und gehaltvolle Gesellschaftsdeutung mehr angeboten werden konnte. Demgegenüber wurden gerade mit Verweis auf Aussagen des SED/SPD-Dokuments dogmatische Positionen kritisiert und in Frage gestellt.

3. Das Dokument sprach von der Reformfähigkeit beider Systeme, setzte damit eine Reformbedürftigkeit auch des Sozialismus voraus und präzierte diese insbesondere hinsichtlich der politischen Öffentlichkeit: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems möglich sein.“ Dieser ‚innere Dialog‘ sei zu fördern: „Nur so ist es möglich, daß öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so daß Mißlungenes verworfen, Gelungenes festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann.“ Eine „umfassende Informiertheit der Bürger“ bedürfe u.a. des Zugangs zu Zeitungen und Publikationen der jeweils anderen Seite - für die DDR also solche aus der Bundesrepublik - und beinhalte auch „Besuch und Gegenbesuch“. Diese Formulierungen waren kritisch gegen konkrete Aspekte der staatlichen und Parteipolitik zu wenden, mit der Allgemeinheit des Terminus „offene Diskussion“ konnten zugleich grundsätzliche Veränderungsvorstellungen verbunden werden. Das SED/SPD-Papier bestärkte so die Reformkräfte, die auch in der DDR auf Entwicklungen analog zum sowjetischen Kurs von Glasnost und Perestroika hofften, und diente gleichfalls als Berufungsdokument für Aktivitäten und Positionen von Akteuren der Bürgerbewegung.

Der Publikation des SED/SPD-Dokuments folgte die baldige Distanzierung der SED-Führung von dessen Inhalt und Geist. Reißig wurde untersagt, den Einladungen aus Kirchenkreisen zu Diskussionen über das SED/SPD-Papier zu folgen. Sein in der „Berliner Zeitung“ vom 21. Januar 1988 unter dem Titel „Soll doch jeder im Wettstreit seine Möglichkeiten zeigen“ veröffentlichtes Interview - es akzentuierte vor allem die neuen Konturen des Systemwettstreits - zog eine längere persönliche Unterweisung durch Hager nach sich, in der dieser forderte, die Überlegenheit des Sozialismus zu propagieren und entgegen den Anfechtungen aus West und Ost zu ideologischer Klarheit beizutragen.

Reißig berichtet im Gespräch, „daß alles relativ rasch abgeblockt wurde, auch die Vorschläge, die wir dann unterbreitet hatten. Das waren schon ernsthafte Vorstellungen, wir waren der Auffassung, daß das Dialog-Papier keine Augenblickssache sein sollte, daß das fortgesetzt werden sollte, und hatten Hager, bzw. über Hager dem Politbüro einige Vorschläge unterbreitet. Wir wollten eine öffentliche Debatte und schlugen eine Diskussionsreihe im Neuen Deutschland mit 12 Themen vor. Was heißt Friedensfähigkeit des Kapitalismus? Was heißt Reformfähigkeit in Ost und West? Was heißt Innen- und Außendialog? - solche und weitere Themen sollten von DDR-Wissenschaftlern diskutiert werden, auch westdeutsche Wissenschaftler sollten einbezogen sein. Zweitens sollte eine Broschüre mit dem SED/SPD-Dokument und den entsprechenden Stellungnahmen aus Ost und West veröffentlicht werden. Wobei wir auch ablehnende, kritische Stellungnahmen wie die der CDU vorgesehen hatten, so daß auch in dieser Richtung etwas in Bewegung kommen sollte. Die Einsetzung einer gemeinsamen Schulbuchkommission war ein dritter Vorschlag.“ (Gespräch II, Zeile 217-229)

Die enge institutionelle Bindung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften an Parteiführung und Parteiapparat bewirkte, daß sich deren verstärkt antireformatorische Positionierung in internen Differenzierungsprozessen niederschlug. Es kam zu wissenschaftspolitischen Weichenstellungen, die den Ausbau und die Zusammenführung kritisch-reformerischer Ansätze zu gehaltvollen Gestaltungskonzepten blockierte. Die Begrenztheit der so erreichbaren Resultate dokumentieren u.a. die im Frühsommer 1989 vorgelegten Parteitagsstudien. An der Erarbeitung der von Reinhold zu verantwortenden zentralen Studie „Der Sozialismus in den 90er Jahren“ war - wie auch die anderen Institutsdirektoren - Reißig beteiligt; die Studie „Zur weiteren Entfaltung und Vervollkommnung der Demokratie“ wurde von Mitarbeitern seines Instituts angefertigt. Resümierend formuliert Reißig:

„Es war so, daß die Entwicklung an der Gewi-Akademie sich gegenteilig zu dem vollzog, was ich mir wünschte und vorstellte, und wofür es zunächst ja auch viele positive Anzeichen gab. Es gab gewisse Öffnungstendenzen, ernsthafte Bestrebungen, Reformdebatten zu initiieren, so etwas wie eine Aufbruchsstimmung. Mit der zunehmenden Ablehnung Gorbatschows durch Honecker, Mittag und andere, die der Gewi-Akademie über Hager vermittelt wurde, nimmt das Widerstandspotential in der Gewi-Akademie nicht etwa zu, sondern spaltet sich auf. Es kommt sowohl zu Resignation wie auch zu latentem Widerspruch, vor allem aber zu einem unheimlichen Anpassungsverhalten, und das wird insbesondere von Otto Reinhold getragen. Nicht weil er unbedingt davon überzeugt war, daß alles richtig ist, aber er hatte über die Jahrzehnte zu taktieren gelernt und war der Auffassung, man müsse Positionen zurückhalten, bis der Freiraum gegeben ist. Damit war es nicht mehr möglich, weitreichende neue Dinge, die schon ansatzweise erarbeitet waren, weiterzuführen, zuzuspitzen. Im Unterschied zum Forschungsprojekt Sozialismustheorie an der Humboldt-Universität wird das also nicht weiter geöffnet, sondern die Sache sozusagen auf Schmalspur fortgesetzt. Das ist ein Rückschritt, eine Stagnation, und dafür stehen die Parteitagsstudien. Sicherlich in unterschiedlichem Ausmaß; was da formuliert wird, hebt sich schon von den Sichtweisen Hagers oder Honeckers ab, die ja nun völlig erstarrt waren. Aber es war nicht das, was möglich war, was schon angedacht und aufgeschrieben war, geschweige denn das, was real erforderlich gewesen war an wissenschaftlich-theoretischem Denken. Man muß sehen, daß es an der Gewi-Akademie, auch an unserem Institut, ziemlich verhärtete Positionen gab. Die Demokratiefrage ist da eingeschlossen. Es war gewissermaßen ein ständiges Wanken und Schwanken von Positionen, bedingt durch die Auseinandersetzung zwischen denen, die das weitertreiben wollten, und denen, die abblockten unter taktischen Gesichtspunkten - jetzt muß man erst einmal abwarten, was im ZK-Gebäude geschieht, damit wir nicht vorher abgehängt werden, sondern dann in die Veränderungen einsteigen können. Die Studien jedenfalls blieben hinter all dem zurück, was damals erforderlich war.“ (Gespräch II, Zeile 577-601)

Rolf Reißig und sein enger Mitarbeiter Frank Berg wandten sich etwa seit 1987 in ihrer wissenschaftlichen Arbeit unmittelbarer als vordem Fragen der Sozialismusentwicklung selbst zu; zum Thema wurden Demokratie und Menschenrechte. Für die Art und Weise, wie sie die traditionell-dogmatischen Auffassungen überschritten, war ihre Einbindung in zwei Diskussionszusammenhänge belangvoll: einerseits waren sie beteiligt an den Debatten einer deutsch-deutschen Wissenschaftlergruppe zu konzeptionellen Fragen eines wissenschaftlichen Systemvergleichs, andererseits einbezogen in die Diskussion zwischen Wissenschaftlern sozialistischer Länder zur Menschenrechtsproblematik - das Institut war betraut mit der Koordination des „Multilateralen Wissenschaftlichen Problemrats von Bruderparteien sozialistischer Länder zu Fragen der Menschenrechte“. In Publikationen, Vorträgen und internen Materialien stellten Reißig und Berg ihr reformorientiertes Demokratie- und Menschenrechtsverständnis dar; beispielsweise werden in

der von Reißig verantworteten Studie des Problemrats vom April 1989 die zu überwindenden Momente realsozialistischer Menschenrechtsauffassung prägnant benannt.

Wörtlich heißt es: „Die Gesellschaftswissenschaftler mehrerer Bruderparteien schätzen ein, daß es in der Vergangenheit in Theorie und Praxis ihrer Länder Unterschätzungen und Trivialisierungen hinsichtlich der Menschenrechte gab. Sie sollten endgültig überwunden werden. Dazu gehören solche fehlerhaften Positionen wie:

- ein mehr oder minder mechanisches Verständnis der Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen oder der Unterordnung individueller unter gesellschaftliche Interessen;
- die falsche Auffassung, daß durch gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln und politische Macht der Arbeiterklasse schon ‚automatisch‘ die Fragen der Menschenrechte auf qualitativ höhere Weise gelöst seien;
- die Unterschätzung der persönlichen und politischen Grundrechte im Vergleich zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten;
- die Unterschätzung der juristischen Garantien für die persönlichen Rechte der Bürger gegenüber dem Staat und der Gesellschaft.“³⁵

In einigen ihrer Ausarbeitungen thematisieren Reißig und Berg Notwendigkeit und Inhalte von Demokratieentwicklung über die Bestimmung allgemeindemokratischer Werte, Mechanismen und Prinzipien. Diese die konkreten Zustände und Entwicklungen in Kapitalismus wie Sozialismus normativ übergreifenden Gesichtspunkte fungieren als Kriterien eines politikwissenschaftlichen Systemvergleichs und damit zugleich als allgemeine Richtungsbestimmung von Demokratieentwicklung im Sozialismus. So werden die Reformprozesse in den anderen sozialistischen Ländern als Realisierungsschritte allgemeindemokratischer Mechanismen verteidigt und Forderungen an die DDR-Entwicklung hinsichtlich Öffentlichkeit, Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit gestellt - wenn auch in abstrakter und begrifflich unentwickelter Form. Dieser ‚universalistische‘ Ansatz findet sich in einer von Reißig eingebrachten Rektoratsvorlage vom August 1989, die auf die Institutionalisierung des Systemvergleichs als neuer Forschungsrichtung abzielte, wie auch in den von Berg erarbeiteten Abschnitten des Textes „Theoretische Grundfragen des Verhältnisses von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie“. Hier heißt es u.a.:

„4.4. Gleichzeitig hat der Zivilisationsfortschritt der Menschheit eine ganze Reihe allgemeiner Merkmale der Demokratieentwicklung hervorgebracht, deren Realisierung im Wettstreit der Gesellschaftssysteme und für den sozialen Fortschritt in der inneren Entwicklung beider Systeme an Bedeutung gewinnt. Dazu gehören offensichtlich die folgenden allgemeindemokratischen Mechanismen und Prinzipien:

- öffentlicher Diskurs über die grundlegenden Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung;
- politische Artikulierung und Durchsetzungsmöglichkeiten der Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen und Kräfte in der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen;
- Ausprägung demokratischer Mechanismen wie Wählbarkeit und Abberufbarkeit der Entscheidungsträger, Mehrheitsprinzip;
- Unterscheidung der Verantwortlichkeiten für Legislative, Exekutive, Judikative bei Priorität der Legislative;
- Verbindung von direkter und repräsentativer Demokratie;

³⁵ Multilateraler Wissenschaftlicher Problemrat von Bruderparteien sozialistischer Länder zu Fragen der Menschenrechte: Konzeptionelle Grundlagen der gegenwärtigen Politik der Bruderparteien sozialistischer Länder auf dem Gebiet der Menschenrechte. Studie, April 1989, 13. Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Reißig, Berg, Band 2.

- demokratische Ausgestaltung und Kontrolle aller gesellschaftlichen Leitungs- und Entscheidungsmechanismen;
- Einheit von Demokratieentwicklung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft;
- allseitiger Ausbau der Rechtssicherheiten für den einzelnen Bürger und insgesamt der Rechtsstaatlichkeitsprinzipien (z.B. Ausbau der Rechtsmittel gegenüber Entscheidungen staatlicher Organe; Unabhängigkeit der Gerichte; Ausprägung der unterschiedlichen Funktionen von Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft; Einheit von Rechten und Pflichten für Bürger und Staatsorgane; Priorität des Gesetzes im System der normativen Akte des Staates). ...

5. Es ist notwendig, einen marxistisch-leninistischen Systemvergleich zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie zu entwickeln.

5.1. Bisher findet man in der marxistisch-leninistischen Literatur der DDR nur vereinzelte Positionen zum intersystemaren Vergleich zur Demokratie bzw. zum politischen System, die meist in Verbindung mit der kritischen Auseinandersetzung zu bürgerlichen Vergleichsversuchen stehen. Insgesamt gesehen, dominierte bislang eine ablehnende Haltung zur Notwendigkeit eines marxistisch-leninistischen Systemvergleichs auf diesem Gebiet. Der ablehnende Standpunkt gegenüber intersystemaren Demokratievergleichen und die damit verbundenen Argumente weichen zunehmend einer konstruktiven Befürwortung eines international dialogfähigen marxistischen Systemvergleichs. Der Vergleich der Demokratien beider Systeme dient der exakteren Bestimmung der erbrachten Leistungen, Vorzüge und internationalen Wirkungsmöglichkeiten des Sozialismus, der weiteren Herausforderungen an die sozialistische Demokratie, befördert Erkenntnisse zur bürgerlichen Demokratie, zu wirkungsvollerem politischen Dialog und ideologischer Auseinandersetzung. Er ermöglicht die Erschließung wissenschaftlich fundierter Möglichkeiten, vom jeweils anderen System zu lernen. Eine solche Lernfähigkeit bedeutet für den Sozialismus nicht, Anleihen von der bürgerlichen Demokratie vorzunehmen, sondern wird so verstanden, die dort in bestehenden oder neu entstehenden Formen, Funktionen und Erfahrungen - meist aus Forderungen, Aktionen und Auffassungen demokratischer Massenbewegungen herrührend - enthaltenen allgemeindemokratischen Lösungen aufzugreifen und auf die Bedingungen des Sozialismus zu adaptieren, um alle von der Menschheit hervorgebrachten demokratischen Errungenschaften für den Sozialismus zu nutzen. Insofern ist der Systemvergleich auch ein Instrumentarium, die bürgerliche Demokratie als ein ‚Anregungspotential‘ für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie offenzulegen und in die marxistische Diskussion einzubringen.“³⁶

Ihre Vorstellungen notwendiger Demokratieentwicklung konkretisierend und schrittweise radikalisiert, brachten sich Reißig und Berg in die im Oktober 1989 eruptiv aufbrechenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse ein. Der am 4./5. November im „Neuen Deutschland“ erschienene Text „Zur Erneuerung der sozialistischen Demokratie“ war einer der ersten gesellschaftswissenschaftlichen Standpunktdarstellungen, die, konzeptionell angelegt, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich waren. Die Standpunktentwicklung von Reißig und Berg soll exemplarisch nur hinsichtlich eines Problems gezeigt werden, welches jedoch für die Prozesse und Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung in der DDR von zentralem Stellenwert war und sich für sie als Mitarbeiter einer der SED direkt zugeordneten Wissenschaftsinstitution zugleich als besonders brisant darstellte: der Rolle der Partei.

Im ND-Aufsatz vom 4./5. November heißt es in Abhebung vom bisher üblichen dogmatischen Argumentationszusammenhang - historische Mission der Arbeiterklasse / Führungsrolle / Kern des politischen Systems: „Die marxistisch-leninistische Partei kann ihre Legitimation als politisch führende Partei nur aus der Vertretung grundlegender Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes der DDR erhalten. Notwendig ist der weitere Ausbau demokratischer Formen ihrer Legitimation als politische Führungskraft in Staat und Gesellschaft. Der Verfassungsgrundsatz der führenden Rolle der

³⁶ F. Berg, G. Fechner, H. Kinzel, W. Schmidt, D. Segert: Theoretische Grundfragen des Verhältnisses von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie. Vorlage zur Tagung der Problemräte „Sozialismus und Systemauseinandersetzung“ und „Politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft“ am 14.7.1989, Juni 1989, S. 17/18, 20. Unveröffentlicht, Archiv, Bestand Reißig, Berg, Band 2.

SED ist kein Privileg, sondern eine Verpflichtung, alles Fortschrittliche in der Gesellschaft aufzuspüren, für die Entwicklung des Sozialismus zu nutzen und sich selbst durch die Kraft des Beispiels an die Spitze der gesellschaftlichen Erneuerung zu stellen.“ Und: „Erforderlich ist eine Entflechtung von Partei und Staat ... Die politische Führung der SED darf sich nicht über direkte Eingriffe in den Leitungsprozeß von Staat und Gesellschaft vollziehen, sondern erstens über ihr inhaltlich orientierendes, strategiebildendes Wirken in der Gesellschaft, zweitens über die ideologische, politische Orientierung und Mobilisierung der Werktätigen, drittens über das Anstreben von Mehrheiten in der Bevölkerung und in den zu wählenden Volksvertretungen ... und viertens in der gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den anderen Parteien des demokratischen Blocks.“ Diese - zugegebenermaßen zurückhaltenden - Formulierungen binden eine SED-Führungsrolle jedenfalls nicht mehr an entsprechende Verfassungsaussagen und administrative Einflußpotentiale - abgehoben wird auf die Überzeugungskraft ihres Wirkens in der Bevölkerung. Legitimität als politische Führungskraft ist so nicht von vornherein gegeben, sondern muß erworben werden. Der sie feststellende Mechanismus wird in dem von Reißig mit erarbeiteten Standpunktpapier „Was erwarten wir von der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED?“ deutlicher benannt: „Wir müssen uns künftig im Wettstreit mit anderen politischen Kräften der Gesellschaft demokratischen Wahlen stellen.“³⁷ Ein pluralistisches Parteien- und konkurrenzdemokratisches Wahlsystem, so wird erkannt, akzeptiert und vertreten, schließt die Möglichkeit des Verlustes politischer Macht ein. Ein Zeitungsbericht referiert die Ausführungen Reißigs auf der Konferenz des Aspen-Instituts von Ende November folgendermaßen: „Die Entscheidungen über die Politik in der DDR sollten künftig ‚nicht mehr im Politbüro fallen, sondern in der freigewählten Volkskammer‘. Nach solchen freien und geheimen Wahlen könnte die SED genauso gut Oppositionspartei werden, wie es möglich sein solle, daß die bisherige Oppositionsgruppe Neues Forum in die Regierungsverantwortung gelange“³⁸; die Dispositionsgewalt über die Grundlinie zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung wird von der Partei auf die Bevölkerung übertragen: „Ein ... Konzept [eines neuen Sozialismus] könnte, oder richtiger, müßte mehrheitsfähig werden, denn nur dann hat der Sozialismus in der DDR eine Zukunft.“³⁹ Damit wird, eingebunden in die Gedankenentwicklung zur Kontur eines zukunftsfähigen politischen Systems insgesamt, jede dem Wahlverfahren und der Mehrheitsregel vorgeordnete materiale Führungsvorstellung der Partei schließlich obsolet und aufgegeben; im Beitrag der Gewi-Akademie - Reißig war unterdessen zum amtierenden Rektor gewählt worden - zur Programmdebatte der SED-PDS von Mitte Dezember heißt es: „Im politischen System der Gesellschaft versteht sich die Partei als ein gleichberechtigter Partner der übrigen Parteien und Bewegungen ... Indem sie auf jeden Führungsanspruch verzichtet, ringt sie mit ihrem theoretisch-strategischen Beitrag und ihren politischen Leistungen um ein entsprechendes Gewicht in der Gesellschaft.“⁴⁰

An der Erarbeitung des Akademie-Textes zur Programmdiskussion des Außerordentlichen Parteitags wirkte Reißig koordinierend und neben Frank Adler die Gesamtreaktion verantwortend mit; Berg brachte ein Arbeitspapier zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. In ihrer sozialismuskonzeptionellen Arbeit nahmen Reißig und Berg im Herbst 1989 verstärkt Anregungen anderer sozialwissenschaftlicher Disziplinen und Forschungszusammenhänge auf, u.a. kamen ihnen auch Ausarbeitungen des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus zur Kenntnis. Ihr Denken zielte auf eine Gestalt sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich einerseits von kapitalistischen Eigentums-, andererseits von realsozialistischen Politikstrukturen abhebt.

³⁷ In: Berliner Zeitung vom 9.11.1989, S. 11.

³⁸ U. Schlicht: Selbstkritik und Unterstützung für mehr Demokratie. Die Vorstellungen von DDR-Vertretern auf einer internationalen Aspen-Konferenz, in: Der Tagesspiegel vom 30.11.1989, S. 24.

³⁹ Sozialismus am Ende? oder neuer Anfang?, in: horizon Nr. 12/1989, S. 3.

⁴⁰ Für einen menschlichen, demokratischen Sozialismus in der DDR, in: Neues Deutschland vom 16./17.12.1989, S. 4.

Fall 6: Der Entschluß zur Dissidenz: Rolf Henrich

Rolf Henrich nahm 1964 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein Studium der Rechtswissenschaften auf - zu seinen akademischen Lehrern gehörten u.a. Gerhard Haney und Gerhard Riege -; im gleichen Jahr wurde er Mitglied der SED. Politisch engagiert und intellektuell ambitioniert, orientierte er sich zunächst auf eine wissenschaftliche Laufbahn. Nach dem Wechsel an die Humboldt-Universität zu Berlin geriet er jedoch in die dortigen Auseinandersetzungen um die Reformprozesse in der ZSSR und deren Niederschlagung durch die militärische Intervention der Warschauer-Vertrags-Staaten - eine Studie über die „Verinnerlichung von Normen“ wurde ob ihres ‚revisionistischen Gehalts‘ nicht als Diplomarbeit anerkannt und erst mit der Bearbeitung eines anderen Themas konnte Henrich seine Ausbildung zum Diplomjuristen abschließen, sein Forschungsstudium mußte er abbrechen. Seit 1973 arbeitete Henrich als Rechtsanwalt in Eisenhüttenstadt, von 1973 bis 1983 war er Parteisekretär des Bezirkskollegiums Frankfurt (Oder). Die problematischen und frustrierenden Erfahrungen in Mandantenvertretung und Funktionsausübung verstärkten die Distanz gegenüber vormals selbst akzeptierter Parteiideologie und drängten zur begreifenden Reflexion der gesellschaftlichen Wirklichkeit und des eigenen Platzes darin. Henrichs intellektuell-moralisches Umdenken vollzog sich über eine kontinuierlich betriebene breite Aufnahme sozialwissenschaftlichen Gedankenguts und wurde befördert durch die Kommunikation in einem privaten Freundeskreis. Belangvoll wurde insbesondere Rudolf Bahros „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“. In dem seinem Werk „Der vormundschaftliche Staat“ beigegebenen Text „Warum ich dieses Buch geschrieben habe“ beschreibt Henrich seinen geistigen Entwicklungsprozeß. Hier heißt es u.a.:

„Ich habe wirklich daran geglaubt, daß die Gesellschaftsformation, in der wir leben, der praktische Fortschritt sei gegenüber dem kapitalistischen Westen ... Der Bau der Mauer war damals für mich durchaus eine notwendige, wenngleich vorübergehende Maßnahme politischer Machtausübung. Mit ihrer Hilfe wollten wir ja die Voraussetzungen schaffen, damit sich die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation ungestört entfalten konnten. ... Es mag einer heute nur schwer verständlichen politischen Naivität geschuldet gewesen sein: Doch in der Mitte der sechziger Jahre gewann ich tatsächlich den Eindruck, die politökonomischen Verhältnisse in der DDR würden sich auf der ganzen Linie zum Besseren wenden. In den Betrieben und Kombinat wurden damals ansatzweise Formen der Arbeiterselbstverwaltung ausprobiert (Produktionskomitees, gesellschaftliche Räte). Und unser Rechtswesen wurde gründlich reformiert. Erst mit dem Einmarsch deutscher Truppen in die ZSSR wurde mein Glaube an die historische Überlegenheit des Sozialismus in seinen Grundfesten erschüttert. ... 1968 ist mir klargeworden, daß die marxistische Geschichtsauffassung in dieser konkreten Situation nunmehr beschworen wurde, um das imperialistische Machtgebaren der Politbürokratie zu legitimieren.“⁴¹

Im Gespräch berichtet Henrich: „Mein eigentlicher innerer Ausgangspunkt - es gab davor natürlich auch gewisse Überlegungen - war die Verurteilung von Bahro. ‚Die Alternative‘ erschien mir und meinen Freunden als letzte ernst zu nehmende theoretische Frucht des marxistischen Denkens. Dieses Buch war eine theoretische Plattform, der man nicht unbedingt zustimmen mußte, die aber ein solch akzeptables Niveau aufwies, daß man einfach nicht daran vorbei konnte. ... Der Kreis, in dem ich mich seinerzeit bewegte, umfaßte etwa acht bis zwölf Personen; zu ihm gehörten u.a. Hans-Joachim Maaz

⁴¹ R. Henrich: Der vormundschaftliche Staat, Leipzig und Weimar 1990, S. 310-312.

und ein weiterer Psychotherapeut, außer mir noch ein anderer Rechtsanwalt, Ludwig und Erika Drees - sie hat später das Neue Forum mit begründet - aus Stendal. Das war so ein engerer Zirkel, wie es für die damalige Zeit typisch war; man befragte sich immer: Was macht man? Und die Geschehnisse um Bahro waren ein ganz starker psychologisch-ethischer Impuls, sie brachten in das ganze Fragen eine gewisse Verbindlichkeit. In dem Sinne, daß man jetzt etwas tun muß, weil man sich sonst nicht mehr richtig im Spiegel ansehen kann, daß man jetzt selbst auch irgendwo Farbe bekennen muß - so jedenfalls geht es nicht weiter. Dieses Gefühl wurde für uns 1978/79/80 bestimmend, es war auch innerhalb der Partei erkennbar, beispielsweise im Parteilehrjahr. Ich war ja seinerzeit Parteisekretär im Kollegium der Rechtsanwälte, und auch dort wurde relativ offen debattiert. Sie konnten eigentlich alles sagen, mußten es vielleicht etwas anders verpacken. Einen praktischen Vorschlag zur Rechtspolitik, die uns natürlich besonders interessierte, konnte man diskutieren, es konnten auch alle einer Meinung sein - jedoch gelang es nie, ihn weiterzutransportieren. Das war die Schallmauer, da waren immer die Grenzen gesetzt. Damit durchzukommen scheiterte schon an dem für das Kollegium zuständigen Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung, er entschied, was er weiterreichte. Beispielsweise haben wir uns im Kollegium mit der Feierabendtätigkeit befaßt, es ging um folgendes: Die Baubilanzen reichten vorn und hinten nicht, die Betriebe waren bemüht, das über Feierabendtätigkeit zu regeln. Gemäß der einschlägigen Verordnung gab es ca. fünf Mark pro Stunde - dafür hätte natürlich niemand gearbeitet. Also wurden die Feierabendbrigaden über den Objektlohn motiviert, so kamen 10 bis 15 Mark heraus. So lief das, aber eine Zeitlang versuchte die Rechtspolitik, diese Leute zu kriminalisieren. Plötzlich wurden biedere Familienväter wegen Betrugs angeklagt. Da konnte man als Strafverteidiger oder über das Kollegium sagen: das ist Wahnsinn, das hat auch mit Betrug nichts zu tun, weil sich Betrieb und Feierabendbrigade ja faktisch einig waren. Man erreichte nichts. Irgendwann merkte man ganz oben, daß es so wohl auch nicht geht; die Bezirksleitung der SED wurde beauftragt, eine Analyse vorzulegen, sie reichte das an die Bezirksstaatsanwaltschaft weiter, die kam natürlich zur selben Position wie wir, und dann brachen die Prozesse wieder ab. Aber vorher wurden jahrelang Bauarbeiter angeklagt und verurteilt. Also selbst bei solchen auf der Hand liegenden Dingen gelang es nicht, etwas in den Apparat einzuspeisen oder irgendeinen Einfluß auf die Rechtspolitik, sei es Gesetzgebung oder Rechtsprechung zu nehmen.“ (Gespräch, Zeile 22-61)

Neben seiner anwaltlichen Berufsarbeit und außerhalb der akademischen Institutionen, durch eine umfängliche Rezeption klassischer und zeitgenössischer Literatur jedoch am sozialtheoretischen Diskurs partizipierend und die Debatten seiner intellektuell geprägten Kommunikationskreise aufnehmend, begann Henrich eingangs der 80er Jahre seine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus. Aus den zunächst erarbeiteten und im privaten Freundeskreis diskutierten Essays entstand das Buch „Der vormundschaftliche Staat“, das im April 1989 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde. Anregend für Henrichs eigenständige sozialtheoretische Konzeptionsentwicklung waren vor allem Bahros Wiederaufnahme des Begriffs der asiatischen Produktionsweise, die Habermassche „Theorie des kommunikativen Handelns“ mit ihrer Unterscheidung von System und Lebenswelt und die Vorstellungen Rudolf Steiners zur Ordnung des sozialen Organismus. Henrich schöpft gleichfalls aus seiner Kenntnis der antiken sowie der mittelalterlichen und klassischen deutschen Philosophie; vom fortlaufenden Verfolgen der offiziellen DDR-Gesellschaftswissenschaft, insbesondere der Rechtstheorie, kündeten die kritischen Bezugnahmen u.a. auf Klenner und Riege. Auf weitere wesentliche Einflüsse macht er im Gespräch aufmerksam:

„(Ich) muß natürlich auf Marx verweisen. Man war bemüht, das ist völlig klar, sich mit den Teilen seines Werks auseinanderzusetzen, die nach der offiziellen Doktrin weniger wichtig waren und linksengelassen wurden - mit dem vormarxistischen Marx sozusagen. Gerade diese Marx-Texte aufzunehmen, war ja innerhalb der Partei nicht unüblich, das haben wahrscheinlich viele Leute gemacht. Den ‚Grundrissen‘ und den ‚Ökonomisch-philosophischen Manuskripten‘ widmete man sich mit der größten Aufmerksamkeit. Insofern war Marx ein Baustein; ein anderer war die Beschäftigung unseres

Kreises mit der Psychotheraphie, hereingetragen wesentlich durch Hans-Joachim Maaz, der zunächst in Beeskow und später in Halle tätig war. Der klassische Freud, aber eben auch C.G. Jung und Adler; bis dahin, daß wir die Psychotheraphie auch ein Stück weit sozusagen praktizierten. Steiner wurde für mich im Grunde sehr spät bedeutsam, erst am Schluß des Konzeptbildungsprozesses, und zwar zunächst im Rahmen meiner inneren Auseinandersetzungen. Das Religiöse war für mich zeitweilig wichtig geworden, nicht in einer kirchlichen oder volkskirchlichen Weise, jedoch als Sinnfrage ... 2000 Jahre, und kein Gott zeigt sich.“ (Gespräch, Zeile 154-167)

„Der vormundschaftliche Staat“ dokumentiert, daß die theoretische Arbeit für Henrich Moment eines existentiellen, die Gesamtpersönlichkeit erfassenden, moralisch-politischen Selbstverständigungsprozesses war. Die DDR-Verhältnisse sollten, so seine Intention, reformiert werden. Dazu bedurfte es eines grundsätzlichen, theoretisch fundierten Nachdenkens - der kritischen Wirklichkeitsanalyse wie der gehaltvollen Konzeptbildung. Akteur der Veränderung, so Henrichs Position, ist nicht die herrschende Politbürokratie, sondern sind die vielen Einzelnen, die - ob in den Basisorganisationen der Partei oder in den alternativen Gruppen - beginnen, aus der staatlichen Vormundschaft herauszutreten. Seine Entscheidung, das Buch in der Bundesrepublik zu publizieren, um überhaupt Wirksamkeit in und für die DDR erreichen zu können, und als Bürger und Parteimitglied die dann möglichen Konsequenzen zu tragen, sollte dafür zugleich exemplarisches Beispiel sein.

Zu seinem Anliegen formuliert Henrich im Gespräch: „Im Grunde genommen ging es mir darum, etwas zu schreiben, das an die Debatten in der damaligen DDR anschließt, sowohl inhaltlich - die Thesen der Formationstheorie z.B. waren ja nicht nur den Parteimitgliedern vertraut - als auch im Sprachgebrauch. Dabei war neben der Kritik zugleich die Frage zu behandeln, wie man sozusagen aus dem Schlamassel herauskommen kann. Was also wird aus dem Volkseigentum? Wie kann man Unternehmen in einer Weise organisieren, daß sie am Wettbewerb teilnehmen können? Steiner hatte sich ausgangs des 1. Weltkrieges darüber Gedanken gemacht; in den USA existierten in großem Umfang solche gesellschaftlichen Formen wie die Mitarbeiter-GmbH ... Mit solchen Anregungen im Hinterkopf versuchte ich, an das Bewußtsein unserer Leute anzuschließen, ihnen ein Denkangebot vorzulegen.“ (Gespräch, Zeile 10-18) An anderer Stelle heißt es: „(I)ch wollte ja auch bewußt die Parteimitglieder erreichen. Mehr als zwei Millionen SED-Mitglieder gab es, da gehörten vielleicht 70 oder 80 Prozent der gesamten Intelligenz dazu, und ich hoffte, die auf diese Weise ansprechen zu können. Die theoretische Debatte hatte zur damaligen Zeit immer auch unmittelbar praktische Bezüge - theoretisch etwas in Abrede zu stellen oder in Zweifel zu ziehen, bedeutete im Grunde genommen, die Machtfrage zu stellen. Und wir waren durch unsere Erziehung weitgehend kopfgesteuert; meine Hoffnung war, wenn das Buch den Leuten auf den Tisch kommt, dann wird es bei ihnen solche Prozesse auslösen, wie ich sie schon vollzogen hatte, oder sie immerhin zuspitzen.“ (Ebenda, Zeile 86-93)

In dem Text „Warum ich dieses Buch schrieb“ erklärt Henrich: „Mir ist selbstverständlich bewußt: Mit der Veröffentlichung meines Buches ‚Der vormundschaftliche Staat‘ begehe ich in den Augen meiner Parteioberen ‚Verrat am Sozialismus‘! Lange Zeit, ich denke zu lange, hat mich die Aussicht auf diese Bewertung meines Tuns abgeschreckt. Und zwar nicht deshalb, weil mir noch etwas am bürokratischen Sozialismus gelegen wäre - der ist sowieso heutzutage reformbedürftiger als je zuvor. Nein, mich hat die Verratsvorstellung an sich geschreckt, denn unbewußt wollte ich lieber mit der Macht und der Mehrheit sein. Inzwischen bin ich mir jedoch sicher: Die Vormundschaft der Politbürokratie kann ohne Handlungen, welche den Machthabern als Verrat erscheinen müssen, gar nicht gebrochen werden. Anders gesagt: Wir müssen endlich das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung mit Leben erfüllen. ... Ich behaupte ..., daß der einzelne, der moralisch leben will, seine gesamte politische Tätigkeit letztendlich nur von jenem Grunde seines Daseins her bestimmen kann, wo er der Wegweisung des ‚inneren Menschen‘ gewahr wird, wo die Stimme des Gewissens lauter klingt als der Ruf der Partei. Zwischen der Parteilinie und dem Gewissen des einzelnen Mitglieds kann es immer wieder zu Divergenzen kommen. Das wird zuweilen dazu führen, daß Menschen ihre Mitgliedschaft beenden. Man

kann aber auch den Kampf für die Wahrheit und die Gerechtigkeit, die man meint, innerhalb der Partei aufnehmen und auf diese Weise ... [die] allgemeinmenschliche Front in der Partei stärken ...“⁴²

Das Problem der Mündigkeit des Individuums ist das Zentralthema des Buches „Der vormund-schaftliche Staat“. Henrich befragt den Staatssozialismus nach strukturellen Bedingungen wie nach subjektiven Handlungsmustern, die die Selbstbestimmung des Menschen verunmög-lichen, und entwickelt umrißhaft eine Vorstellung sinnerfüllter individueller Existenz und men-schengemäßer gesellschaftlicher Ordnung. Aus der Vielzahl der angesprochenen Momente sollen nur einige derjenigen herausgehoben werden, in denen sich sein Nachdenken über ge-sellschaftliche Strukturen und Legitimationsformen zusammenfaßt.

1. In Auseinandersetzung mit der offiziösen Theorie der Gesellschaftsformationen stellt Henrich sein Verständnis der Geschichtlichkeit des Sozialismus zur Diskussion. Er nimmt die Bahrosche Thematisierung der asiatischen Produktionsweise auf und radikalisiert sie. Das in der Sowjet-union ausgeprägte Sozialismusmodell sieht er in der Kontinuität der durch die Allmacht des Staates charakterisierten spezifisch östlichen Modernisierungsweise gesellschaftlicher Verhält-nisse. Die eigenständige Ausbildung und Entwicklung genuin gesellschaftlicher Akteure in Wirt-schaft, Politik und Kultur kam hier nicht zum Zuge, eigentliches Subjekt historischer Verände-rung und dessen Triebkraft blieb die zentralisierte Macht. Wie dieses Strukturmuster zum Kern des kommunistischen Parteiverständnisses geriet und welche Demokratiedefizite sich damit verbinden, demonstriert Henrich anhand einer Textanalyse der Organisationsdebatte zwischen Lenin und Luxemburg. Die in der Sowjetunion errichtete ‚Diktatur des Proletariats‘ erweist sich so als Erstreckung der Herrschaft der Parteibürokratie auf den gesellschaftlichen Gesamtorga-nismus zum Zwecke einer mit hartem Zwang durchzusetzenden Industrialisierung - deren Kos-ten macht Henrich mit dem Verweis auf das GULAG-System und die Massenrepressalien deut-lich. Das System des Staatssozialismus wird als ökonomische, industrielle Despotie begriffen, die Zentraltheoreme seiner Ideologie und Gesellschaftswissenschaft - wie die ‚führende Rolle der Partei‘ und die ‚welthistorische Mission der Arbeiterklasse‘ - als bloße Rechtfertigungsflös-keln der politbürokratischen Machtvollkommenheit entlarvt. Die Grundstruktur des Staatssozia-lismus faßt Henrich folgendermaßen zusammen:

„Mit der Zentralisierung der Eigentümerbefugnisse, der Aneignungsmacht hinsichtlich des erzeugten Mehrprodukts und der Direktion des ganzen lebendigen Arbeitsvermögens der Gesellschaft stellt sich die ökonomische Despotie - in ihrer Gestalt als bürokratisch organisierter Korpus - als das unbe-schränkte Subjekt des Volkseigentums in der staatssozialistischen Gesellschaft dar. In der Politbüro-kratie verkörpert sich der ordnende Wille, der gemeinsame Zweck der Gesellschaft, der für sich selb-ständig ist und demgegenüber sich die Willkür des Individuum und seiner Kollektive zu bescheiden hat. Die politbürokratische Autorität wird zum entscheidenden Bindeglied, welches den über den ein-zelnen Betrieb, die Städte und Gemeinden hinweggreifenden Handlungszusammenschluß wahrt. In der Subjektivität des General-Sekretärs erscheint die Rechtseinheit auf den Punkt gebracht. Er ist der Herr, um es mit Hegel zu sagen, der ‚dem Besondern entgegentritt‘.“⁴³

⁴² Ebenda, S. 317.

⁴³ Ebenda, S. 108.

2. Die Konstituierung des Staatssozialismus auf deutschem Boden fixiert Henrich als „Formati-
onsverdrängung“ (S. 76ff.) - die staatssozialistische Grundstruktur wurde unter dem Einfluß der
sowjetischen Besatzungsmacht durchgesetzt. „Ohne die vorübergehende, subjektiv durchaus
ernst gemeinte Inanspruchnahme traditioneller Zielvorstellungen der deutschen Arbeiterbewe-
gung und den moralischen Kredit derjenigen Kräfte, deren entschlossener Widerstand gegen
die Nazibarbarei über jeden Verdacht erhaben ist, wäre das nicht möglich gewesen.“ (S. 81)
Schritt für Schritt bildete sich in der Ostzone bzw. der DDR eine gesellschaftliche Ordnung her-
aus, die dem staatssozialistischen Modell entspricht und dessen Charakteristika aufweist: Herr-
schaft der Politbürokratie, Reproduktion der Macht über Kaderauslese, Formung aller gesell-
schaftlichen Sphären und Bereiche gemäß dem Machtinteresse, Entmündigung der Individuen.
Henrich beschreibt die in Recht, Politik, Wirtschaft und Kultur gegebenen Zustände, Dysfunktio-
nalitäten und Problemlagen pointiert kritisch. Er spricht beispielsweise von der „kulturellen Ver-
ödung“ (S. 94ff.), zeigt, daß die zentrale Macht in „periodischen Abständen gerontokratisch er-
starren muß“ (S. 119), identifiziert den staatlichen Wirtschaftsplan als Durchsetzungsinstrument
politbürokratischer Interessen und stellt die daraus resultierende Verfehlung von ökonomisch-
sozialer Effizienz (S. 130ff.; breiter am Beispiel des Wohnungsbauprogramms S. 144ff) und
Umweltverträglichkeit (S. 140) dar. Mit besonderer Ausführlichkeit und Schärfe widmet sich
Henrich der Analyse und Kritik des staatssozialistischen Rechts- und Sicherheitssystems der
DDR.

Eigenständige Abschnitte behandeln die historischen Quellen des politischen Strafrechts („Feierliches
Gedenken an Andrej J. Wyschinski“) und dessen zentrale Institutionen und Instrumente („Politischer
Prozeß“, „Politische Polizei (Tscheka)“). Die Herrschaft der Politbürokratie bedarf der „aufgeblähten
Gewaltpotentiale“, so Henrich, „als Garant der eigenen Sozialversicherung“ (S. 188). „Es geht um die
Verbreitung einer diffusen Atmosphäre der Ohnmacht und Angst bei den Menschen.“ (S. 191/192) Am
Beispiel einer Gruppe junger Leute, deren Diskussion über die Gefahren von Umweltverschmutzung
in die Erarbeitung einer Problemstudie mündet, die an die Teilnehmer eines Umweltschutzkongresses
verteilt werden soll, demonstriert Henrich die Zugriffsmöglichkeiten des geltenden Strafrechts - ein-
schlägig sind die Straftatbestände der landesverräterischen Nachrichtenübermittlung, der staatsfeind-
lichen Hetze und des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses (S. 192/193). Die neben der Herr-
schaftssicherung gegebene ökonomische Funktion des Rechts behandelt Henrich im Zusammenhang
mit seiner Kennzeichnung individueller Existenz im Staatssozialismus als „Gefesseltsein an den Boden
und an die Maschinerie als Zubehör“. ... (D)ieses ‚Gefesseltsein‘ ist die entscheidende Wirksamkeits-
bedingung der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Denn überall dort, wo sich die Produzenten
dem Druck der Macht durch Aus- oder Abwanderung ohne weiteres entziehen können, verringert sich
die Schlagkraft der ökonomischen Despotie bei der Weiterführung der Industrialisierung.“ (S. 155) Die
durch die Mißachtung des Rechts auf Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit charakterisierte geschlos-
sene Gesellschaft des Staatssozialismus hat in der Mauer ihr Sinnbild gefunden und wird rechtlich
umfänglich abgestützt - von den Strafrechtsbestimmungen zum unerlaubten Grenzübertritt über das
Staatsbürgerschafts-, Paß- und Devisenrecht bis hin zu arbeits- und genossenschaftsrechtlichen Fest-
legungen (vgl. S. 153ff.). Staatsrecht und -praxis in der DDR sind nach wie vor geprägt durch die in
den 50er Jahren vollzogenen Entwicklungen und ihre dogmatische Festschreibung auf der Babelsber-
ger Konferenz - Abkehr von der Gewaltenteilung, Aufhebung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Negie-
rung subjektiver Rechte. „Zugunsten der Freiheit des Staates wurde auf die von der deutschen März-
und Novemberrevolution erstrittene politische Freiheit des einzelnen verzichtet.“ (S. 84) In Ausein-
andersetzung mit dem staatstheoretischen Dogma, daß diese Konturen sozialistischen Rechts die Ver-
wirklichung grundlegender Prinzipien der Pariser Kommune seien, formuliert Henrich: „Wenn wir es
ehrlich meinen, müssen wir heute eingestehen: Mit der ‚Überwindung des bürgerlichen Grundsatzes
der Gewaltenteilung‘ sind wir nicht nur der Realisierung des alten Kommune-Ideals um keinen Schritt

nähergekommen; wir haben uns auch ohne Not vom Rechtsstaat abgewandt.“ (S. 85/86) Und: „Was wir erlebt haben, war ein Wandel des Rechts, in dessen Verlauf die Normierung einst errungener Freiheiten in Menschen- und Bürgerrechten wieder zurückgenommen wurde.“ (S. 86)

Insgesamt stellt sich Henrichs umfängliche Wirklichkeitsanalyse als systematische Kritik des (DDR-)Staatssozialismus dar, dessen grundsätzliche Reformbedürftigkeit so grell aufscheint. Als Veränderungskräfte identifiziert er sowohl die SED-Basis wie auch die alternativen Gruppierungen: „Sie, die aus dem Kirchengetto herauskommenden Gruppen, sind die zukünftigen Keimzellen für eine politische Reformation des Sozialismus. Diese selbstbestimmten Gruppen sind, wenn ich es recht sehe, neben der bevorstehenden Reform der Staatspartei an Haupt und Gliedern, die eigentliche Hoffnung für eine kulturelle Erneuerung des Sozialismus.“ (S. 240)

3. Der Weg aus der staatssozialistischen Misere heraus besteht für Henrich nicht in der „Restauration kapitalistischer Verhältnisse“ (S. 289). „Mit der bloßen Erweiterung des Geldverkehrs und der Ausdehnung der Marktbeziehungen wäre vermutlich ... nur eine *Verschiebung* der bestehenden sozialen Probleme, nicht aber die Gesundung des ganzen Gesellschaftskörpers zu erreichen.“ (S. 287) Sein sozialtheoretisches Konzept einer Macht- wie Marktdominanz ausschließenden Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt er unter Aufnahme der Steinerschen Vorstellung der Dreigliederung des gesellschaftlichen Organismus in die Bereiche Geistesleben - Wirtschaft - Staat; es kann hier nur umrißhaft dargestellt werden.

- Das Geistesleben, die Sphäre von Kultur, Bildung und Wissenschaft, gewinnt - entlassen aus der staatlichen Umklammerung - gegenüber der Gesamtgesellschaft und insbesondere der Ökonomie leitende Funktion: „Hier, im Bereich eines selbstverwalteten Geisteslebens wäre zugleich derjenige kulturelle und soziale Raum gegeben, aus dem heraus die Menschen unbehindert durch staatliche oder wirtschaftliche Macht im Rahmen einer diskursiv geführten permanenten Volksaussprache die obersten Werte des im Staatssozialismus geltenden Weltbildes verändern könnten, damit so die Weichen für die materielle Produktion neu gelegt werden. Die ‚allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes‘ könnten dann einmal real zum Wegweiser aus einer ebenso unsozialen wie umweltfeindlichen Ökonomik werden.“ (S. 280/281)
- Für die Gestaltung des Wirtschaftslebens ist die Brechung der politbürokratischen Herrschaft über die Ökonomie nur notwendige Voraussetzung. Als Akteure wirtschaftlicher Entwicklung agieren „unabhängige freie Unternehmer ..., die *keine Kapitalisten sind und werden wollen*“. (S. 283) Dies wird gesichert über die Konstituierung „*operativen Eigentums* an Produktionsmitteln“ (ebenda).

„Die ... neu begründeten Fondsinhaberschaften verpflichten und berechtigen die sozialistischen Unternehmensleiter dazu, über die ihnen übergebenen Produktionsmittel zweckgerichtet nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien zu verfügen. Operatives Eigentum in dieser Form ist funktional und als Recht befristet, es verbleibt nur so lange in der Verfügungsmacht des Unternehmers, wie er es funktionsgemäß anwendet. Mit dem operativen Eigentum verbindet sich also ein Rechtsregime, welches ein originäres subjektives Bewirtschaftungsrecht beinhaltet und den Unternehmer dazu legitimiert, mit den von der Gesellschaft übernommenen, separierten Fonds im eigenen Namen

und für eigene Rechnung zu operieren, für diese Fonds eigene Verantwortung zu übernehmen, über ihren konkreten Bestand und die Verwertung der Fondsbestandteile zu disponieren und ihre Reproduktion zu sichern. Über die Frage der Entlohnung sowohl des Unternehmers wie auch des Betriebskollektivs wird von unabhängigen *gesellschaftlichen Räten* entschieden.“⁴⁴

- Zur Regulierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung in ihren Grundrichtungen und -proportionen konzipiert Henrich gesellschaftliche Räte, die über die Verwendung des erwirtschafteten Mehrprodukts entscheiden. Sie sind eine derjenigen institutionellen Formen, über die die Lenkungsfunction des Geisteslebens zu realisieren wäre.

„Wenn das Mehrprodukt als Bestandteil des Nationaleinkommens weder automatisch über den Staatshaushalt verteilt wird noch in das Privateigentum der Unternehmer übergeht, sondern in einem gesonderten Fonds der Gesellschaft konzentriert wird, entfällt die Möglichkeit, auf seiner Grundlage Staats- oder Unternehmermacht unkontrolliert aufzustocken. Wie das Mehrprodukt verteilt wird, in welchem Umfang mit Hilfe des Mehrprodukts konsumtive und kulturelle Bedürfnisse der Werktätigen innerhalb und außerhalb der Produktion befriedigt werden, welche Anteile des Mehrprodukts für die Erweiterung der Produktion, die Bildung von Reserven, als materielle Basis für die nichtproduktive Sphäre, für die Sicherung der Landesverteidigung, für die Wissenschaft, die Kultur und anderes Verwendung finden, kann die Politbürokratie nicht richtig entscheiden, das können auch sozialistische Unternehmer nicht bestimmen, das können allein *gesellschaftliche Räte* festlegen, in denen sämtliche betroffene gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. Für eine den großen Menschheitsproblemen angemessene Fortentwicklung des Wirtschaftslebens ist die Schaffung wirklich gesellschaftlicher Räte unabdingbar. Nur sie könnten die Einseitigkeiten des bisher lediglich durch Macht- oder Marktinteressen gelenkten blinden Wirtschaftswachstums überwinden. Sie könnten die sozialen und umweltbedingten Kosten des Wirtschaftswachstums einigermaßen ehrlich kalkulieren, ohne dabei durch betriebliche oder politische Abhängigkeiten allzu sehr behindert zu sein.“⁴⁵

- Den seiner Herrschaftsfunktion bezüglich des Geistes- und des Wirtschaftslebens enthobenen Staat bestimmt Henrich als Rechtsstaat. „Der hier dargestellten Idee zufolge wäre der Rechtsstaat idealtypisch gesehen zunächst erst einmal praktisch nichts anderes als die nach der Entflechtung des Staats-, Wirtschafts- und Geisteslebens entstehende Rechtsordnung. Die nach Durchführung der Dreigliederung dem Staat verbleibenden Funktionen Gesetzgebung und Verwaltung würden dann wieder zu reinen ‚Rechtsfunktionen‘“. (S. 297) Dabei geht es Henrich nicht nur um den „Schutz der Individualrechte und der Beachtung strenger Gesetzlichkeit“, er favorisiert „einen mehr inhaltlichen Begriff des ‚Rechtsstaates‘, der die Sicherung der subjektiven Rechte mit demokratischen Formen der Einflußnahme auf die Macht verbindet“. (S. 298) Rechtsstaat und Demokratie - in diesen Abstrakta, die jedoch durch die ausführliche Kritik sozialistischer Rechts- und Staatsordnung für den Leser inhaltliche Konturen gewonnen haben, faßt Henrich den Grundgehalt einer reformierten Staatsmacht zusammen.

Ende März 1989 veröffentlichte „Der Spiegel“ Ausschnitte aus dem Buch „Der vormundschaftliche Staat“ sowie einen Artikel, der über Henrichs Werdegang und Anliegen berichtete. Kurz darauf wurde er aus dem Rechtsanwaltskollegium - womit er zugleich seine anwaltliche Zulassung verlor - und aus der Partei ausgeschlossen, auf strafrechtliche Repressionen wurde je-

⁴⁴ Ebenda, S. 283/284.

⁴⁵ Ebenda, S. 290.

doch verzichtet. Henrich, der über seinen privaten Diskussionszirkel seit längerer Zeit Kontakte zu oppositionellen Kreisen geknüpft hatte, wurde mit seinem (kirchen-)öffentlichen Auftreten und seiner Initiative, die zur Gründung des Neuen Forums führte, zu einem der wesentlichen Initiatoren der gesellschaftlichen Wendeprozesse des Herbstes 1989. Im Gespräch berichtet er:

„Ich bin im Frühsommer und Sommer 1989 durchs Land gezogen und habe etwa 15 Vorträge in großen Kirchenräumen vor jeweils 900 bis 1500 Leuten gehalten. Es gab großes Interesse, in Halle beispielsweise mußte man die Fenster aufmachen, damit die Leute auch draußen mithören konnten, auch bei Eppelmann in der Berliner Samariterkirche war es sehr voll. Ich habe das Buch und meine Konzeption vorgestellt, konkreter insbesondere zu Fragen von Recht und Rechtsstaat gesprochen, es wurde diskutiert, und ich fand immer größte Zustimmung - es lief sozusagen darauf hinaus: hier haben wir ja einen, der Justizminister werden könnte. Das Buch fand also seinerzeit eine Riesenzustimmung“ (Gespräch, Zeile 438-445).

Jens Reich umreißt die Rolle Henrichs in seinen 1994 veröffentlichten Erinnerungen an die Formierung der Oppositionsgruppen folgendermaßen:

„Henrichs Vorträge brachten ein neues Moment in die Protestbewegung ein, das von den Bürgerrechtlern mit langer Widerstandserfahrung eher als Rückschritt gewertet wurde. Henrich betonte, daß der politische Protest sich aus den Schutzzonen der Kirche befreien mußte, und daß er sich an den ‚Normalbürger in mittlerem Alter und mit anerkanntem Beruf‘ wenden wolle. Er opponierte gegen das betont Alternative, Protestkulturelle, Anarchische und Subversive der bisherigen Bürgerbewegung, gegen die konspirative Herstellung von Informationszeitschriften (wie den berühmten ‚Grenzfall‘) im Selbstverlag. Er argumentierte, daß solches Verhalten der Stasi Zugriffsmöglichkeiten einräume, den Spießbürger verängstigte und in ein Scheinbündnis mit den Bürokraten treibe. Richtig wäre es, eine politische Bewegung streng im formalen Rahmen der DDR-Gesetzlichkeit zu gründen, sie ordnungsgemäß anzumelden und ganz verfassungsgemäß die Teilhabe an der politischen Entscheidung einzufordern. ... Die Anmeldung eines politischen ‚Vereins‘ wäre der geeignete Beitrag zur beginnenden Parteitage Diskussion: auf das legale Verfahren könnte sich auch der ängstliche Bürger berufen, und die Machthaber würden in große Verlegenheit geraten, da sie nicht gut gegen ihre eigenen Gesetze handeln könnten. ... Es hat sich später herausgestellt, daß die genaue Verfolgung dieses Konzepts den späteren großen Erfolg des ‚Neuen Forums‘ (vor dem 9. November) ermöglichte.“⁴⁶

Henrich gehörte zu den Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufs „Aufbruch 89 - Neues Forum“; dessen zweiter Teil, der „den demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ fordert und die dazu gewählte Form einer „politische(n) Plattform für die gesamte DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Organisationen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“⁴⁷, vorstellt, wurde von ihm formuliert. Henrich war es gleichfalls, der den Abschnitt „Staats- und Rechtswesen“ im „Offenen Problemkatalog“ des Neuen Forums vom 1. Oktober erarbeitete und damit - um vieles klarer, als das zu „Wirtschaft und Ökologie“ und zu „Kultur, Bildung, Wissenschaft“ gelang - den Reformforderungen inhaltliche Bestimmtheit verlieh. Dieser Abschnitt konkretisiert die im „Vormundschaftlichen Staat“ allgemein entwickelte Vorstellung eines demokratischen Rechtsstaates und fixiert Eckpunkte eines entsprechenden Umbauprozesses; er lautet:

⁴⁶ J. Reich: „Augen zu und Gas geben“. 1989 - Tagebuch der Wende, 1. Folge, in: Die Zeit Nr. 37 vom 9. September 1994, S. 6

⁴⁷ In: Die ersten Texte des Neuen Forum, Berlin 1990, S. 1, 2.

„Der Staat ist um der Menschen Willen da! Er darf nicht mehr sein als ein Zusammenschluß von Menschen unter Rechtsgesetzen. Gesetze sollen die allgemeinverbindlichen Formen der demokratischen Übereinkünfte zwischen mündigen Bürgern sein. Rechtens ist, was sich auf dem Boden solcher Gesetze vollzieht. Damit aus dem vormundschaftlichen Staat ein Rechtsstaat werden kann, müssen wir einen Wandel im Rechts- und Staatsleben der DDR herbeiführen. Das beinhaltet die Einführung der Gewaltenteilung und die wirksame öffentliche Kontrolle aller Schutz- und Sicherheitsorgane durch die Volksvertretungen. Damit die Menschen diesen Wandel auf demokratischem Wege herbeiführen können, bedarf es zunächst einer Reform des Wahlrechts und der uneingeschränkten Gewährleistung der Grundrechte. Wir sind uns bewußt, daß der demokratische Wandel in der DDR sich von unten her entwickeln muß und nicht allein von oben her verordnet werden kann. Auf dem Weg zu diesem Ziel unterstützen wir jede Rechtsänderung,

- die darauf gerichtet ist, Benachteiligungen für Bürger und Gruppen zu verhindern, die nach den Grundsätzen der Verfassung von ihrem Recht der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Gebrauch machen,
- welche die Unabhängigkeit der Richter, der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte und der Rechtsanwälte stärken sowie die Einflußnahme der politischen Parteien auf die Auswahl und berufliche Beförderung der entsprechenden Personen unterbinden will.

Damit oppositionelles Handeln nicht mehr kriminalisiert werden kann, sind kurzfristig die entsprechenden Tatbestände des politischen Strafrechts, insbesondere die sogenannten Staatsverbrechen

- Hochverrat (96 StGB)
- Landesverrat (97 StGB)
- Staatsfeindliche Hetze (106 StGB)
- Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß (107 StGB)
- Widerstand gegen staatliche Maßnahmen (212 StGB)
- Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit (217 StGB)
- Zusammenrottung (217 StGB) zu überarbeiten und neu zu fassen.

Damit der Grundsatz der Gesetzlichkeit in der Verwaltung der DDR gestärkt wird, müssen sämtliche Verwaltungsakte gerichtlich überprüfbar sein. Anstelle enggefaßter Reiseregeln fordern wir die uneingeschränkte Freizügigkeit, einschließlich des Rechts für jeden Bürger, die DDR zu verlassen und zurückzukehren.“⁴⁸

Im Herbst 1989 gehörte Henrich zu den Aktivisten der Bürgerbewegung, die mit ihrem medial vermittelten öffentlichen Auftreten beträchtliche Öffentlichkeitswirkung erzielten. Als Vertreter des Neuen Forums widmete er sich am „Runden Tisch“ u.a. der Auflösung der Staatssicherheit und der Vorbereitung der Volkskammerwahlen vom 18. März. Henrich hatte im November 1989 seine Anwaltszulassung zurückerhalten; im Frühjahr 1990 zog er sich aus der unmittelbar politischen Tätigkeit zurück und nahm seine anwaltliche Berufsausübung wieder auf. Nach wie vor ist Henrich auch wissenschaftlich-publizistisch aktiv, so äußerte er sich u.a. zu Problemen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und zu Fragen von Gewalt und Krieg nach dem Ende der Blockkonfrontation.

Auf die Reformdiskussionen in und außerhalb der SED rückblickend und durchaus in Distanz zur sich seit 1989/90 durchsetzenden Entwicklung, in der eine genuin ostdeutsche Konzeptionsbildung aus- oder wirkungslos blieb, stellt Henrich im Gespräch fest: „Das Problem ist ja, daß es zu einem wirklichen Diskurs gar nicht mehr gekommen ist. ... Hätte es 1985 begonnen, wäre ich eben beispielsweise gegen [Michael] Brie angetreten, und es hätte einen längeren Prozeß gegeben, in dem man seine Positionen hätte qualifizieren müssen. Man wäre gezwungen gewesen, genauer zu sagen, wie es mit den volkseigenen Betrieben denn weitergehen soll, wie wir die Kombinate und die mittleren Betriebe umformen, damit sie wettbewerbsfähig werden.“ (Gespräch, Zeile 457-463) An anderer Stelle heißt es: „Dadurch, daß dann alles so blitzartig zusammenbrach, gab es keine Möglichkeit, daß hier Konzepte und Personen hinreichend Profil gewinnen konnten. Wäre die Auseinandersetzung bereits 1985 los-

⁴⁸ Ebenda, S. 6/7.

gegangen, wären aus den 2 Millionen Parteimitgliedern - viele von ihnen mit hoher Qualifikation - diejenigen Leute hervorgegangen, die uns im Herbst 1989 gefehlt haben. Mir standen manchmal die Haare zu Berge, wenn es in den Wendezeiten um die Ausarbeitung von Konzepten ging. ... Viele der damals agierenden Personen kamen eben aus den Kirchen oder den sozialtherapeutischen Bereichen, waren auf bloß moralische Bezüge und Argumentationen fixiert ... also es fehlten die kompetenten Kader. Auch bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag war das bemerkbar. Von unserer Seite saßen da Leute, die eben mit der eigenen Praxis nicht wirklich vertraut waren, so daß erst im Nachklang über die entsprechenden Gesetze Regelungen gefunden werden mußten.“ (Ebenda, Zeile 388-405) Und das Gespräch abschließend, formuliert er: „Eine ... [konzeptionelle] Diskussion war meine eigentliche Hoffnung, die Frage war ja, wie man an die gegebenen Verhältnisse anschließt und in ihrer Veränderung sozusagen alle mitnimmt. Dafür, daß das hätte funktionieren können, ist die Landwirtschaft ein gutes Beispiel: die sich heute gut entwickelnden Unternehmen auf genossenschaftlicher Basis - ich betreue einige von ihnen - entstanden aus der Umbildung der früheren LPG. Die Vorstellung, sie einfach aufzulösen und den bäuerlichen Einzelbetrieb zu favorisieren, war Unsinn, und es gab natürlich Leute, die das gesehen haben. Aber die Diskussion und das Durchsetzen solcher konzeptionellen Entwürfe ... was man mit den großen Kombinatn hätte machen sollen, habe ich auch nicht genau gewußt, aber auch da wäre irgendein Anschluß möglich gewesen. Es war der Zeitfaktor, und außerdem das Problem, daß die 80 Prozent Intelligenz, die in der Partei gewesen waren, in einen solchen Prozeß nicht mitbestimmend hineingerissen wurden. Aber dann ging die Stasi-Debatte los, und es wurde nicht konzeptionell, sondern nur noch moralisch argumentiert - damit hat man sozusagen das schöpferische Potential der DDR stillgelegt oder ausgesteuert. Vielen Leuten, die sich als Person und mit ihren Konzepten hätten profilieren können, ist das Maul gestopft worden; Riege ist dafür ein tragisches Beispiel. Das war auch der Fehler dieser Gruppen und der Opposition in der DDR-Zeit - sie haben dauernd Moral mit Politik verwechselt. Daß Politik sich eben tatsächlich auch um Macht dreht, und nicht sozusagen eine Veranstaltung auf der Grundlage der zehn Gebote ist, durfte man kaum aussprechen. Und teilweise darf man es ihnen gegenüber wohl auch heute noch nicht.“ (Ebenda, Zeile 497-514)

Noch einmal zu den beiden Generationen: Uwe-Jens Heuer und das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus. Ein Vergleich

Abschließend soll anhand eines Vergleichs noch einmal ein wesentlicher Aspekt des Paradigmenwechsels herausgestellt werden, der sich beim Übergang von der Aufbaugeneration zur Perestroikageneration vollzog. Er blieb in den 80er Jahren latent, brach aber nach 1990 zunehmend in Form wissenschaftlicher und politischer Differenzen auf.

In den SED-Debatten der 80er Jahre war Uwe-Jens Heuer einer der wichtigsten Vertreter der Aufbaugeneration, derjenigen Reformer, die sich bereits in den Veränderungsbemühungen Mitte der 60er Jahre engagiert hatten. Seine Publikationen, insbesondere das 1988 fertiggestellte und 1989 in der DDR wie in der Bundesrepublik veröffentlichte Buch „Marxismus und Demokratie“, präsentieren ein Konzept notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen, dessen Grundgehalt⁴⁹ folgendermaßen umrissen werden kann:

⁴⁹ Die Darstellung stützt sich neben Heuers „Marxismus und Demokratie“, Berlin 1989 auf dessen vielfältige Vortrags- und Aufsatzveröffentlichungen, siehe dazu: Bestand Heuer im Verzeichnis der Bestände und Materialien.

1. Heuer grenzt sich ab von Auffassungen zu Demokratie, Staat und Recht, die die Thematisierung innerer Widersprüchlichkeiten sozialistischer Existenz und Entwicklung ausschließen. Sein Angriff richtet sich insbesondere gegen die mit der Babelsberger Konferenz zur herrschenden Lehre gewordene Theoriekonstruktion Polaks, der, in Abgrenzung gegenüber kapitalistischen Verhältnissen und die kommunistische Utopie als Gegenwart setzend, die Identität von Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum postuliert hatte.
2. Weist Heuer die Polaksche Identitätsthese zurück, so leitet er zentrale Funktionen des sozialistischen Staates vom gesellschaftlichen Eigentum ab. Sozialismus ist für ihn an nichtprivateigentümliche Verhältnisse, genauer: an gesamtstaatliches Eigentum gebunden; dem sozialistischen Staat kommt eine unverzichtbare und noch zunehmende wirtschaftsleitende Rolle zu.
3. Die notwendigen gesellschaftlichen Reformen sieht Heuer in der Kontinuität des Projekts der 60er Jahre. Die sich vollziehenden Wandlungen des Wirtschaftsmechanismus in den anderen sozialistischen Staaten und die sie begleitenden Diskussionen erscheinen als Wiederaufnahme der damals abgebrochenen Reformbemühungen und -debatten hinsichtlich einer funktionsfähigen Interessenabstimmung, des Verhältnisses von Plan und Markt und der Rolle von Ware-Geld-Beziehungen. Es gilt, so Heuer, den gesellschaftlichen Reorganisationsprozeß bis in die politisch-rechtliche Sphäre zu treiben, um die Grenzen des früheren Ansatzes zu überschreiten.
4. Heuer entwickelt in „Marxismus und Demokratie“ seine gesellschaftskonzeptionellen Vorstellungen im Rahmen einer politiktheoretischen Argumentation. Er bestimmt die Beziehung von staatlicher Leitung und demokratischen Bedürfnissen der Individuen, von Volksmassen und eigenem Staat als politischen Grundwiderspruch des Sozialismus und behandelt vier Ebenen einer gesellschaftliche wie individuelle Entwicklung hervorbringenden produktiven Vermittlung. Die in den Kapiteln zur „Interessendialektik“, zur Rolle von Wissenschaft bei der „Assoziierung des Verstandes“, zu „Politischer Kultur“ und zum „Recht“ enthaltenen Reformgedanken sollen hier nur an einigen Schlagworten verdeutlicht werden. Hinsichtlich der Ökonomie spricht er beispielsweise von einer „Vielfalt von Subjekten des staatlichen Eigentums“ (S. 415), orientiert auf eine „stärkere Rolle ökonomischer, indirekter Leitung“ (S. 456) und stellt das Problem, „in welcher Form das Recht als Vermittlung im Widerspruch zwischen Wirtschaftseinheit und Staatsorganen wirken kann“ (S. 456). Ausgehend von der Funktion gesellschaftswissenschaftlicher Forschung im Sozialismus geht es Heuer um „Meinungsstreit“, „Vielfalt - wenn man will Pluralität“, „öffentliche Auseinandersetzung“. „Der assoziierte Verstand kann nur ein öffentlicher Verstand sein.“ (S. 430) Anhand einer breiten Darstellung von Positionen und Zielstellungen der Perestroika werden die Konturen einer von „Meinungspluralismus“ (S. 447), „der Publizität, der gesellschaftlichen Kontrolle, Kritik und Selbstkritik“ (S. 446) geprägten sozialistischen Öffentlichkeit umrissen; zum Zentralpunkt einer neuen politischen Kultur avanciert der Machteinfluß der Individuen: „Heute geht

es vor allem darum, demokratische Haltungen durch reale Machtausübung zu stärken ... So wie Eigentümerbewußtsein nur der hat, der tatsächlich Subjekt des Eigentums ist, so hat auch nur der Machtbewußtsein, der tatsächlich Macht ausübt.“ (S. 445) Die Ausführungen in „Marxismus und Demokratie“ zum Recht nehmen viele der seinerzeit aktuellen Diskussions-themen auf; als Zusammenfassung kann eine Vortragspassage Heuers gelten:

„Die neue Sicht des Rechts, als Instrument des Staates und gleichzeitig als Maß seines Wirkens, ist letztlich auch Ursache dafür, daß in immer mehr sozialistischen Ländern heute vom sozialistischen Rechtsstaat gesprochen wird. Menschenrechte, aber auch subjektive Rechte der Wirtschaftseinheiten, Vorrang des Gesetzes, Verbindlichkeit des Rechts für Bürger, Wirtschaftseinheiten und Staatsorgane gleichermaßen, Gewaltenteilung in dem Sinne, wie Marx sie 1848 charakterisierte als ‚die profane industrielle Teilung der Arbeit, zur Vereinfachung und Kontrolle angewandt auf den Staatsmechanismus‘ sind dem Sozialismus nichts Fremdes, von außen Aufgezwungenes, sondern notwendige Ausdrucksform nicht der Widersprüche des Privateigentums, sondern der Widersprüche des sozialistischen Eigentums.“⁵⁰

Überschaut man die Heuerschen Vorstellungen im ganzen, wird deutlich, daß er versucht, gesellschaftliches Eigentum und politische Demokratisierung zusammenzudenken. Dieses sozialismuskonzeptionelle Paradigma hatte gegenüber den monolithischen Gesellschaftsstrukturen wie deren dogmatischer Reflexion in Parteiideologie und Gesellschaftswissenschaften beachtliche Sprengkraft. Insbesondere die Gedanken zur politischen Reformierung trieben in ihrem impliziten Gehalt noch über die Grenzen des eigenen Ansatzes hinaus, was auch daran erkennbar ist, daß der Platz und die Rolle der Partei in „Marxismus und Demokratie“ nicht ausschließlich nur aus politisch-pragmatischen Gründen nicht ausführlicher zur Behandlung kommt. Im von uns durchgeführten Gespräch deckte Heuer dies als theoretische Leerstelle auf:

„Ich muß auch sagen, daß ich, wenn ich über diesen Sozialismus nachdachte, nie wußte, was ich mit der Partei anfangen sollte. Ich hatte ja eigentlich vor, in ‚Marxismus und Demokratie‘ ein Kapitel über die Partei zu schreiben. Aber ich habe das dann nicht gemacht, weil ich mir nicht darüber klar war. Ich habe natürlich ein bißchen dazu geschrieben, etwas von Gorbatschow genommen. ... Wenn man eine Gesellschaft will, die den Einzelnen nicht mehr in den Marktmechanismus zwingt - wie wird die Gesellschaft dann in sich verbunden? Ich hatte das damals nicht lösen können, deswegen habe ich auch auf das Kapitel über die Partei verzichtet. Weil ich nicht nur sagen wollte, daß es in der Partei nett und ordentlich zugehen muß. Und das ist mir nach wie vor nicht klar. Ich weiß auch nicht, ob man das theoretisch beantworten kann.“ (Gespräch, Zeile 693-705)

Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln war für die Intellektuellen der Aufbaugeneration wie für ihre Vorgänger ein unveräußerliches Merkmal sozialistischer Wirtschaft und Gesellschaft. Nur so schienen die Herrschaft des Kapitals, die Subsumtion individueller Entwicklung unter die Kapitalverwertung und die Funktionalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche für die Zwecke der Wirtschaft aufhebbar. Die Kritik richtete sich gegen den Mangel an Demokratie und die fehlerhafte bzw. ungenügende Organisation und rechtliche Ausgestaltung eben dieses gesellschaftlichen Eigentums.

⁵⁰ U.-J. Heuer: Eigentum und Recht im gegenwärtigen Sozialismus, in: W. Hoffmann-Riem u.a. (Hg.): Rechtssoziologie in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1990, S. 124.

Der Blickwinkel, aus dem die Vertreter des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus ihre Kritik am Staatssozialismus anbringen, ist, wie bereits gezeigt wurde, die Theorie moderner Gesellschaften. Auch wenn sie in den 80er oder gar 70er Jahren zunächst durchaus die inhaltlichen Vorstellungen ihrer Lehrer auf- und übernahmen, ja selbst wenn die sachlichen Forderungen sich in wesentlichen Punkten sehr ähnlich waren - ein genauer Blick zeigt, daß es ein jeweils besonderes Verständnis von gesellschaftlicher Organisation ist, das die Generationen unterscheidet. Selbstorganisation und funktionale Differenzierung, autonome Subsysteme, Selbstreferenz, Kommunikation und endogene Modernisierungsprozesse prägten ein eher methodisches Gesellschaftskonzept, das sich vom essentialistischen der vorangegangenen Generation abhebt. Das aus der Rezeption der modernen System- und Evolutionstheorie, aus den natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Innovationen der 70er und 80er Jahre stammende Rationalitätsmodell erweitert und modifiziert zunächst das vorgefundene Sozialismusmodell der vorangegangenen Generation, schließlich aber wird es reorganisiert und zum Schluß aufgelöst in ein institutionell gefaßtes regulatives Sozialismuskonzept. Es sind nicht mehr bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse (das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln) und Strukturen (die staatliche Planung und Leitung), durch die der Sozialismus charakterisiert ist, sondern eine bestimmte Evolutionsweise. Sozialismus ist diejenige Variante von Moderne, in der die eigendynamischen Evolutionsprozesse autonomer Subsysteme, wie der Wirtschaft, zugleich Bedingungen für die universelle Entwicklung aller Individuen schaffen. Dies wird als ‚Rückbindung‘ der Subsysteme an Individuen gedacht, wofür ein System von Institutionen und Organisationen erforderlich ist, das die lebensweltlichen Dynamiken individueller Entwicklung als Rahmenbedingungen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Entwicklung wirksam werden läßt: Öffentlichkeit, Interessenvertretung, kommunikative Austragung von Interessenkonflikten bei Gleichheit der Gestaltungsmacht und Beseitigung von Monopolen in allen Subsystemen. Durch welches Arrangement von Institutionen und Organisation gesellschaftlicher Prozesse dies jeweils sichergestellt werden kann, muß sich in einem evolutorischen Prozeß institutioneller Veränderungen herausstellen, die Institutionen selbst sind durchaus ambivalent.

In welcher Weise dieses neue Sozialismusparadigma einer Verbindung von sozialistischer Emanzipation und Moderne in den konzeptionellen Ansätzen der Zeit vor dem Herbst 1989 deutlich wird, sei zusammenfassend dargestellt.⁵¹

1. Das den bisherigen Sozialismus charakterisierende Grundmodell der Ordnung gesellschaftlicher Bereiche, Verhältnisse und Subjekte hat seine Leistungskraft grundsätzlich erschöpft. Es bestand, so Michael Brie, in der Vorstellung vom Sozialismus als einem Monosubjekt, der administrativen Bindung aller gesellschaftlichen Subjekte an die Gesamtgesellschaft in ihrer

⁵¹ Insbesondere beziehen wir uns im folgenden auf die Materialien der Eröffnungsberatung des Forschungsprojekts Moderner Sozialismus und die erste Fassung der Studie zur Gesellschaftsstrategie; vgl. auch die Ausführungen unter Fall 4: Ein neuer Zugang: Sozialismus als moderne Gesellschaft, sowie: Bestand Forschungsprojekt Moderner Sozialismus im Verzeichnis der Bestände und Materialien.

staatlichen Form, in der Hypersynchronisation gesellschaftlicher Teilbereiche über die Macht des Parteistaates. Die Durchsetzung und nach wie vor gegebene Geltung dieses veralteten Sozialismusparadigmas haben in Stagnation und Krise geführt; es muß neu nach den Bedingungen von Emanzipation und Entwicklung gefragt werden.

2. Auf der Ebene des Nachdenkens in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen werden Moderne und Sozialismus u.a. über den Begriff der Assoziation und die Fassung von Entwicklung als Ko-Evolution von Subjekten vermittelt. Die ambitionierteste Theoriekonstruktion entwirft Hans-Peter Krüger. Er unterscheidet zwischen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Evolution und bestimmt deren je besondere interne Wettbewerbsstruktur. Im Ökonomischen wird hier auf das Agieren von selbständigen Produktionseinheiten um den Zusatzgewinn von Innovationen, im Politischen auf die Erreichung von Hegemonie in den Formen von demokratischer Gewaltenteilung und Öffentlichkeit, im Kulturellen auf die argumentative Auseinandersetzung um objektive Wahrheit, intersubjektive Richtigkeit und subjektiv überzeugende Sinngebung abgestellt. Emanzipatorische Entwicklung wird, so Krüger, zunächst dadurch verfehlt, daß die je spezifischen Evolutionsstrukturen negiert werden - wie das im bisherigen Sozialismus gemäß dem Denkmodell vom Monosubjekt geschah. Darüber hinaus jedoch sind Dominanzverhältnisse bedeutsam. Der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang konstituierte sich im klassischen Kapitalismus über die formationsbildende Kraft der Ökonomie. Insoweit deren monetäre Verkehrsformen und gewinnorientierte Rationalitätskalküle nach wie vor der wesentlichste Integrationsmodus bürgerlicher Gesellschaften sind, ökonomische Evolution die politische und kulturelle dominiert, kann von kapitalistischen Gesellschaften gesprochen werden. Ein neuer Sozialismus wäre dadurch charakterisiert, daß die argumentativ erarbeiteten Inhalte von Kultur gegenüber den politischen und ökonomischen Handlungs- und Evolutionszusammenhängen - ohne deren subsystemspezifische Eigenheiten zu brechen - Dominanz gewinnen, das kulturelle System in diesem Sinne zum evolutionär führenden wird.
3. Ähnlich wie in Krügers Theoriekonstruktion werden mit den Thesen von gesellschaftlicher Assoziation und koevolutionärer Subjektentwicklung die Notwendigkeiten politischer Reformierung realsozialistischer Verhältnisse in hochabstrakter Weise angesprochen. In unterschiedlicher Akzentsetzung finden sich bei den jüngeren SED-Reformern aber auch Ansätze, die Zukunftsgestalt von Politik und Recht als solche theoretisch zu erörtern. Michael Brie stellt die Konturen der herzustellenden Öffentlichkeit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. In ihr sollen die Artikulation der je besonderen Interessen der mannigfaltigen Subjekte, deren politische Repräsentation durch Parteien und Organisationen, ein öffentliches wissenschaftliches Leben möglich werden. Dieter Segert orientiert auf die Einbettung des Staates in die politische Gesellschaft und bestimmt deren Stärkung als die Hauptlinie der Neugestaltung politischer Macht im Sozialismus. Zentral ist für ihn die Setzung der Individuen als politischer Akteure, deren Handlungsfähigkeit rechtlicher Garantien wie institutioneller Grundlagen be-

darf. Hier werden u.a. politische Menschenrechte, Interessenorganisationen und Massenmedien angesprochen. Rosemarie Will schließlich nimmt die apologetisch gemeinte Aufnahme des Rechtsstaatsbegriffs durch die SED-Führung zum Anlaß, um deutlich zu machen, daß Rechtsstaatlichkeit gemäß ihrer Kantschen Begründung auch Freiheit gegenüber dem Staat und Gewaltenteilung bedeutet. Recht, so wird betont, hat die Unterordnung des Staates unter die sozialistische Gesellschaft zu garantieren, ist auch Maß der Politik. Werden so die dogmatischen Auffassungen von der staatlichen Gewalteneinheit, vom Recht als Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei zurückgewiesen, erscheint der Ausbau subjektiver Rechte und ihrer gerichtlichen Verfahrensgarantien als unmittelbar anstehende Aufgabe.

3. Den Zugang zur Konzeptualisierung ökonomischer Reformen suchen die jüngeren SED-Reformer nicht über eine Diskussion der Eigentumsproblematik, sondern über die Frage nach den Bedingungen, die sozial progressive Innovativität ermöglichen. Entwicklungstheoretische Denkmodelle und Terminologie aufnehmend, bindet Rainer Land eine Kreation von Innovationen an die Reproduktionsnotwendigkeiten und Entwicklungsinteressen ökonomischer Subjekte. Ist damit die Autonomie von Wirtschaftseinheiten und deren Agieren gemäß Rentabilitätskriterien und Gewinnerwartung gesetzt, so bedarf die Gewährleistung sozialer Progressivität der Selektion von Innovationen. Zum zu beeinflussenden Kernprozeß gerät so die Entscheidung über betriebliche Innovationstrategien, dazu werden mit Wirtschafts- und Sozialräten neuartige Institutionen vorgeschlagen. In ihnen sollen die Vertreter von Verbrauchern, Kommunen, Ökologieorganisationen ihre jeweils spezifischen außerökonomischen Interessen und Maßstäbe zur Geltung bringen.

In einem Text, der zwar erst Ende Oktober/Anfang November 1989 formuliert wurde, inhaltlich jedoch die vormalige Gedankenentwicklung zusammenfaßt, formulieren Brie und Land: „Der Versuch, eine den Bedürfnissen der Menschen und ihrer Entwicklung entsprechende Wirtschaftsregulierung durch zentrale staatliche Mittel durchzusetzen, ist nicht gelungen. Die Alternative - Marktsteuerung ohne bewußte Gestaltung wirtschaftlicher Entwicklung - ist aber ebenso problematisch. Uns erscheint daher ein Konzept für bedenkenswert, bei dem die Unterordnung aller Wirtschaftssubjekte unter die Zentrale ersetzt wird durch die Bindung aller Wirtschaftssubjekte ... an die Gesellschaft. ... Bindung an die Gesellschaft heißt dabei Bindung an die Individuen und ihre Lebensbedürfnisse, die durch entsprechende Interessenorganisationen repräsentiert werden müssen: Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Verbraucher- und Konsumentenorganisationen und andere mehr. Ist eine solche demokratische Form der Wahrnehmung der Eigentümerfunktion gegeben, so kann Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte nicht mehr dazu führen, daß sie Strategien verfolgen, die ausschließlich auf die Wirtschaftsentwicklung gerichtet sind, diese gemäß dem Profitprinzip gestalten. ... In der Herstellung demokratischer Rückkopplungen zwischen Wirtschaft und assoziierten Individuen scheint uns heute der Weg zu einem Wirtschaftssystem zu liegen, das Innovativität, Effektivität und soziale Progressivität verbindet, der Weg, der mit globalen Erfordernissen und progressiven Tendenzen und Kräften im modernen Kapitalismus korrespondiert.“⁵²

Wie exemplarisch gezeigt wurde, äußerten sich in den SED-Reformdebatten der 80er Jahre die unterschiedlichen Generationen mit letztlich differenten sozialismuskonzeptionellen Vorstellungen. Jedoch stand sowohl das Paradigma einer Verbindung von gesellschaftlichem Eigentum

⁵² M. Brie, R. Land: Aspekte der Krise - Wege der Lösung, in: Einheit, Heft 12/1989, S. 1089.

und politischer Demokratie als auch das einer sozialistischen Moderne quer zur gegebenen gesellschaftlichen Praxis und dogmatisierten Ideologie. Beide Reform-Generationen haben so zur Delegitimierung des Realsozialismus beigetragen. Auffällig ist, daß sich die bis zum Herbst 1989 artikulierten konkreteren Vorstellungen zur politischen Reform recht nahekommen. Dies scheint einerseits darin begründet, daß die hinreichend präzise Formulierung der anzustrebenden Inhalte - Aufhebung der führenden Rolle der Partei, Trennung von Partei- und Staatsapparat, Etablierung eines pluralistischen Parteien- und konkurrenzdemokratischen Wahlsystems, juristisch einklagbare Grundrechte - vor dem Oktober aus strukturellen Gründen verunmöglicht war, im Rahmen legalen Handelns nicht kommunizierbar schien. Insofern können die Vertreter der jüngeren Generation hier gebremst gewesen sein, ihre Positionen auch im Kontrast zu denen ihrer Lehrer zu entwickeln. Andererseits wohnt der Theorie und Praxis politischer Reformierung eine eigenständige, geradezu zwanghafte Dynamik inne. Auch die älteren SED-Reformer haben nach dem Oktober 1989 die genannten Positionen akzeptiert und zu den ihren erklärt. Anders stellt sich dies hinsichtlich der ökonomischen Reform dar. Die Bedeutung der Eigentumsproblematik war und ist der eigentliche Differenzpunkt zwischen den Generationen. An der Frage der Vereinbarkeit von Kapitalverwertung und Emanzipation machen sich auch die langwierigen Auseinandersetzungen in der PDS um die Gegenwartsdeutung fest; hier stehen sich u.a. Uwe-Jens Heuer, der sich nunmehr im „Marxistischen Forum“ verortet, und Michael Brie als Mitautor des Programmkommentars gegenüber.